

Vorwort der Redaktion

In der zweiten Ausgabe unserer Zeitschrift beschäftigen wir uns mit verschiedenen Formen, in denen sich der Klassenkrieg heute in Deutschland und Europa abspielt:

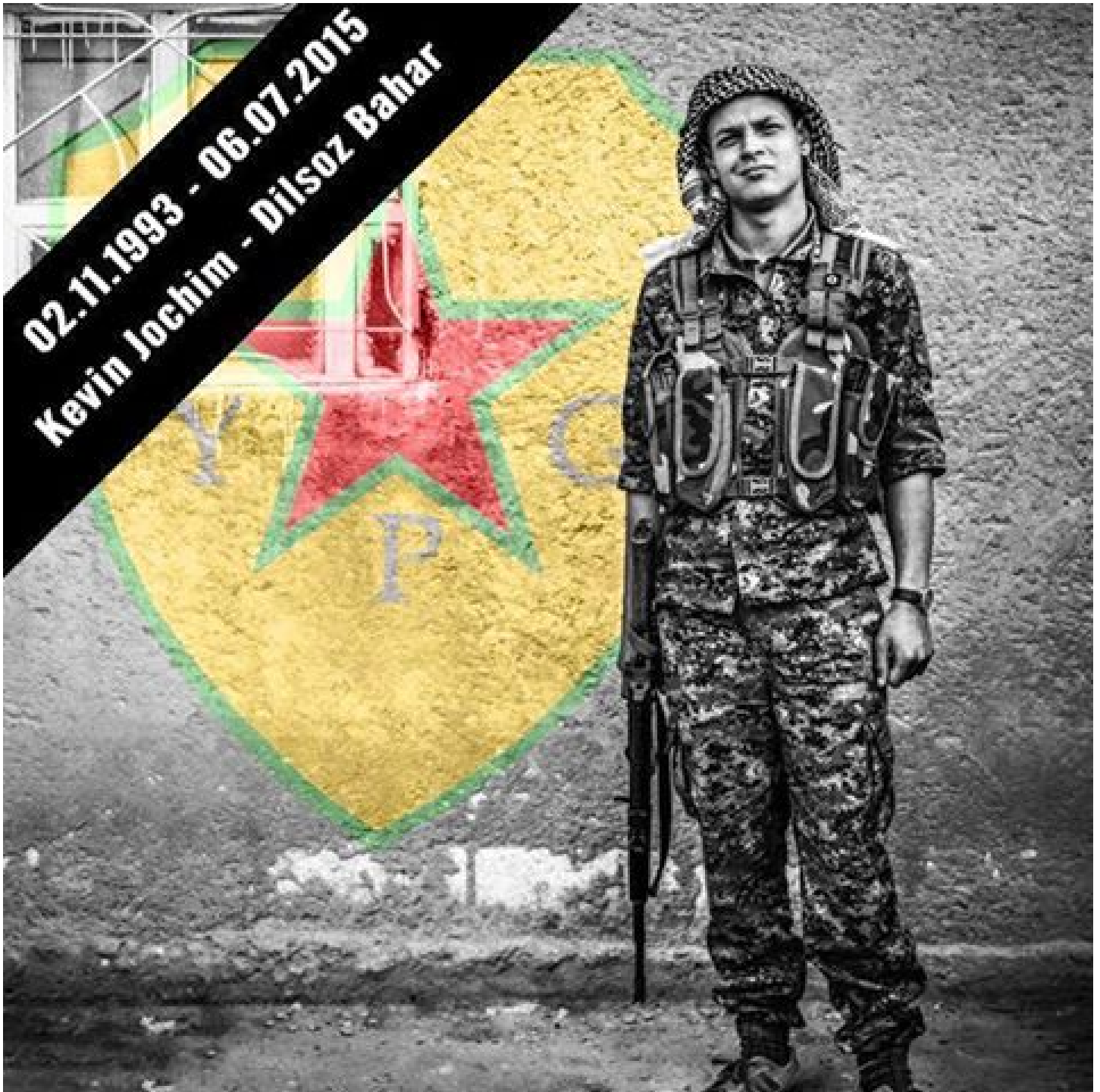
Zunächst gehen wir in der Geschichte zurück: Im ersten Artikel beschäftigen wir uns mit dem faschistischen Bombenattentat auf das Münchener Oktoberfest von 1980 und mit dem aktuellen NSU-Prozess. Wir möchten ein paar historisch eigentlich lange bekannte und belegte Fakten dokumentieren, um 1. aufzuzeigen, dass es die Strukturen des 'tiefen Staates' sind, die hinter dem faschistischen Terror stehen, 2. die falsche Einschätzung und praktische Haltung verschiedener Teile der politischen Widerstandsbe-
wegung in der BRD in diesem Zusammenhang zu kritisieren und 3. die Thesen des Kommunistischen Aufbaus zur praktischen Linie des antifaschistischen Kampfes, die unter dem Schlagwort *proletarischer Antifaschismus* vor einigen Monaten bereits veröffentlicht worden sind, aufzugreifen und zur Debatte zu stellen. Die im Artikel beschriebene Dialektik aus Terror und integrativer Medienkampagne ist ganz aktuell in der staatlicherseits inszenierten Eskalation in der Flüchtlingsfrage - von der Serie von faschistischen Brandanschlägen über die gezielte Aussetzung des Dublin-Abkommens und die in der Folge produzierten Bilder von überfüllten Bahnhöfen in Budapest und München bis hin zu Merkels 'beherztem' Einsatz für unbürokratische Hilfe - wiederzuerkennen.

Die Klassenkampflage in den Betrieben werden wir im zweiten Artikel *"Streikrepublik' Deutschland – was steckt hinter der Streikwelle 2015?"* diskutieren und einige unserer Thesen zur strategischen Linie im betrieblichen Kampf in diesem Zusammenhang entwickeln.

Die beiden folgenden Artikel richten den Blick auf die Kämpfe unserer Klasse in anderen Ländern: Wir veröffentlichen die Erklärung des Kommunistischen Aufbaus zum Massaker von Suroç, in der neben der Drahtzieherschaft des türkischen Staates die imperialistische Widerspruchslage im Nahen und Mittleren Osten ebenso beleuchtet wird wie die zentrale Rolle, die der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes heute im Rahmen der revolutionären Weltbewegung spielt.

Zuletzt gehen wir - anknüpfend an unseren Beitrag aus der ersten Ausgabe von 'Kommunismus' und die Broschüre *'Die Krise des Imperialismus und der 'Europäische Frühling''* - noch einmal auf die Lage in Griechenland ein, wo die Linie des Reformismus und des 'Postmarxismus' in Gestalt von Syriza wenige Monate nach ihrer Wahl in die Regierung zum politischen Bankrott geführt hat - während gleichzeitig in den Massen, dokumentiert durch das Referendum vom 5. Juli, der Klassengegensatz so klar zu Gesicht zu treten scheint wie selten zuvor. Wir veröffentlichen in Auszügen ein Interview mit einem Vertreter des ehemaligen linksreformistischen Flügels von Syriza und stellen diesem unsere politische Einschätzung voran.

Redaktionskollektiv "Kommunismus", September 2015



Liebe Genossen, liebe Freunde und Interessierte,
am 06.07.15 ist ein weiterer Kämpfer deutscher Herkunft in den Reihen der YPG (Volksverteidigungseinheit in Kurdistan) gefallen. Kevin Jochim, gebürtiger Karlsruher, mit Codenamen Dilsoz Bahar, ist bei Gefechten um die Stadt Silûk, Bezirk Girê Spî (Tel Abyad) mit 21 Jahren zu Tode gekommen. Kevin ging bereits 2012 zur Freiheitsbewegung in Kurdistan und schloss sich schließlich 2014 der YPG in Rojava an.

Hierzu die Erklärung der YPG:

<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2015/07/01.htm>

Oktoberfestbombe, NSU-Prozess und Weiterentwicklung des tiefen Staates



Links: Oktoberfestgelände in München nach dem Bombenanschlag (1980), Rechts: Krawalle in Heidenau (2015)

Ein Beitrag zur antifaschistischen Strategie

fangreichen Beweisaufnahme vor dem OLG München keine tatsächliche Aufklärung geben.“¹

Vorwort: Von fehlendem Aufklärungswillen und unerwartetem Aufklärungswillen ...

Am 200. Verhandlungstages im NSU-Prozess haben 22 Opferanwälte der Bundesanwaltschaft, den Geheimdiensten und dem OLG München einen fehlenden Willen zur Aufklärung der NSU-Morde vorgeworfen. Ohne die Rolle der Geheimdienste zu thematisieren, wird es „auf lange Sicht aufgrund der Struktur der Nachrichtendienste und deren Verhalten im NSU-Komplex trotz der Ermittlungen der Untersuchungsausschüsse und der um-

Werner Dietrich ist auch Opferanwalt: Seit 35 Jahren kämpft er für die Aufklärung eines anderen staatsterroristischen Attentats in Deutschland: Dem Anschlag auf das Münchener Oktoberfest in der Endphase des damaligen Bundestagswahlkampfes am 26. September 1980. Seit nunmehr 12 Monaten überschlagen sich in diesem, 35 Jahre zurückliegenden Fall unerwartet die Ereignisse: Plötzlich wollen alle vom bayrischen Innenminister über Max Strauss bis zum Generalbundesanwalt Range den 'schlimmsten Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik' aufklären. Es bleibt nicht bei Worten – zehntausende Akten, deren Existenz vorher verschwiegen wurde, werden Dietrich zugänglich gemacht und neue Zeugen melden sich. Sie bestätigen alte Vermutungen über

¹'Aufklärung unerwünscht – 200 Tage NSU-Prozess: Opferanwälte werfen Anklägern vor, systematisch Erkenntnisse zurückzuhalten. Neonazis und Geheimdienstler lügen ungestraft', in: Junge Welt, 24.04.2015

Mittäter, die es neben dem bei der Explosion verstorbenen, angeblichen „Einzeltäter“ Gundolf Köhler gegeben hat.

Die Verbindung zwischen Oktoberfestanschlag und NSU-Morden ist keine oberflächliche: Sowohl die paramilitärische faschistische Organisation „Wehrsportgruppe Hoffmann“, aus deren Reihen zumindest einige der Oktoberfest-Attentäter stammen, wie auch der NSU sind Bestandteile eines internationalen faschistischen Söldner- und Killernetzwerks, das nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst als Stay-Behind-Organisation der NATO unter Beteiligung der deutschen Geheimdienste aufgebaut wurde. Die Aufdeckung dieser Organisation unter ihrem Codenamen „Gladio“ vor allem Anfang der 1990er Jahre u.a. durch das europäische Parlament geschah in Folge von Ermittlungen aufgrund staatsterroristischer Aktivitäten in Italien². Das internationale faschistische Netzwerk „Blood and Honour“ mitsamt seinem bewaffneten Arm „Combat 18“, aus deren Reihen das strategische Konzept des „führerlosen Widerstands“ im „Rassenkrieg“ stammt; der norwegische Nazi-Terrorist Anders Breivik, der vor Gericht angab, Teil einer internationalen faschistischen Vereinigung zu sein; die deutsche „Anti-Antifa“ und weitere Strukturen gehören in diesen Zusammenhang. Wenn wir auch über organisatorische Details an dieser Stelle nur spekulieren können (z.B. inwieweit die Führung von „Blood and Honour“ in den Händen der NATO, der CIA, einer anderen internationalen Geheimdienst-Allianz oder noch woanders liegt) – das Entscheidende ist, dass die internationalen faschistischen Organisationen ebenso wie ihre islamistischen Zwillingsskinder Al-Qaida, IS usw. durch die imperialistischen Geheimdienste, d.h. den tiefen Staat – und damit durch das Monopolkapital selbst gesteuert werden.

Wie geht das nun zusammen: Totale Vertuschung bei NSU und plötzlicher Aufklärungseifer im Fall des Oktoberfestanschlags? Ist der tiefe Staat in die Defensive geraten? Sollte in einer Demokratie die Wahrheit immer ans Licht kommen, wie uns im ARD-Spielfilm 'Der blinde Fleck' weisgemacht wird? Der Mord an dem Berliner Jugendlichen Burak Bektas im Jahr 2012, der dem Schema der NSU-Morde entsprach, und die aktuell es-

kalierende, offensichtlich koordinierte bundesweite Anschlagserie faschistischer Kampfgruppen gegen Flüchtlingsunterkünfte sprechen eine andere Sprache. Inzwischen dämmert es selbst dem staatlich alimentierten Teil der Antifa³, dass es weitere aktive Naziuntergrundzellen gibt und die eigenen strategischen Fehleinschätzungen der letzten 20 Jahre auch damit zusammenhängen, dass man einem schwer bewaffneten und zum Töten entschlossenen Feind nichts entgegen zu setzen hatte. Der revolutionären Linken, allen AntifaschistInnen und den potenziell vom faschistischen Massenterror Betroffenen stellen sich unbequeme Fragen. Wir wollen in diesem Artikel auf einige dieser Fragen eingehen und – im Schlussteil – erste Ansätze notwendiger Antworten skizzieren.

Wie ist der tiefe Staat organisiert und wie agiert er? Welche Machtzuwächse hat er im Rahmen der NSU-Aufarbeitung erzielt? Wie geht das zusammen mit der Faschisierung des Sicherheitsapparates, die sich u.a. in der Ankündigung ausdrückt, militärische Polizeisondertruppen zur Zerschlagung bewaffneter Massenunruhen zu schaffen? Wie lösen wir uns selbst und alle denkenden Menschen aus den Massen von der im Zweifelsfall tödlichen Illusion, wir würden in einer bürgerlichen Demokratie leben, in der zwar nicht alles aufgeklärt wird, aber am Ende doch gewisse Regeln eingehalten würden? Welche Schlussfolgerungen müssen wir aus der grausamen Realität eines Klassenkriegs ziehen, den der Feind schon längst führt? Warum brauchen wir z.B. nicht nur Antifa-Recherche-Gruppen, sondern vor allem eine wirkungsvolle Gegenaufklärung? Wie organisieren wir den notwendigen antifaschistischen Selbstschutz angesichts hochgerüsteter und militärisch als Partisanenarmee organisierter Rassenkrieger? Was folgt aus der richtigen Erkenntnis von Clara Zetkin und anderen KommunistInnen, dass man den Faschismus nicht allein militärisch besiegen kann, sondern vor allem ideologisch schlagen muss, für unsere – heute nicht vorhandene – Massenarbeit in den „national befreiten“ Zonen und reaktionären Rückzugsräumen - in der fränkischen Provinz wie den ostdeutschen Plattenbauten?

²Vgl. dazu Daniel Ganser, „NATO-Geheimarmeen in Europa“, orell füssli (2008)

³Siehe hierzu u.a.: „Die Krise des Imperialismus und der 'Europäische Frühling', Verlag Leo Jogiches, S. 60 ff.

Teil 1: Oktoberfestattentat – die Inszenierung einer Aufklärung



Wehrsportgruppe Hoffmann

'Unser Projekt soll die Zuschauer nicht runterziehen oder entmutigen, sondern im Gegenteil zeigen, dass in einer funktionierenden Demokratie irgendwann alles ans Licht kommt - wie man in den vergangenen Monaten zum Beispiel auch bei der Aufklärung der NSU-Morde gesehen hat. Insofern ist der Film durchaus auch als Warnung zu verstehen. Vor allem aber soll er Mut machen, sich aktiv an der Demokratie zu beteiligen – Ulrich Chaussy hat uns seine Variante vorgemacht.'
BR-Redakteurin Claudia Gladziejewski⁴

Der Spielfilm „Der blinde Fleck“ wird vom 2.10. bis 3.11.2012 unter der Regie von Daniel Harrich gedreht, der zusammen mit dem Journalisten Ulrich Chaussy vom Bayerischen Rundfunk auch das Drehbuch geschrieben hat. Er steht im Mittelpunkt einer Inszenierung der Aufklärung

des schwersten Terroranschlags in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durch eben jenen tiefen Staat, der diesen Anschlag als false-flag-Aktion⁵ durch seine Gladio-Strukturen⁶ vor 35 Jahren organisiert hatte.

Ulrich Chaussy und Werner Dietrich sind ehrliche Demokraten und darüber hinaus selten engagierte Zeitgenossen. Jahrzehntlang haben beide wie einst Don Quichotte gegen Windmühlen gekämpft. Gegen den Strom schwimmend haben sie ihren Beruf zur Berufung und Lebensaufgabe gemacht und sich mit einem mächtigem Gegner angelegt: dem tiefen Staat in Deutschland. Der eine als Journalist und der andere als Anwalt, der die Opfer des Bombenattentats auf das Münchener Oktoberfest vertritt, haben sie beide nicht an die offizielle Wahrheit des Einzeltäters Gundolf Köhler geglaubt und beharrlich nach Mittätern und Hintermännern geforscht.

Noch im Juni 2009 teilt die Bundesregierung als Antwort auf eine parlamentarische Anfrage lapidar mit: „Das Buch „Die Oktoberfest-Bombe“ wurde vom GBA ausgewertet. Dem Buchinhalt waren hinsichtlich des Oktoberfestanschlags keine neuen zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte oder Beweismittel zu entnehmen, die Anlass geboten hätten, die Ermittlungen von Amts wegen wieder aufzunehmen (...)“⁷ Keine Wiederaufnahme der 1982 ganz schnell abgeschlossenen Ermittlungen - so lautete die Doktrin des Staatsapparates seit der Ablehnung des ersten Antrags des Opferanwalts Dietrich 1984. Eine politisch verordnete Linie, die jahrzehntelang gegen zunehmende Kritik stur durchgezogen wurde.⁸ Im November 2011

⁴www.br.de/presse/inhalt/pressedossiers/der-blinde-fleck-116.html

⁵Der politische Zweck dieses Massenterrors wird heute in den bürgerlichen Medien ganz offen und selbstverständlich ausgesprochen, wobei die wirklichen Urheber und Hintermänner nicht benannt werden: „Das Attentat fällt zusammen mit der Endphase des Wahlkampfes. Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) gegen Franz Josef Strauß. Das Thema innere Sicherheit ist nach dem RAF-Terror das Thema des Herausforderers von der CSU. Gleich nach dem Attentat nennt Strauß Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) einen 'Unsicherheitsminister'. Baum habe 'schwere Schuld auf sich geladen', weil er den Terrorismus verharmlost habe.“ Zitiert nach: 'Spätfolgen', Hintergrundreportage im Tagesspiegel vom 12.04.2015.

⁶Wesentliche Informationen zur NATO Stay-Behind-Geheimarmee Gladio sind auf dem Blog www.operation-gladio.net dokumentiert. Immer noch als Grundlagenwerk zum Thema kann das Buch des Schweizer Gladio-Forschers Prof. Daniele Ganser 'NATO-Geheimarmeen in Europa - Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung', Orell Füssli, Zürich 2008 gelten. Sehr empfehlenswert, weil es Informationen zur aktuellen Situation in den 1980er Jahren wiedergibt, ist auch Kapitel 13 'NATO-Organisation Gladio: Geschichte, Aufgaben und Struktur' in Tobias von Heymann, Die Oktoberfest-Bombe.

⁷<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/135/1613527.pdf>

⁸siehe dazu den Abschnitt 'Wiederaufnahme der Ermittlungen' auf Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Oktoberfestattentat>

fliegt der NSU mit der Liquidierung der beiden Nazi-Killer Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos auf. Im April 2012 ermordet ein Kapuzenmann in Berlin Rudow den migrantischen Jugendlichen Burak Bektas als bewusst gewähltes Zufallsopfer: Eine Tat, die nicht nur von den Angehörigen des Opfers als „NSU Nachahmungstat“ verstanden wird⁹ – der Rassenkrieg geht weiter. In diesem Zeitraum fällt auch der Beginn der Arbeiten an dem Spielfilm 'Der blinde Fleck'. Der Film wird am 11. Juni 2013 im bayrischen Landtag uraufgeführt, hat Premiere auf dem Filmfest München am 6. Juli, erhält mehrere Preise, geht danach erfolgreich in die Kinos, um schließlich am 4.2.2015 zur besten Sendezeit im Rahmen des Filmmittwoch, Themenabend Oktoberfestattentat in der ARD zu laufen, zusammen mit der Dokumentation 'Attentäter - Einzeltäter? Neues zum Oktoberfestattentat'¹⁰ zu den neuen Spuren und der Meldung über die Wiederaufnahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt Range in den Tagesthemen. Deutet schon die Uraufführung im bayrischen Landtag auf eine Inszenierung hin, so wird dies in der „spontanen“ Reaktion des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann in der anschließenden Diskussion mit dem Opferanwalt Dietrich vor laufenden Kameras endgültig klar.¹¹ Spontan und tief bewegt verspricht Herrmann dem Anwalt Dietrich Einsicht in jahrelang verschlossene Akten des LKA zu gewähren. Er hält sein Wort: Dietrich und Chausy können Einblick nehmen, ihre Recherchen mit neuen Erkenntnissen weiter vorantreiben und so kommt die Geschichte mit der abgetrennten Hand in die Öffentlichkeit...

Die „neuen“ Fakten – wem gehört die Hand?

Was jedem denkendem Menschen schon immer klar gewesen ist und von zahlreichen ZeugInnen

des Geschehens geschildert wurde, wird jetzt durch neue Zeugen sozusagen auch offiziell anerkannt: Gundolf Köhler, der unfreiwillige Selbstmordattentäter der Oktoberfestbombe, hatte Mittäter. Da ist zum einen als Zeugin eine Krankenschwester aus Hannover, die über einen merkwürdigen Patienten mit fehlendem Unterarm berichtet, der regelmäßig Besuch von verschiedenen Männern hatte, zum Hergang seines Unfalls zunächst schwieg, um später lapidar zu sagen, das sei halt beim Hantieren mit Sprengstoff passiert, und sich schließlich selbst entlassen hat und verschwunden ist. Gehört der Mann zu jener Hand, die 25 Meter von der Bombe entfernt gefunden, gegen besseres Wissen Köhler zugeordnet¹² und später als wichtiges Beweismittel rechtzeitig verschwunden gelassen wurde, bevor sie dank DNA-Analyse bei den neuen Ermittlungen hätte Fakten schaffen können?



Attentäter Gundolf Köhler als Coverboy einer Nazi-Zeitschrift (2.v.l.)

Zum anderen kann eine Lehrerin bezeugen, dass sie im Spind eines Spätaussiedlers mit rechter Einstellung zwei Pistolen und Flyer gefunden

⁹<http://burak.blogspot.de/2015/03/01/der-mord-an-burak-eine-nsu-nachahmungstat-mahnwache-und-pressekonzferenz-beim-nsu-prozess-in-muenchen/>

¹⁰<http://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Attent%C3%A4ter-Einzelt%C3%A4ter-Neues-zum-Okto/Das-Erste/Video?documentId=26296154&bcastId=799280>

¹¹Siehe die ersten Minuten der Reportage 'Attentäter - Einzeltäter? Neues zum Oktoberfestattentat'

¹²Der BKA-Sprengstoffexperte Gerd Ester bestätigt heute, was ihm und allen Ermittlern auch damals klar gewesen ist, aber geheim bleiben musste, nämlich dass Köhlers Hand bei der Explosion atomisiert wurde. Da die Hand keinem der zahlreichen Opfer zugeordnet werden konnte, ist klar, dass sie zu einem direkt beteiligten Unbekannten gehört, der offensichtlich gute Gründe hatte, zu verschwinden und sich nicht zu melden; siehe 'Attentäter - Einzeltäter? Neues zum Oktoberfestattentat' ab Minute 6:10

hat, auf denen Köhler als Märtyrer der Bewegung bezeichnet wird – zu einem Zeitpunkt, als dessen Name noch nicht in der Öffentlichkeit bekannt gewesen ist. Als sie den nächsten Termin für den Sprachkurs vereinbaren will, sagt der Mann, dass dies nicht nötig sei, da er morgen nach Argentinien auswandern werde. „Mittlerweile soll er wieder in Deutschland sein. Laut *'Süddeutscher Zeitung'* kennt die Bundesanwaltschaft den Mann und seine Adresse.“¹³ Wirklich neu ist die Qualität dieser Hinweise und Aussagen nicht, wenn man bedenkt, dass der im Kern der WSG Hoffmann platzierte V-Mann Walter Ulrich Behle bereits am 7. Oktober 1980 in Damaskus bei einem Barbesuch damit geprahlt hatte, dass die Bombe auf das Oktoberfest von ihnen gewesen sei.¹⁴ Diese und Dutzende, ja Hunderte weitere Fakten hat Tobias von Heymann sorgfältig recherchiert und 2008 als Buch veröffentlicht.¹⁵

Der kriminalistische Indizienbeweis ist längst erbracht

Während der Journalist Tobias von Heymann sich mit der Schlussfolgerung begnügt, alle bekannten Fakten sprächen dafür, dass Gundolf Köhler tatsächlich kein Einzeltäter gewesen sei¹⁶, geht Wolf Wetzels, bekannter Antifaschist, in seiner Recherche einen wichtigen Schritt weiter, und fragt nach

der Verbindung zu Gladio?¹⁷ Er übersieht dabei nur, dass diese Frage längst beantwortet ist. Auf die Gründe für das Versagen der Antifa-Bewegung in Deutschland werden wir später noch zurückkommen. Zunächst bleiben wir noch bei den trockenen Fakten. Tobias von Heymann hatte u.a. im Rahmen seiner Recherchen als Forschungsauftrag die Möglichkeit, in einen Teil der Stasi-Akten zum Oktoberfest-Attentat Einblick zu nehmen. Und die enthalten nicht mehr und nicht weniger als den kriminalistischen Indizienbeweis¹⁸ dafür, dass die Oktoberfest-Bombe mittels der Gladio-Strukturen organisiert wurde. Die Staatssicherheit der DDR hat die NATO Stay-Behind-Organisation als militärischen Gegner ernst genommen und daher keine Mittel und Wege gescheut, diesen Feind auszuspionieren, um ihm im Kriegsfall durch gezielte Liquidierungen ausschalten zu können.¹⁹ So gelang es der Funkaufklärung der Stasi, Teile des für die operative Führung der Gladio-Zellen verwendeten BND-Codes zu knacken und so in jahrelanger Kleinstarbeit ca. 15 Prozent aller Funksprüche der BND-Zentrale in Pullach an ihre Gladio-Agenten zwischen 1976 und 1987 zu entschlüsseln.²⁰ Auf dieser Grundlage und unter Nutzung aller sonstigen geheimdienstlichen Mittel wie u.a. Doppelagenten in den westdeutschen und NATO-Geheimdiensten sowie dem Anwerben von Informanten aus der Wehrsportgruppe Hoffmann wie

¹³'Spätfolgen', Hintergrundreportage im Tagesspiegel vom 12.04.2015

¹⁴Siehe dazu Tomas Lecorte, 'Die Umtriebe des Karl-Heinz Hoffmann', in: Antifaschistisches Infoblatt (AIB) Nr. 105, Winter 2014, S. 16f sowie Tobias von Heymann, Die Oktoberfest-Bombe, a.a.O., Unterkapitel 'Walter Ulrich Behle: Das Geständnis in Syrien und die zweite Bombe', S. 282 bis 287

¹⁵Tobias von Heymann, Die Oktoberfest-Bombe – München, 26. September 1980 – Die Tat eines Einzelnen oder Terror-Anschlag mit politischem Hintergrund?; NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide; 1. Auflage 2008

¹⁶Heymann, Oktoberfest-Bombe, a.a.O., S. 520

¹⁷Wolf Wetzels, 'Der neonazistische Terroranschlag auf das Oktoberfest in München 1980 wirft lange Schatten – bis in die Gegenwart', auf dem Blog Eyes Wide Shut; www.wolfwetzels.wordpress.com/2015/02/13/der-oktoberfestanschlag-in-muenchen-1980-und-der-staatseigene-untergrund/

¹⁸In Wikipedia wird unter dem Stichwort Indizienprozess ausgeführt: „In einem Indizienprozess versucht die Staatsanwaltschaft den Richter von der Schuld des Täters mittelbar durch Indizien zu überzeugen. Ein Indiz für sich alleine genommen reicht dabei nicht zur Verurteilung aus. Es gibt Fälle, in denen die Summe der Indizien (Indizienkette und Indizienreihe) ein derartiges Gesamtbild ergibt, dass ein Gericht die Täterschaft eines Beklagten mit voller Überzeugung feststellt.“ www.de.wikipedia.org/wiki/Indizienprozess Daraus ergibt sich dann die folgende Definition des Indizienbeweises: „Ein Indizienbeweis in einem Gerichtsverfahren liegt vor, wenn von dem Vorliegen einer oder mehrerer Tatsachen (Indiztatsachen) auf die eigentlich zu beweisende Haupttatsache logisch geschlossen werden kann. Die Indiztatsachen müssen im Prozess voll bewiesen sein, also zur Überzeugung des Gerichts feststehen. Zum Beweis dienen alle herkömmlichen Beweismittel.“ www.de.wikipedia.org/wiki/Indizienbeweis

¹⁹Heymann, Oktoberfestbombe, a.a.O. S. 365

²⁰Heymann, Oktoberfestbombe, a.a.O. S. 389f.

²¹Siehe dazu Heymann, Oktoberfestbombe, a.a.O. Kapitel 15 'Die Stasi und der Terrorismus' und insbesondere S. 459 bis 482 'Die Stasi-Akte Odfried Hepp: Ein Neonazi als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS

z.B. dem führenden Nazi-Kader Odfried Hepp²¹ enttarnte die Stasi die Gladio-Struktur in Westdeutschland.



Mehr als ein Sylvestervorrat: Fund aus Heinz Lembkes Waffenarsenal

Seit diese Unterlagen von Heymann 2008 veröffentlicht wurden²², ist klar, dass der Nazikader und Förster Heinz Lembke und die „Gruppe 27“ genannte Zelle des deutschen Teils der Stay-Behind-Organisation bzw. von Gladio identisch sind. Wir sparen uns, hier die Details ausführlich wiederzugeben und fassen die Kernpunkte zusammen:

- Heinz Lembkes Biografie, Persönlichkeitsprofil, seine berufliche Tätigkeit wie soziales Umfeld passen ideal zu den Anforderungen an einen der 80 militärischen ausgebildeten und von der Stasi identifizierten „Überrollagenten“ der Stay-Behind-

Organisation, die als Leiter potentieller Partisanenzellen in permanenter Funkverbindung zur BND-Zentrale in Pullach stehen.

- Heinz Lembke verfügt über ein Waffenlager, dessen Quantität und Qualität nicht nur das in Nazikreisen übliche Waffenarsenal um ein Vielfaches übersteigt, sondern offensichtlich militärischen Zwecken für den Partisanenkrieg hinter der Front der Truppen des Warschauer Paktes dienen sollte.²³ Daraus beliefert er nachweislich diverse bewaffnete neonazistische Untergrundstrukturen und aus dem 1981 nicht beschlagnahmten Teil des Depots kann sich ein anderer Rechtsterrorist, Peter Naumann, bis 1995 weiter bedienen. Gegen beide lief sogar ein offizielles Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung u.a. im Zusammenhang mit mehreren Sprengstoffanschlägen.
- Heinz Lembkes Wohnort, ein abgelegenes Forsthaus in der Nähe von Lüneburg, liegt in unmittelbarer Nähe zu den Orten, wo die Gladio „Gruppe 27“ ihre Funknachrichten absetzte.²⁴
- Heinz Lembke kooperiert nach anfänglichem Schweigen sehr selektiv mit der Polizei, u.a. sagt er nichts zu dem ausgeräumten Depot Nr. 82, da „dessen Inhalt geeignet sei, andere Personen zu belasten.“ Wer so rational agiert, hat nicht mit dem Leben abgeschlossen – wie Wolf Wetzel zutreffend feststellt.²⁵ Als er ankündigt, weitere Aussagen zu machen, findet man ihn am nächsten Morgen erhängt in seiner Zelle – ein samt Abschiedsbrief gut inszenierter Selbstmord.
- Damals – als Gladio noch nicht bekannt gewesen ist – haben offizielle Stellen die Öffentlichkeit versucht zu beruhigen, indem sie

²²Heymann, Oktoberfestbombe, Kapitel 14, Heinz Lembke: Sein Waffenlager, sein Umfeld und die 'Gruppe 27'

²³Allein in den 88 im Oktober 1981 ausgehobenen Kisten, die nur einen Teil des Gesamtbestandes umfassen, befinden sich u.a. 156 kg Sprengstoff, 13.520 Schuss Munition, 50 Panzerfäuste, aber auch für einen Feld-, Wald- und Wiesennazi so unbrauchbare Dinge wie 3 ABC-Schutzausrüstungen; siehe detaillierte Liste im Spiegel vom 9.11.1981, S. 30, 'Es ist Wolfszeit' zitiert nach Heymann a.a.O. S. 439

²⁴Siehe Karte S. 450 bei Heymann, Oktoberfest-Bombe

²⁵Wolf Wetzel, Der neonazistische Terroranschlag auf das Oktoberfest, a.a.O.

²⁶Siehe Heymann, Oktoberfestbombe S. 442 mit Nachweisen zu Eckart Spoo, 'Oberfeldwebel lieferte Neo-Nazi Waffen ins Walddepot, in: Frankfurter Rundschau vom 18. Januar 1983. So hat der Generalbundesanwalt erklärt: „Heinz

den Auftrag der Stay-Behind-Organisation als persönliche Motivation von Heinz Lembke darstellten.²⁶

Zwischenfazit: München war Staatsterrorismus

Mit der geschlossenen Beweiskette, dass der Ende der 1970er Jahre auch militärisch aktive Naziterrorist Heinz Lembke Teil von Gladio gewesen ist, wird in der Gesamtschau aller Fakten auch der Nachweis erbracht, dass das Oktoberfest-Attentat in München ein Akt des Staatsterrorismus gewesen ist. Es wurde vom tiefen Staat unter Nutzung von Teilen der Gladio-Struktur, vermutlich aber auch weiteren in der Wehrsportgruppe Hoffmann und dem bewaffneten Naziuntergrund platzierten, unabhängig von Gladio operierenden V-Leuten organisiert. Dafür spricht auch die großangelegte Observation des Verfassungsschutzes jenes berühmten Konvois der WSG Hoffmann mit ausgemusterten Bundeswehr-Unimogs Richtung Libanon, mit der der Repressionsapparat der WSG ein scheinbar lückenloses Alibi verschafft hat. So eine umfassende Observationsaktion kann nun aber genauso wenig spontan erfolgen, wie die umfassende Manipulation der Ermittlungen ohne zentrale Steuerung denkbar ist. Anders gesagt, hinter der Bombe am Eingang des Oktoberfest steckt ein Masterplan, dessen komplexe, operative Umsetzung genauso wie seine spätere Vertuschung ohne den tiefen Staat undenkbar ist. Das Oktoberfest-Attentat

war eine false flag-Aktion, die der RAF in die Schuhe geschoben werden sollte. So wie dies einige Jahre später mit den Killern von Brabant²⁷ geschehen ist, deren scheinbar sinnlose Massaker einer anderen linken Stadtguerillagruppe, den Kämpfenden Kommunistischen Zellen (Cellules Communistes Combattantes, CCC), so erfolgreich untergeschoben wurden²⁸, dass diese sich zu einem Dementi genötigt sahen.



CSU-Pate Strauss am Anschlagort, 1980

Das Ziel des Terroranschlag bestand darin, die Stimmung in der Endphase des Bundestagswahlkampfes zu kippen und so Franz Josef Strauss zum Bundeskanzler zu machen. Strauss war nicht nur so etwas wie ein Sonnenkönig der CSU im Freistaat Bayern. Sein politisches Programm, das in zahlreichen faschistischen Sprüchen z.B. über „*Ratten und Schmeißfliegen, die es auszumisten gelte*“ und chilenische KZ's „*in denen es sich unter freien Himmel bei Sonne doch ganz gut leben ließe*“ überliefert ist, und die Tatsache, dass er im-

Lembke habe die Waffenlager angelegt, 'um im Falle einer <Intervention aus dem Osten einen Partisanenkrieg führen zu können>.“

²⁷„Die Killerbande von Brabant ist eine Gruppe, die gemeinhin für das Massaker von Brabant verantwortlich gemacht wird. Hierbei handelt es sich um eine Serie gewalttätiger Angriffe, die zwischen 1982 und 1985 in der belgischen Provinz Brabant stattfanden und 28 Todesopfer und über 20 Verletzte forderten. (...) Die Gruppe führte die bewaffneten Überfälle auf Restaurants, Einzelhändler, Supermärkte und ein Waffendepot mit beinahe militärischer Präzision aus. Die Täter erschossen dabei jeweils wahllos und kaltblütig mehrere unbeteiligte Menschen. Dies führte in der Öffentlichkeit zu dem Verdacht, dass die Vorfälle ein Versuch sein könnten, das Land gezielt zu destabilisieren. In diesem Zusammenhang wurde die Belgische Gendarmerie (Rijkswacht), eine Polizeiformation, die teilweise dem belgischen Verteidigungsminister unterstand, verdächtigt. Die bei den Morden verwendeten Tatwaffen waren teilweise aus einem Waffendepot der Polizei gestohlen worden.“, zitiert nach www.de.wikipedia.org/wiki/Killerbande_von_Brabant

²⁸In der an sich schon sehr lehrreichen, dreiteiligen BBC-Dokumentation zu Gladio gibt es eine bemerkenswerte Schlüsselstelle, wo ein Angehöriger der belgischen Gladio-Struktur über einige der regelmäßig erhaltenen Aufträge berichtet. Ein Vorgehen, welches sich im übrigen mit den Erkenntnissen der Stasi zur Funktionsweise von Gladio deckt. U.a. hatte der Mann Supermärkte einschließlich geeigneter Fluchtwege auszukundschaften, die später von den Killerbande von Brabant überfallen wurden. „*Da hat man sich schon so seine Gedanken gemacht.*“

²⁹Siehe dazu nachfolgende Stelle bei Tobias von Heymann, Die Oktoberfest-Bombe, a.a.O., S. 217f bzw. die dort angegebenen Quelle für das Strauss Interview bei Japs, Gode: Heuchelei oder Demagogie, In: Vorwärts, Nr. 42 vom 9. Oktober 1980: „*Zwei Monate nach dem Verbot spricht der französische Journalist Bernhard Völker Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauss (CSU) im März 1980 noch einmal auf das Verbot der Wehrsportgruppe an: 'Heutzutage gibt es (in*

mer als Pate²⁹ seine schützende Hand über Neonaziterroristen wie die WSG Hoffmann gehalten hatte, verdeutlichen eins: Sein Wahlsieg drei Jahre nach dem deutschen Herbst 1977 hätte politisch die nachträgliche Legalisierung des tiefen Staates bedeutet, der seinerzeit im unerklärten Ausnahmezustand als großer Krisenstab faktisch bereits für einige Wochen die operative Staatsmacht übernommen hatte.³⁰

Anti-Antifa - oder: Die Lücke im kollektiven Gedächtnis der politischen Widerstandsbewegung (PWB)

Peter Naumann hatte 1995 einen theatralischen Auftritt, als er ein TV-Team des ARD Politmagazins Panorama zu einem zumindest teilweise offenbar noch aus Lembkes Gladio-Depot stammenden Waffenlager führt und vor laufender Kamera erklärt, dass „*der deutsche Geheimdienst die Kameraden zu einem frühzeitigen, sinnlosen Krieg gegen den Staat provozieren wolle.*“³¹ Um dies zu verhindern, hätte Naumann sich entschlossen, die Waffen abzugeben. Was immer man von dieser Show halten soll, eins ist jedenfalls Fakt: Naumann wurde danach im Naziuntergrund nicht als Verräter oder Abtrünniger betrachtet.³² Für die politische Widerstandsbewegung wie auch die staatlich gesponserten Antifa-Recherchegruppen stehen WSG Hoffmann und ihre Verwicklung in das Oktoberfest-Attentat und die Mordserie des NSU weitgehend unabhängig voneinander für verschie-

dene Epochen des Rechtsterrorismus. Bestenfalls wird noch die auffällige Parallelität z.B. bei der offensichtlich zentral koordinierten Manipulation der Ermittlungen und den ebenso zentral gesteuerten Aktenvernichtungen angesprochen. Die Ursache für diese Erscheinungen liegt in der organisatorischen Kontinuität der Hintergrundstruktur des tiefen Staates, über den diese Aktivitäten gesteuert werden. Das wird aber fast immer ausgeblendet.

Bodo Ramelow's Einschätzung zu NSU

Bodo Ramelow ist als Politiker ein Profi, der genau weiß, was er wie formulieren muss und wie weit er öffentlich gehen kann. Inzwischen hat er sogar seinen Lebenstraum verwirklichen können und ist der erste Regierungschef der Partei Die Linke in einem Bundesland geworden – und zwar ausgerechnet in Thüringen, in dem sich ein Großteil der Geschichte des NSU abgespielt hat. Er selbst verortet sich politisch als „Staatsbürger“ und lehnt den Marxismus entschieden ab. Umso bemerkenswerter ist es, dass er sich in Sachen NSU weit links vom gesamten Mainstream seiner Partei wie der politischen Widerstandsbewegung positioniert und die entscheidenden Fragen in Richtung BND³³ so formuliert, dass man zu den richtigen Schlussfolgerungen gelangen muss. Auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Vorfeld der Veröffentlichung eines Sammelbandes mit Erkenntnissen zum NSU ist Ramelow der einzige

der Bundesrepublik) keine Gefahr mehr von rechts, weder im Augenblick noch in der nahen Zukunft ... Wenn niemand von diesem Verrücktem (Hoffmann) spräche, man würde seine Existenz überhaupt nicht bemerken ... Mein Gott, wenn jemand Spaß daran hat, am Sonntag mit einem Rucksack und im Kampfanzug mit Koppelschloss durchs Gelände zu spazieren, soll man ihn in Ruhe lassen ... Hoffmann hat sich nichts zu schulden kommen lassen.“

³⁰Siehe dazu Pier Bakker Schut, 'Stammheim – Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung', Neuer Malik Verlag Kiel, 1986

³¹Siehe z.B. die Darstellung der Bundeszentrale für politische Bildung zu 'Rechtsterrorismus', wo zu Peter Naumann u.a. steht: „*Kurz danach führt er Beamte des Bundeskriminalamtes sowie ein Team des ARD-Fernsehmagazins Panorama zu zehn mit Waffen und Sprengstoff gefüllten Erddepots in Hessen und Niedersachsen. Nach seinen Angaben stammen sie von Anfang der 80er Jahre, die genaue Geschichte wurde nie geklärt.*“ <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167786/zeitleiste-rechtsterrorismus>

³²Siehe dazu seinen weiteren Lebensweg z.B. unter www.de.wikipedia.org/wiki/Peter_Naumann

³³„...Ebenso auffällig ist, dass es um die Rolle des Auslandsgeheimdienstes 'Bundesnachrichtendienst' (BND) so ohrenbetäubend still ist – ganz so, als ob Trainingslager mit Waffen und Sprengstoff in anderen Staaten Ruhezonen für deutsche Nazis wären. Dass trotz all der bisher bereits gefundenen Verstrickungen deutscher mit ausländischen Nazistrukturen und anderen Diensten der BND vollkommen unbeteiligt gewesen sein soll, halte ich für unglaublich.“ Vorwort von Bodo Ramelow, S. 11, zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband 'Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen – Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen'; VSA Verlag, Hamburg, März 2013

gewesen, der immer wieder auf den internationalen Charakter der Nazistruktur und ihrer Hintermänner von Gladio hingewiesen hat, während alle Anwesenden aus einem breiten Spektrum von Linkspartei über RevisionistInnen bis zur Antifa politisch auf Auflösung des Inlandgeheimdienstes orientierten. Sinngemäß führte er – zutreffend – aus, dass NSU nicht Gladio gewesen sei, aber die, die NSU organisiert haben, zur Stay-Behind-Organisation gehörten. Seine am Ende angedeutete realistische Einschätzung geht dahin, dass zu Gladio nichts rauskommen wird, da diese Struktur weiterbesteht. Was wir, insbesondere in den Untersuchungsausschüssen, zu sehen bekämen, seien nur Folklore und Nebelbomben.³⁴



Bodo Ramelow bei der Vorstellung seines NSU-Buchs

Ramelow ist auch – soweit wir wissen – der einzige, der zutreffend darauf hinweist, dass die Geschichte des NSU nicht Mitte der 90er Jahre beginnt. Direkt nach der Wende zog Karl Heinz Hoffmann, Chef der gleichnamigen Wehrsportgruppe, nach Karla in Thüringen um und auch die beiden Nazi-Promis Roeder und Rieger tauchten dort auf. Damit verfügte das internationale faschistische Netzwerk Blood and Honour samt seinem bewaffnetem Arm Combat 18 direkt nach der Wende über eine Zelle in Thüringen. Parallel wird dazu durch die Versetzung von 6 Mitarbeitern des hessischen Verfassungsschutzes um den Abteilungslei-

ter Nocken³⁵ im Zuge des Aufbaus Ost die operative Führungsebene für den NSU implementiert.

Ein notwendiger Einschub: Zum Hintergrund einer interessanten Postsendung nach Nürnberg

Als die beiden NSU-Uwes mittels eines technisch schlicht unmöglichen „Selbstmordes“ per Pump-Gun liquidiert werden, handelt Beate Zschäpe extrem rational, indem sie die DVDs des NSU versendet und so die ganze Sache offen macht. Dass sie den bürgerlichen Medien nicht traut und daher auch linke und muslimische Institutionen eine Kopie erhalten, kann man nachvollziehen. Aber dass ausgerechnet das Rote Zentrum in Nürnberg eine DVD erhält, ist für Außenstehende schwer verständlich. Dazu sollte man wissen, dass Franken nicht nur die Wahlheimat von Karl Heinz Hoffmann in den 70er und 80er Jahren gewesen ist und dass in Nürnberg zwei der „offiziell“ dem NSU zugerechneten Morde passierten sowie ein weiterer Anschlag, der im Prozess durch einen Nazizeugen bekannt gemacht wird³⁶ und für den sich staatlicherseits niemand interessiert. Allgemein zugänglich Fakten wie die Rolle des V-Manns Kai Dalek³⁷ oder auch die Naziterrorgruppe um Martin Wiese, wo auch ein Gladio-Agent eine zentrale Rolle gespielt hat, sind ebenfalls hilfreich zum Verständnis. Die Botschaft entschlüsseln kann man aber nur mit Hilfe der Kenntnis lokaler Gegebenheiten. Die DKP in Nürnberg, die das Rote Zentrum betreibt, ist recht überschaubar. Aber in ihr ist ein Genosse aktiv, der von der Anti-Antifa bedroht wurde. Die Anti-Antifa hatte u.a. ein Foto von ihm veröffentlicht, das aus den Ermittlungsakten der Polizei stammte. Er hat sich gewehrt und durch seine Hartnäckigkeit dem Repressionsapparat ein wichtiges Eingeständnis entrungen. Das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wurde nämlich mit der entlarvenden Begründung eingestellt, „dass nur berechnete Beamte der Abteilung Poli-

³⁴Mitschrift der Podiumsdiskussion der Rosa Luxemburg Stiftung am 27.3.2013

³⁵vgl. "Verfassungsschutz-Vize Nocken: 'Wir waren blind, was die Neonazi-Szene angeht.'", Spiegel-Online, 17.07.12

³⁶www.antifainfoblatt.de/artikel/aussage-im-nsu-prozess-legt-weiteren-sprengstoffanschlag-nahe

³⁷Kai Dalek wird von Ramelow neben dem inzwischen ebenfalls liquidierten V-Mann Corelli als einer der zentralen V-Leute eingeschätzt, die gezielt aus der Schusslinie genommen werden, Quelle: Mitschrift der Podiumsdiskussion der Rosa Luxemburg Stiftung am 27.3.2013

zeitlicher Staatsschutz auf die entsprechenden Daten zugegriffen hatten.“



Nazi-Schmiererei an Wand: Anti-Antifa als Fortsetzung von Gladio?

Mitte der 2000er Jahre gab es in Nürnberg eine massive Outing-Kampagne der Anti-Antifa gegen die dort recht starke politische Widerstandsbewegung, die in der Veröffentlichung der angeblichen Mitgliederliste der Radikalen Linken (heute Teil der IL) samt Psychogrammen der GenossInnen gipfelte.³⁸ Mit anderen Worten: Teilen der politischen Widerstandsbewegung in Nürnberg war Mitte der 2000er Jahre und damit vor dem Auffliegen des NSU bewusst, dass der Naziuntergrund und staatliche Stellen über direkte organisatorische Verbindungen verfügen müssen. Insofern war der Auftritt von Peter Naumann als Anti-Antifa-Fotograf in Begleitung eines Leibwächters bei einer linken Kundgebung, von der die Anti-Antifa-

Nürnberg später Fotos ins Netz gestellt hat, ebenso wenig überraschend wie die damaligen Übungen von Combat 18 in den Wäldern im nahegelegenen Schwabach. Heute kann man selbst in den bürgerlichen Medien die zahlreichen Verbindungen des Naziuntergrunds in Franken nachlesen.³⁹ Die Praxis als Kriterium der Wahrheit brachte auch in diesem Fall die Gewissheit: Der bekannte Abbruch der Outing-Offensive, die Abschaltung ihrer Website und die Aufnahme der Anti-Antifa-Nürnberg als Gruppe in den bayerischen VS-Bericht sind das Ergebnis einer erfolgreichen Gegenoffensive der politischen Widerstandsbewegung, die die Existenz des tiefen Staates und die Anfang der 90er Jahre gegründete Anti-Antifa⁴⁰ als Fortsetzung von Gladio unter veränderten Bedingungen verstanden und in den Kern ihrer strategischen Überlegungen gestellt hat. Und hier schließt sich der Kreis zu Beate Zschäpe und ihrer Kenntnis der Adresse und Bedeutung des Roten Zentrums. Bodo RameLOW hat daher recht: Wir werden über Gladio im Zuge der NSU-Aufarbeitung über die bekannten, eher allgemeinen Tatsachen hinaus nichts herausbekommen, weil solche Strukturen weiterbestehen.

NSU-Prozess: Organisierte Vertuschung und spontane Todesfälle

Während im NSU-Prozess der 200. Verhandlungstag abgewickelt wurde⁴¹, haben inzwischen selbst

³⁸Siehe dazu die vergriffene Broschüre 'Anti-Antifa [K]ein neuer Trend – Geschichte und Entwicklung einer Nazistrategie am Beispiel Nürnberg' der 'Radikale Linken Projekt revolutionärer Organisation'; Erscheinungsjahr vermutlich um 2010

³⁹Siehe etwa die Verbindung von Mathias Fischer über Mandy zum NSU, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/07/12/die-bayerische-neonaziszene-verliert-einen-fuehrenden-kopf_16687

⁴⁰Zur der von führenden Neonazis als strategisches Projekt angelegten Anti-Antifa und der ersten, damals noch schockierenden, als potentielle Todesliste gewerteten Publikation 'Einblick', für das u.a. der heute noch aktive Nürnberger Neonazi und Anti-Antifa Hobbydetektiv Norman Kempken verurteilt wurde, siehe 'The 'Einblick' Trial: Notes From The Nazi Underground', www.etext.org/Politics/Arm.The.Spirit/Antifa/frg.einblick-trial.info. Über den Einblick gibt es natürlich auch meterweise Antifa-Material in deutscher Sprache, aber wir möchten euch diese Quelle wegen folgender Stelle besonders ans Herz legen: „Only Stefan Cumic, one of the alleged producers of 'Einblick', made any statements while on the stand. But that wasn't so exciting. One by one, the trial observers fell asleep. Suddenly things became a little hectic. "Mr. Cumic, do you know Kai Dalek?" With this question, one of the attorneys suddenly became excited. As Kempken and Hefendehl cringed, Cumic became froze up. "Mr. Cumic, is Kai Dalek in charge of the GdNF? (...) In his own words, Dalek is a "GdNF organizer". In his role as organizer, he is therefore responsible for a series of central activities within the NS-scene." Korrekt, wir reden hier über eine und dieselbe Person - der V-Mann Kai Dalek organisierte Anfang der 90er Jahre die Anti-Antifa und spielte eine zentrale Rolle beim NSU (siehe FN 38) – müssen wir noch mehr sagen?

⁴¹Zur Chronologie der Verhandlungstage siehe Frank Jansen '200 Verhandlungstage im NSU-Prozess – Was steht im Protokoll?' im Tagesspiegel vom 19. April 2015

die gutgläubigsten bürgerlich-demokratischen Beobachter jede Hoffnung aufgegeben, dass dort etwas zur Aufklärung herauskommen wird. Aus dem Umfeld der „Initiative Keupstraße ist überall“⁴² wird daher folgerichtig auf ein Internationales Tribunal in Anlehnung an die bekannten Russel-Tribunale in den 70er Jahren orientiert, nachdem ihre Interventionen zum NSU-Prozess im Hinblick auf eine demokratische Aufklärung frustrierend verlaufen sind. Der prozessuale Trick der organisierten Vertuschung besteht in einem sogenannten „Strukturermittlungsverfahren“ der Generalbundesanwaltschaft gegen Unbekannt: *„(...) die Akten bleiben völlig außen vor. In dieser Akte verschwindet alles, was die Generalbundesanwaltschaft für den Prozess als 'nicht erheblich' hält. Sie hat damit auch nach Anklageerhebung die Hoheit über den Prozessstoff.“*⁴³



Suizid-Akrobaten Böhnhardt und Mundlos (NSU)

Inzwischen gibt es auch neue Untersuchungsausschüsse, die aber nur noch wenig und vor allem keine qualitativ weitergehenden Details hervorbringen. So weiß man jetzt zwar, dass der Verfassungsschützer Andreas Temme alias „Klein-Adolf“ mit seinem V-Mann Benjamin Gärnter telefonierte, der – welche Überraschung – der Führung des nordhessischen Combat- 18-Ablegers 'Sturm 18' angehörte, während er den NSU-Mord in Kassel nicht gesehen haben will. Aber ist das wirklich noch mehr als das zehntausendste Detail in einer sich wiederholenden Endlosschleife an Fakten angesichts der Tatsache, dass die ermittelnde

Polizei schon damals davon ausging, dass „Klein-Adolf“ über Täterwissen verfügt?⁴⁴ Spannender sind da die Nebenwirkungen des neuen baden-württembergischen Untersuchungsausschusses, der sich u.a. mit dem völlig aus der Reihe fallenden, mysteriösesten Verbrechen des NSU – dem Mord an der Polizistin Michelle Kiesewetter – beschäftigt. Wir erinnern uns: Laut Bundesanwaltschaft fahren zwei erprobte Nazikiller, die zu diesem Zeitpunkt über ein Arsenal von ca. 20 Schusswaffen verfügen, von ihrem konspirativen Versteck aus quer durch die Republik zum Volksfest in Stuttgart, um sich dort an zwei zufällig Pause machende Streifenpolizisten anzuschleichen, sie per Kopfschuss zu töten bzw. schwer zu verletzen, um so an ihre Waffen zu kommen. Der Onkel der getöteten Polizistin Kiesewetter, selbst beim Polizeilichen Staatsschutz tätig, spricht vom 10. Opfer der Döner-Serie; Zeugen sehen einen blutverschmierten Mann weglaufen, dessen Beschreibung auf keinen der beiden Uwes passt; das Phantom von Heilbronn wird zum Leben erweckt und widerlegt für alle Zeiten die Beweiskraft von DNA-Analysen – und das ganze Szenario wird nach einem geleakten und/oder gefakten Bericht von zufällig anwesenden amerikanischen Geheimdienstlern beobachtet.

Wir waren schon geneigt, das ganze Geschehen als absurde Paranoia zu verspotten und als billige Methode des Geheimdienstes einzuordnen, sich irgendwelcher Leichen im Keller zu entledigen, die gar nichts mit dem Naziuntergrund zu tun haben. Doch dann tauchen Zeugen auf und es kommt, als befänden wir uns nicht in der Realität, sondern in einem grottenschlechten Mafia-Action-Streifen, zum Massensterben von Zeugen, natürlich immer ohne Fremdeinwirkung.⁴⁵ Thomas Richter alias Corelli war zentraler V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz. Neben vielen anderen Aktivitäten soll er bereits 2005 eine CD mit Bildmaterial verbreitet haben, auf deren Cover 'NSU/NSDAP' stand. Er hat im Zeugenschutzprogramm gelebt, bis er im April 2014 dazu befragt werden soll. Das war offenbar sein Todes-

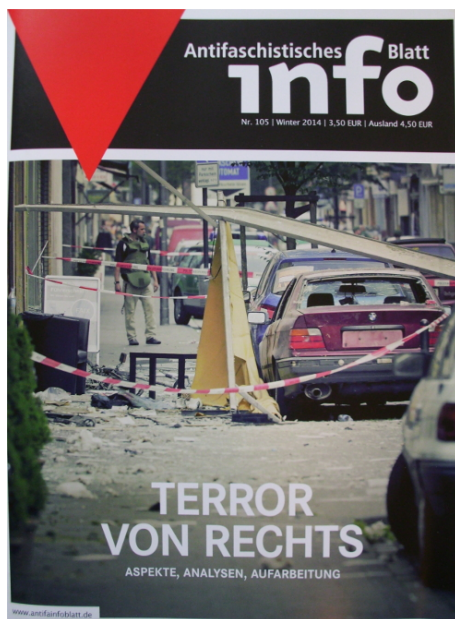
⁴²www.keupstrasse-ist-ueberall.de

⁴³Zitiert nach 'Der NSU-Prozess – Zwischenstand aus München (Teil 2)', in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 105, Winter 2014, S. 21

⁴⁴Siehe 'Ein fatales Näheverhältnis (I)' in german-foreign-policy.com vom 2.3.2015

⁴⁵'Die mysteriöse Todesfolge – Eine weitere Zeugin im Umfeld des NSU-Ermittlungen starb – ohne Fremdeinwirkung. Es bleiben Fragen' im Tagesspiegel vom 1.4.2015

urteil. Wenige Tage vor der Vernehmung stirbt er mit gerade mal 39 Jahren laut offiziellen Angaben an unerkannter Diabetes.



NSU politisch falsch eingeschätzt: Antifa-Infoblatt

Florian H. hatte 2011 als 21-jähriger Naziaussteiger behauptet, er wisse, wer die Mörder von Kiewetter seien. Für die Behörden ein offiziell wenig glaubwürdiger Aufschneider, dessen Hinweisen auf eine weitere Zelle des führerlosen Widerstandes mit dem Namen „Neoschutzstaffel“ (NSS) nicht nachgegangen werden sollte. Kurz vor einer weiteren Vernehmung verbrennt er in seinem Auto nahe der „Canstatter Wasen“ - also an dem Ort, wo auch Kiewetter gestorben ist. Offiziell hat er sich aus Liebeskummer selbst verbrannt, angeblich wegen einer vier Wochen jungen, eher oberflächlichen Liebesbeziehung. Inzwischen ist klar,

dass „der Neonazi einen Medikamentencocktail im Blut hatte, der ihn handlungsunfähig gemacht haben könnte.“⁴⁶

Seine damalige Freundin Melisa M. hatte große Angst und war nur gegen die Zusicherung, dass ihre Aussagen vertraulich behandelt werden, bereit, vor dem Stuttgarter Untersuchungsausschuss zu reden. Nach einem Sturz mit dem Motorrad zieht sie sich eine harmlose Prellung zu, bekommt von zwei Ärzten eine Thrombosevorsorge und stirbt am nächsten Morgen an einer tödlichen Lungenembolie. Die Rechtsmediziner finden – ihr wisst was jetzt kommen muss - „keine Anzeichen für eine wie auch immer geartete Fremdeinwirkung.“⁴⁷

Späte Einsichten und fortgesetzte Verdrängung – die Entwicklung der Position der deutschen Antifa

Die politische Nicht-Reaktion großer Teile der Antifa-Bewegung auf die Aufdeckung des NSU war ein einziges Desaster. Inhalte⁴⁸ und Ablauf der mit 150 BesucherInnen überfüllten Veranstaltung 'Kein 10. Opfer!?' - NSU, Rechtsterror und die Rolle des Staates' des antifaschistischen pressarchiv und bildungszentrum e.V. (apabiz) am 4.3.2012 in Berlin als Teil einer bundesweiten Veranstaltungsserie geben gut die damalige Stimmung in der Antifa wider. Altbekannte und vor allem geschichtliche Details aus der zweiten Hälfte der 90er Jahre werden professionell referiert, der Staat und seine Rolle komplett ausgeblendet und kritische Nachfragen wegmoderiert.⁴⁹

⁴⁶Tagesspiegel 1.4.2014

⁴⁷Tagesspiegel a.a.O.

⁴⁸Siehe dazu „monitor“ nr. 54, Februar 2012 (apabiz Zeitung), wo die wesentliche Teile bzw. Inhalte des Vortrags enthalten sind

⁴⁹Eine Genossin hat eine zusammenfassende Einschätzung festgehalten, die uns vom Kommunistischen Aufbau zur Verfügung gestellt wurde: „Eine politische und von den gebotenen Fakten sehr schwache Veranstaltung. Die Rolle des Staates wurde entgegen dem Veranstaltungstitel weder beleuchtet noch aufgeklärt. Faktisch reiht sich die VA ein in die Versuche, die Verantwortung des Staates auszublenden und das Ganze als „krankhafte rassistische Scheiße“ (so ein Referent) abzutun. Die Referenten betonten ständig, dass man nicht spekulieren solle, Gladio etc. wurde nicht erwähnt, das Oktoberfestattentat als Rechtsterrorismus abgehakt usw. Interessant war auch die einzig politische Intervention eines älteren Genossen aus dem Publikum, der für seinen „Antifa-Zusammenhang“ sprach und von der Moderation zweimal abgewürgt wurde, obwohl es dazu formell keinen Grund gab. Dieser Genosse wies richtig daraufhin, dass Combat 18, das Konzept des führerlosen Widerstandes, und das field manual Strategiepapiere sind, die einen Guerillakrieg theoretisch und praktisch propagieren, den der NSU entsprechend umgesetzt hat. Sie vertreten die Meinung, dass NSU 2006 das Scheitern ihres Avantgardekonzepts erkannt habe, da ihnen auf dem Weg des bewaffneten Rassenkrieges keine weiteren Zellen gefolgt sind. Das wurde von Podium als interessanter Ansatz gewürdigt und sofort wieder weggeredet. Ansonsten war die Diskussion absolut niveaulos und beschränkte sich auf Nachfragen an die „ExpertInnen“ von apabiz.“

Jenseits der kommunistischen Bewegung (siehe z.B. Rote Aktion⁵⁰, GDS⁵¹, Trotz Alledem⁵²) waren 2012/13 einzig die GenossInnen der operaistischen Zeitung Wildcat bereit, den Tatsachen ins Auge zu sehen und die Organisierte Autonomie aus Nürnberg (OA) die einzigen, die politisch offensiv reagiert haben.

Der Mainstream der Antifa verhalten sich wie Apabiz oder das führende Antifamagazin 'Antifaschistisches Info-Blatt AIB'^{53 54}, was die Wildcat zu folgendem, treffenden Kommentar veranlasst: „*Antifa in Not! (...) Im letzten Heft hatten wir behauptet, einige bürgerliche Interpretationen der 'NSU-Affäre' seien radikaler als die 'hilflose linke Kritik'. Warum ist das so? Warum strahlt das ZDF einen Beitrag zum 'NSU' aus, der wesentlich kritischer ist als das, was die Antifa von sich gibt? Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es in der BRD keine ernsthafte Diskussion über den Staat im Staat – ziemlich irre angesichts der deutschen Geschichte und ihrer Kontinuitäten! Die Diskussion darüber ist dermaßen tabui-*

siert, dass die baden-württembergische Innenministerin Öney richtiggehend Abbitte leisten musste, weil sie (...) davon gesprochen hatte, in der BRD gebe es, so wie auch in der Türkei, einen 'tiefen Staat'. Kann eine staatlich finanzierte Antifa sich aus strukturellen Gründen das vielleicht gar nicht vorstellen? Will sie sich gar nicht vorstellen, wie dieser Staat verfasst ist, und das auch gegen ihn zu kämpfen ist? Ein Beispiel wäre der neue VS-Präsident Hans Georg Maaßen, ein typisch deutscher Bürokrat. (...) Dass dieser Mann zum neuen VS-Präsidenten gemacht wurde, ist eine deutliche Ansage! Der 'NSU' ist nicht tot.“⁵⁵

Trauriger Höhepunkt des Versagens der politischen Widerstandsbewegung ist die Reinwaschung des deutschen Imperialismus in der Mobilisierung zur Demo am 13. April 2013 in München anlässlich des bevorstehende Beginns des NSU-Prozesses durch die Revolutionäre Aktion Stuttgart. Unter der Zwischenüberschrift „*Staatlicher Faschismus? Staatlich unterstützte Faschisten!*“ heißt es: „*Seit dem die faschistische Terrorzelle und die An-*

⁵⁰Siehe Broschüre 'Staat und Nazis Hand in Hand?!', <http://rote-aktion.org/wp-content/uploads/2015/02/staat-und-nazis-hand-in-hand-brosch%C3%BCre.pdf> sowie die auf dieser politischen Linie durchgeführte Veranstaltungsreihe, die die Rolle der Geheimdienste ins Zentrum rückt und so die Fakten über den tiefen Staat und Gladio zumindest ansatzweise ins Bewusstsein in Teilen der politischen Widerstandsbewegung gebracht hat, Beitrag auf youtube veröffentlicht https://www.youtube.com/watch?v=SmC0qQA_qHc&list_pxtube=PLA39297C292214F42

⁵¹'NSU-Nazis / Nazi-Bewegung / Verfassungsschutz / Staat / Kapitalismus: die Sache hat System!', Gegen die Strömung Januar-Februar 2012 sowie folgenden Abschnitt aus der Flugschrift Februar 2011 'Erfolgreicher militanter Kampf gegen Nazis, Polizei und Abwiegler', S. 3 der vor dem Aufliegen des NSU die grundsätzliche Position von GDS zusammenfasst: „*Die Realität einer nazistischen Massenbewegung zeigt dabei, dass der Bürgerkrieg vorprogrammiert ist: Der Kampf für Sozialismus und Kommunismus wird nicht ein Kampf von 99,9 Prozent gegen 0,1 Prozent sein. Auch wenn es in langwierigen und schwierigen Kämpfen gelingen wird, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf gegen Nazismus und Kapitalismus zu gewinnen, für den revolutionären Kampf zu mobilisieren, werden die Kräfte der Konterrevolution nicht nur aus Bundeswehr, Polizei, Justiz und Presse bestehen. Es ist absehbar, dass auch eine nazifaschistische Massenbewegung eine wichtige und blutige Waffe der Konterrevolution sein wird.*“

⁵²'Rassistische Nazi-Morde: Staat – Verfassungsschutz – Nazis ... Hand in Hand?' in TA Nr. 59, Januar 2012, S. 66, 67: „*Faschisierung geht vom deutschen Staat aus! (...) Die faschistische Gefahr geht von diesem Staat und seinen Nazi-Stoßtruppen aus. Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung, Chauvinismus, Krise und Faschismus sind Wegbegleiter des Systems. Den Kampf gegen Faschismus, die Nazis und vor allem den Staat müssen wir hier und heute, im Betrieb und auf der Straße führen. Überall gilt es dem Rassismus entgegenzutreten und praktisch den Internationalismus und die Solidarität aller Unterdrückten und Ausgebeuteten zu leben. Wir kämpfen für eine andere Welt – Für den Sozialismus!*“ Siehe auch 'Nichts vergeben – nichts vergessen' TA Nr. 63 Mai 2013 mit Schwerpunkt zu NSU, Faschisierung usw.

⁵³Da wir einerseits nicht längere Abschnitte bzw. ganze Artikel zitieren wollen und andererseits nicht einzelne Zitate aus dem Zusammenhang reißen können, die die Haltung des AIB auf den Punkt bringen, verweisen wir an dieser Stellen auf die Hefte AIB Nr. 93 und 94 sowie die unten zitierte „Selbstkritik“ des AIB im Artikel 'Rechter Terror in der antifaschistischen Analyse – Ein Diskussionsbeitrag', in: AIB Nr. 105, S. 6 bis 9

⁵⁴Noch heute bleibt eine 'Antifa-Koordination Köln und Umland' (AKKU) im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Tatbeteiligung des Neonazis und Verfassungsschutz-Manns Johann Helfer am Bombenanschlag 2001 auf ein iranisches Lebensmittelgeschäft in Köln bei der Einschätzung stehen: 'Der Verfassungsschutz NRW tut alles dafür, seine geheimen Mitarbeiter zu schützen.' sowie bei der Forderung, die Behörde aufzulösen, vgl. <http://antifakoeln.noblogs.org/post/2015/06/17/pressemitteilung-spurengang-2-0-auf-den-spuren-des-neuesten-verfassungsschutzskandals/>

⁵⁵'Kurzkritik des 'AIB Info Nr. 94 (Frühjahr 2012)' in Wildcat Nr. 93, Herbst 2012, S. 27

einanderreihung von "Pannen" bei der Arbeit des Verfassungsschutzes öffentlich geworden sind, werden verschiedene Interpretationsmöglichkeiten und Hintergründe diskutiert. Offensichtlich ist die bewusste Nichtbeachtung der Faschisten durch den Verfassungsschutz. Dass der Geheimdienst nicht das ganze Ausmaß des rechten Terrors kannte mag sein, dass er gar nichts wusste scheint bei der heutigen Faktenlage aber mehr als nur unwahrscheinlich. (...) Auf der anderen Seite deutet momentan recht wenig auf eine gezielte staatliche Steuerung der rechten Mörder. So hat keine größere Kapitalfraktionen oder der deutsche Verfassungsschutz ein objektives, direktes Interesse an faschistischen Terrorbanden, genauso wenig übrigens wie an einer allzu starken faschistische Bewegung.⁵⁶

Keine „gezielte staatliche Steuerung der rechten Mörder“, dieser politisch falsche und sämtlichen im April 2013 bekannten Fakten widersprechende Freispruch aus berufenen Mund von revolutionären GenossInnen wird die Strategen des tiefen Staates besonders gefreut haben, beweist diese Episode doch, wie weit die ideologische Einkreisung der politischen Widerstandsbewegung gelungen ist und auch in politischen Krisenmomenten trägt.

Die Organisierte Autonomie in Nürnberg war innerhalb der politischen Widerstandsbewegung mit ihrer in gewissem Sinn zentristischen Haltung angesichts des allgemeinen Desasters fast schon vorbildlich. In der Nürnberger Szenezeitung barricada Dezember 2011 lesen wir: „Sie (gemeint sind die staatlichen Behörden, bürgerlichen Parteien und Medien; Anm. Verf.) alle hätte es wissen können, doch ihr Job bestand eben darin, rechten Terror zu vertuschen, zu verharmlosen und teilweise auch darin, diejenigen zu bekämpfen, die seriöse Informationen über Nazistrukturen, braunen Terror und das Ausmaß rechter Gewalt boten. (...) Das ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit und sicher nicht der bedeutendste.

Die Hauptursache des 'Versagens' liegt vielmehr in der Ideologie, im Geist der Mitarbeiter des Verfolgungs(Überwachungs)organe, die in der Unterschätzung der rechten Gefahr ihren Ausdruck findet, historische Wurzeln hat und auch nach Generationen noch wirkt.⁵⁷ Weiter heißt es in einem Meinungsbeitrag: „Wer angesichts all dessen (...) sich lückenlose Aufklärung von den staatlichen Stellen erhofft und erwartet, dass alle überlebenden Täter, ihre Komplizen sowie Hintermänner bestraft werden, der ist mehr als naiv. (...) Wer vom Kapitalismus, vom Staat und seinen Organen nicht sprechen will, der braucht auch über den Faschismus nicht reden.“⁵⁸

Auf dieser politischen Linie liegt dann auch die überregionale Antifademo im März 2012 unter dem Motto 'Nazistrukturen bekämpfen! Verfassungsschutz abschaffen! ANTIFA in die Offensive!' wo von „Verstrickungen des Verfassungsschutz in die NSU-Morde“ gesprochen wird und davon, dass „die Nazis zwar den Abzug gedrückt haben, aber der Staat schützend hinter ihnen stand“.⁵⁹ Kennzeichnend für die politische Linie der Organisierten Autonomie ist eine politische Inkonsistenz, die darin zum Ausdruck kommt, dass man nur das behaupten könne, was sich beweisen lässt. Da wir aber die Existenz des 'tiefen Staats' und die Organisation des NSU wie des Rassenkriegs durch ihn nicht beweisen können, beschränkt sich die Organisierte Autonomie auf die öffentlich bekannten Fakten. So ziehen die GenossInnen ausgehend von ihrer ehrlichen revolutionären Haltung zwar politisch die richtigen Schlüsse (Antifaschismus ist rot und kann nicht delegiert werden), vermeiden es aber zugleich, sich den notwendigen unangenehmen Konsequenzen zu stellen, die NSU und tiefer Staat uns aufzwingen im Hinblick auf Kader, die mit dem bürgerlichen Leben brechen - und dazu gehört auch der linke Aktivismus, sowie den Aufbau einer klandestinen revolutionären Organisationsstruktur.

⁵⁶<http://www.revolutionaere-aktion.org/medienartikel/51-texte/507-2013-gegen-nsu>

⁵⁷'Staatlich betreuter Naziterror – Wie Politik, Polizei und Justiz den faschistischen Terror befördern“

⁵⁸'Nazis morden der Staat ist mit dabei - Ein Kommentar zur Sache', barricada Dezember 2011

⁵⁹barricada März 2012, S. 5 sowie der Demoaufruf auf www.redside.tk, in dem auf die Kontinuität des rechten Terrors eingegangen wird und im Zusammenhang mit der WSG Hoffmann auch Heinz Lembke erwähnt: „Der Sprengstoff für das Attentat (auf das Oktoberfest, Anm. v. Verf.) stammt vermutlich vom NPD-Mann Heinz Lembke, der wahrscheinlich Waffen und Sprengstoff der NATO-Kampfstruktur 'GLADIO'.“

⁶⁰Siehe 'NSU und Staat' in Wildcat Nr. 93, Herbst 2012, S. 24 bis 27; 'Staatsnazis: Ein Zwischenstand' in Wildcat Nr. 94, Frühjahr 2013, S. 28 bis 30 und 63 bis 69 und 'NSU: Beihilfe im Amt' in Wildcat Nr.96 Frühjahr 2014, S. 20 bis 27

Ähnlich wie bei der Wildcat⁶⁰, die neben der Organisierten Autonomie die einzige nicht-kommunistische Gruppe gewesen ist, die aus dem linken Antifa-Mainstream herausbricht, die Fakten richtig einordnet, u.a. von einer 'Transformation der Stay-Behind-Strukturen'⁶¹ spricht und dann bei einer Fragestellung LIHOP oder MIHOP⁶² stehen bleibt, wird durch das Zurückschrecken vor dem letzten Schritt, nämlich der logischen Konsequenz aus der eigenen Analyse die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, ein „weiter so wie gehabt“ möglich.

Während die Organisierte Autonomie praktisch weiter gegangen ist und eine offensive Antifademo gegen den Verfassungsschutz⁶³ organisiert hat, aber theoretisch nicht über den tiefen Staat sprechen will, sind die GenossInnen der Wildcat theoretisch viel weitergehend in ihren Analysen, bleiben aber praktisch zurück, wenn sie unter dem Titel 'Wir müssen selber die Hand anlegen'⁶⁴ doch wieder nur bei literarischer Tätigkeit und propagandistischer Aufklärung durch gute Einschätzungen stehen bleiben.

Eine gewisse Bresche in den Mainstream der Staatsantifa hat zwei Jahre später der Diskussionsbeitrag 'Euro-Maidan – das laute Schweigen des Antifaschismus' von Hans Christoph Stoodt und Wolf Wetzel vom April 2014 geschlagen, der einige richtige und für große Teile der politischen Widerstandsbewegung schmerzhaft Fragen stellt:

„Nie wurde wirklich offen, ausführlich und laut über so naheliegende und einfache Fragen diskutiert:

- wenn es wirklich stimmen sollte, daß der deutsche Staat eine faschistische Terrorzelle finanziert, mit aufgebaut, bewaffnet und gedeckt hat und bis heute deckt;*
- buchstäblich milliardenfachen Grundrechtsbruch*

durch NSA und andere Geheimdienste, darunter auch den BND, aktiv vertuschen hilft;

- in der Ukraine im Frühjahr 2014 ohne mit der Wimper zu zucken einen neoliberal-faschistischen Block mit deutlichem positiven Bezug auf den Nazifaschismus mit an die Macht gebracht hat, um die EU im Machtkampf mit den imperialistischen Konkurrenten USA und Russland in einer guten Position zu halten

was für ein Staat ist das dann, wie definieren wir ihn in der Theorie und welche Praxis für Antifaschistinnen folgt daraus?“

Der aktuelle Diskussionsbeitrag 'Rechter Terror in der antifaschistischen Analyse'⁶⁵ geht einen wichtigen Schritt weiter und fragt selbstkritisch nach den eigenen Fehleinschätzungen. Ausgangspunkt ist der nüchterne Blick auf die Realität: *„Wir müssen, nach allem, was wir derzeit wissen, davon ausgehen, dass es neben dem NSU-Netzwerk weitere terroristisch aktive neonazistische Netzwerke in Deutschlands gab und gibt – deren Protagonisten bislang unbehelligt sind. (...) Und auch das ist klar: Die Bombenbauer der frühen 1990er Jahre machen weiter wie gehabt. Schließlich müssen sie nicht einmal im NSU-Komplex mit einer ernsthaften Strafverfolgung rechnen. (...) Die Agenda des nationalsozialistischen Untergrunds – wohlgemerkt nicht des Nationalsozialistischen Untergrunds – ist weitaus langfristiger, vielfältiger und gefestigter als die Behörden uns dies weismachen wollen.“* In dem Beitrag werden als zentrale eigene Fehleinschätzungen benannt, dass die Antifa davon ausgegangen sei, dass der terroristische Naziuntergrund so von V-Leuten durchsetzt sei, dass alle Informationen über geplante Anschläge rechtzeitig bei den Behörden landen und dort auch zu Aktivitäten führen würden. Im Nachhinein habe sich die erste Annahme im NSU-Verfahren bestätigt, nur die

⁶¹'Staatsnazis: Ein Zwischenstand' in Wildcat Nr. 94, Frühjahr 2013, S. 30 und 63

⁶²LIHOP = Let it happen on purpose (übersetzt: 'Lass es absichtlich zu') meint das Wegschauen, weil dem Imperialismus der Rassenkrieg ins strategische Konzept passt, wohingegen MIHOP = Make it happen on purpose ('Mach es absichtlich') für eine aktive, organisierende Rolle des tiefen Staates bei konkreten Terroranschlägen steht.

⁶³Wie richtig sie damit gelegen haben, zeigt auch die Reaktion des Repressionsapparates, der wegen dieser Demo den migrantischen Jugendlichen Deniz in den Knast steckt und später wegen „versuchten Totschlags“ zu 2 1/2 Jahren verurteilt, um der revolutionären Linken eine klare Grenze aufzuzeigen. Auch wenn die 'Free Deno-Kampagne die richtige Antwort darauf gewesen ist, kann das insgesamt über die Defensive der revolutionären Linken in dieser direkten Auseinandersetzung mit der Konterrevolution nicht hinwegtäuschen.

⁶⁴'Staatsnazis: Ein Zwischenstand' in Wildcat Nr. 94, Frühjahr 2013, S. 69

⁶⁵Hilde Sanft, Ulli Jentsch, 'Rechter Terror in der antifaschistischen Analyse – Ein Diskussionsbeitrag', in: AIB Nr. 105, S. 6 bis 9

zweite sei ein fataler Fehler gewesen. Ein weiterer Fehler habe darin bestanden, dass man in den 2000er Jahren in einer Phase der Vermassung und Legalisierung durch Parlamentsarbeit den bewaffneten Kampf des Naziuntergrunds nicht mehr als integralen Bestandteil einer Gesamtstrategie der faschistischen Bewegung gesehen habe. In seltener Offenheit wird auch die Motivation für diese tödlichen Illusionen benannt: „... haben wir – und nicht nur wir – den fatalen Fehler gemacht, auf den Strafverfolgungswillen der Behörden zu vertrauen, sobald es um Waffen und Sprengstoff geht. Auch, weil wir wussten, dass antifaschistische Strukturen einer derartigen Aufrüstung der Neonaziszene nichts entgegen zu setzen hatten – außer dem Ansatz, durch Skandalisierung die Strategien und Strategen des Terror öffentlich zu machen und so Druck auf die Strafverfolgungsbehörden aufzubauen.“



Demo von Betroffenen gegen die NSU-Morde in Kassel, 2006. Nicht auf dem Bild: Die deutsche Linke.

Kleine Kinder reagieren auf eine Gefahr, z. B. wenn ein großer Hund auf sie zukommt, manchmal so, dass sie die Augen schließen in der Annahme, dann würde die Gefahr weg sein. Die Antifa hat ihre Augen fest verschlossen, so fest, dass die Betroffenen ihre Demo 'Kein 10. Mord'⁶⁶ alleine machen mussten – die Staatsantifa träumte lieber weiter von der bürgerlichen Demokratie,

die doch keine Killer durch Land schickt und verschrieb sich dem business as usual. Solange man in das Aufspüren der neusten Modetrends der Naziszene seine Energie steckt und Thor-Steiner-Läden als wichtiges antifaschistisches Angriffsziel identifiziert, wird sich daran auch nichts ändern. Es bleibt halt für den eigenen Gemütszustand angenehmer und die eigene Gesundheit zuträglicher, wenn man in der Opferberatung sozial-psychologisch tätig ist und genaue Statistiken des täglichen Rassenkriegs führt, anstatt mal zur Täterbekämpfung über zu gehen. Die Naziterroristen sind staatlich organisierte Killer, sie haben Waffen und kennen unsere Namen, Adressen und die unserer Freunde und Angehörigen. Wir haben keine Waffen und verlieren ihre Spur, sobald sie in den Untergrund gehen, d.h. nach Ende ihrer Ausbildungszeit aktiv werden.

Was folgt aus dieser zutreffenden Situationsbeschreibung? Die Staatsantifa schließt die Augen nur noch fester, streicht Gladio aus ihrem Bewusstsein und ruft beschwörend: Das Problem ist der Rassismus. Wie diese irrationale Beschwörungsformel auch nur einen einzigen zum Töten entschlossenen Werwolf⁶⁷ stoppen soll, entzieht sich unserem Verständnis. Dem kleinen Kind kommen die Eltern zur Hilfe und vertreiben den Hund. Wir müssen das schon selbst erledigen und da hilft manchmal das logische Denken. Wir kommen jedenfalls zu ganz anderen Schlüssen, wie man mit Werwölfen umgehen muss.

Teil 2: Der "tiefe Staat": Was er ist und wie er funktioniert

Wie der 'Kommunistische Aufbau' in seiner Einschätzung der aktuellen rassistischen Massenbewegung Pegida herausgearbeitet hat, ist der tiefe Staat in Deutschland mit dem Übergang in die imperialistische Etappe Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden: „ (...) aus den hier geflochtenen

⁶⁶ „Nach der Ermordung von Halit Yozgat am 6. April 2006 organisierten seine Angehörigen zusammen mit FreundInnen in Kassel einen Schweigemarsch mit der Forderung "Kein 10. Opfer!". An ihm nahmen auch die Angehörigen der vom NSU ermordeten Enver Şimşek und Mehmet Kubaşık sowie circa 4.000 Menschen vor allem aus den migrantischen Communities teil. Im Juni wurde ein weiterer Schweigemarsch durch die Familie Kubaşık und ihre FreundInnen in Dortmund organisiert.“ zitiert nach: www.nsu-watch.info/2014/01/kein-10-opfer-kurzfilm-ueber-die-schweigemaersche-in-kassel-und-dortmund-im-mai-juni-2006/

⁶⁷ Eine knappe sachliche Darstellung zum Werwolf-Konzept findet sich bei der Bundeszentrale für politische Bildung zu Rechtsterrorismus, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167786/zeitleiste-rechtsterrorismus>

Netzwerken entstanden als zwei Seiten eines untrennbaren Ganzen die deutschen Geheimdienste und die faschistische Bewegung mitsamt der NSDAP und ihrem Führer, einem früheren V-Mann einer Reichwehrbrigade. Die Arbeit dieses "tiefen Staates" bestand nicht allein in der Bildung militärischer und paramilitärischer Strukturen zur Organisation von Putschversuchen, sondern auch in der Überwachung der Stimmung in der Bevölkerung und in der ideologischen Basisarbeit. Sie mussten dabei nicht bei null beginnen: Schon lange vor dem Ersten Weltkrieg hatten Propagandaorganisationen wie der 1890 gegründete "Alldeutsche Verband" über organisierte "Multiplikatoren" wie Lehrer, Ärzte usw. eine systematische ideologische Arbeit vor allem im Kleinbürgertum geleistet, um dort eine begeisterte Anhängerschaft für den geplanten imperialistischen Krieg heranzuziehen. In dieser Zeit ist die "völkische" Ideologie entstanden, die später von den Hitlerfaschisten zur Staatsdoktrin erhoben wurde (...). Der Hitlerfaschismus als politisches System ist 1945 abgesetzt worden. Die Herrschaft des deutschen Finanzkapitals blieb jedoch in den westlichen Besatzungszonen – später der BRD – mit Unterstützung des US-Imperialismus ebenso erhalten wie der "tiefe Staat" in Gestalt der Geheimdienste, der Stay-Behind-Armeen der NATO und der mit ihnen vernetzten faschistischen Strukturen (vom 'Bund deutscher Jugend' über die Wehrsportgruppen bis zum NSU). Politisch schaltete man blitzschnell von 'völkischer Diktatur' auf 'freiheitlich-demokratische Grundordnung' um.⁶⁸

Der tiefe Staat ist weder mit Gladio identisch, noch beschränkt er sich darauf, politische Naziteroristen und kriminelle Mafiakiller als Reserve für die Schmutzarbeit zu organisieren. Es wäre viel zu kurz gedacht, den tiefen Staat mit Todesschwadronen gleichzusetzen. Der 'tiefe Staat' ist ein sprachliches Bild, das leicht in die Irre führen kann. Es geht nämlich nicht um irgendwelche Randbereiche im Geheimdienstmilieu, die im Dunkeln verborgen die Schmutzarbeit machen, sondern um den Kern des imperialistischen Staatsapparats.

„Die imperialistische Bourgeoisie hat nicht nur in Deutschland aus der Niederschlagung von Revolutionen und der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über mehr als 100 Jahre wichtige strategische Schlussfolgerungen gezogen: Um ihre Herrschaft zu sichern, muss sie die Massen "mitnehmen", d.h. ideologisch für ihre Ziele vereinnahmen. Sie macht dabei Gebrauch von verschiedenen politischen Kräften, die, wie die sozialdemokratische und faschistische Bewegung, durchaus verfeindet sein können. Wichtig ist, dass sie verschiedene Teile der Massen ins bürgerliche System integrieren. Das politische System des bürgerlichen Staates ist veränderbar und anpassungsfähig, solange der Kern – die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie – gesichert ist.“⁶⁹

Die Herrschaftssicherung ist bekanntlich die Kernaufgabe jedes Staates in den Klassengesellschaften. Der Imperialismus ist die letzte und höchste Etappe der kapitalistischen Entwicklung. In dieser Etappe kommt es aufgrund der objektiven Entwicklungsgesetze, d.h. also auch unabhängig vom Willen der Kapitalistenklasse, zu einer extremen Zuspitzung aller Widersprüche. Um unter diesen Bedingungen die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie aufrecht zu erhalten, ist es notwendig – und das ist eine geschichtlich neue Erscheinung – zumindest Teile der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen aktiv in das System der gegen sie gerichteten Machtausübung einzubinden.

Die heutige hochkomplexe, arbeitsteilige Industrieproduktion würde z.B. innerhalb weniger Stunden, spätestens einiger Tage komplett zusammenbrechen, wenn nicht Millionen ausgebeuteter LohnarbeiterInnen weltweit dazu gebracht würden, nicht nur notgedrungen Befehle auszuführen, sondern **freiwillig** mit ihrem Wissen und Engagement die globalen Wertschöpfungsketten am Laufen zu halten. Wenn man nicht – egal unter welchen Vorzeichen – die Massen ideologisch gewinnt, kann man unter den heutigen Bedingungen der Kriegsführung keine kampfkraftige Massenarmee

⁶⁸ "Die Bewegungen PEGIDA/HoGeSA und die Perspektiven des proletarischen Antifaschismus", siehe: www.komaufbau.org. Siehe zu den Hintergründen auch zwei historische Standardwerke zur Geschichte der faschistischen Bewegung in Deutschland: Reinhard Opitz, "Faschismus und Neofaschismus"; Jürgen Kuczynski, 'Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Band I + II'

⁶⁹ Pegida/Hogesa, a.a.O.

aufbauen und zusammenhalten, selbst wenn man die Staatsmacht unangefochten innehält.

Die Überwachung der Stimmung in den Massen und die ideologische Basisarbeit zu ihrer Beeinflussung ist daher eine zentrale Aufgabe des imperialistischen Staatsapparats und seiner Kernstrukturen des tiefen Staats. Gemäß seinen strategischen Interessen ist der Imperialismus dabei sehr flexibel und greift die objektive Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich im Bewusstsein der Massen in widersprüchlichen politischen Haltungen und Weltanschauungen widerspiegelt, geschickt auf.

„Die faschistische Ideologie kann gemäß unterschiedlicher imperialistischer Interessenlagen im Gewand des Antisemitismus oder der Israel-Verherrlichung daherkommen; im Gewand des Antiislamismus oder des jüdischen, christlichen oder islamischen Fundamentalismus. Sie kann den „Führerstaat“ oder „mehr direkte Demokratie“ fordern, wie es Vordenker der AfD bei der neuerechten „Jungen Freiheit“ heute tun⁷⁰. Entscheidendes, verbindendes Element ist der **Antikommunismus, die Vernebelung des Klassenkampfes durch die idealistische Konstruktion von Identitäten und Feindbildern, die Mobilisierung für den Krieg entlang dieser „Feindlinien“ und die bedingungslose Unterordnung unter das bürgerliche System, verbunden mit dessen Verherrlichung: Ob unter Betonung des Staates oder des freien Unternehmers, ob in der Form der „neoliberalen“ Verherrlichung des Bankenwesens oder seiner scheinbaren Verteufelung als „raffendes Kapital“. Sie ist – anknüpfend an die Faschismus-Definition der Kommunistischen Internationale⁷¹ – die bürgerliche Ideologie in ihrer offensivsten, für die Ziele der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals direkt mobilisierenden Form. (...) In die oben entwickelten Zusammenhänge müssen PEGIDA, HoGeSa und die Partei AfD als neu entstandene Erscheinungsformen der faschistischen Bewegung ebenso eingeordnet werden wie der „Islamische Staat“**

und die salafistische Bewegung. Das Wechselspiel von islamischem Fundamentalismus und „Verteidigung der christlich-abendländischen Kultur“ ist keine Neuerscheinung des Jahres 2014 gewesen, sondern Ergebnis einer strategischen Neuausrichtung der westlichen Imperialisten nach der erfolgreichen Zerschlagung des Ostblocks. Der Kampf um die imperialistische Neuaufteilung der Welt trat zu dieser Zeit – Anfang der 1990er Jahre – in eine neue Phase, in der einerseits die Widersprüche innerhalb der NATO-Mächte an Bedeutung zunahmen, andererseits der chinesische Imperialismus als ihr aufstrebender Konkurrent verstärkt auf den Plan trat. Der Region des Nahen und Mittleren Ostens kommt in dieser Phase – nach wie vor – eine geostrategische Schlüsselrolle zu. Für die Strategie der imperialistischen Mächte war und ist es weiterhin entscheidend, 1. revolutionäre und antiimperialistische Bestrebungen ebenso zu unterminieren und unter Kontrolle zu bringen wie die unterschwelligen gesellschaftlichen Gärungsprozesse sowohl in den abhängigen Ländern als auch in den imperialistischen Zentren und 2. die eigenen und fremde Bevölkerungen für ihre aggressiven Ziele im Krieg um die Neuaufteilung der Welt zu mobilisieren. Dazu organisieren sie eine – heute stärker als je zuvor international angelegte und vielfältige, d.h. auf teils entgegengesetzte reaktionäre, faschistische Strömungen setzende – ideologische Arbeit unter den Massen zur Verinnerlichung dieser Ziele. Und sie schaffen die entsprechenden politischen und militärischen Organisationen bzw. versuchen sich solche unterzuordnen, die bereits bestehen. Eine ideologische Formulierung für diese neue strategische Gesamtausrichtung der westlichen Imperialisten lieferte bereits 1993 der Berater des US-Außenministeriums Samuel Huntington mit seiner These vom „Clash of Civilizations“: Ein grundsätzlicher Konflikt zwischen verschiedenen „Kulturräumen“, vor allem dem westlichen, chinesischen und islamischen, werde in Zukunft die politische Weltordnung bestimmen.“⁷²

Weil verschiedene Teile der unterdrückten und ausgebeuteten Massen mit unterschiedlichen

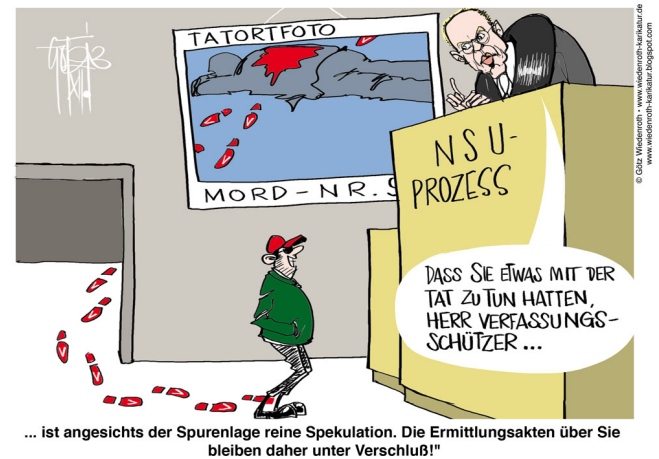
⁷⁰Siehe „Elitäres Kalkül“, Thomas Wagner, erschienen in: Junge Welt vom 29.01.2015

⁷¹Dimitroff, „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“

⁷²Pegida/Hogesa, a.a.O.; Hervorhebungen im Original

Mitteln angesprochen werden müssen und auch auf durchaus verschiedenen politischen Grundlagen ans bürgerliche System gebunden werden, sind Vertuschung (NSU-Komplex) und Aufklärung (Oktoberfest-Bombe) auch kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Die demokratisch gesinnten Teile der Massen, insbesondere das aufgeklärte Bildungsbürgertum, welches heute im übrigen in seiner Mehrheit einer Lohnarbeit nachgeht und damit in einem seit 100 Jahren andauernden Prozess proletarisiert wird, müssen wieder ideologisch ans bürgerliche System gebunden werden. Dazu ist es notwendig, dass sie weiterhin an die Demokratie „glauben“ können. Der in Deutschland, dessen Bürgertum es bekanntlich nie zu einer Revolution gebracht hat, tief im bürgerlichen Bewusstsein verankerte moralische Impuls des protestantischen Reformators Martin Luther im Umgang mit den Herrschenden, - „hier stehe ich und kann nicht anders“ - dessen praktisch radikalste Handlung das Anschlag von Thesen bleibt und politisch immer auf eine Verständigung mit den „vernünftigen“ Teilen der Unterdrückten orientiert, wird so weiter verfestigt. Den proletarischen Massen, insbesondere in jenen unteren Schichten, wo die untergründigen Gärungsprozesse so weit fortgeschritten sind, dass spontane Aufstände in den sozialen Brennpunkten jederzeit ausbrechen können, wird durch die Art der Vertuschung (inszenierte, technisch unmögliche Selbstmorde; Zeugensterben usw.) ein klares Signal gegeben: Wer aufmuckt, wird liquidiert. Wir haben die Macht und können alles mit euch tun. Die politische Widerstandsbewegung und kritische Intellektuelle können sich an den zehntausend Widersprüchen der Vertuschung abarbeiten, Fakten sammeln, den Rassismus im Repressionsapparat dokumentieren und sogar den einen oder anderen folgenlosen Reformvorschlag für den politisch korrekten Umgang der Cops bei racial profiling in den potenziellen Aufstandsgebieten in den Diskurs einbringen. So werden diese Teile der Massen beschäftigt und ans System gebunden. Vor allem wird die – aus Angst vor den Konsequenzen für das eigene Leben – so

tief verwurzelte Illusion in eine politische Protesthaltung („Aktivismus“) am Leben erhalten, wo sie durch die Realität des Staatsterrorismus politisch schon längst zerstört worden ist.



Auf den Punkt gebracht (Quelle:
www.wiedenroth-karikatur.de)

Gleichzeitig arbeitet der tiefe Staat vor dem Hintergrund des bevorstehenden imperialistischen Kriegs um die Neuaufteilung der Welt aktiv an seiner „Legalisierung“. Genauso wie bei der inszenierten Debatte mit dem Frankfurter Polizeifunktionärs Daschner um das Aufweichen des Folterverbots in „Extremsituationen“ vor einigen Jahren, geht es bei der Aufklärung des Staatsterrorismus heute auch um seine Normalisierung und letztendlich Legalisierung. Ist ja auch affig, dass der deutsche Imperialismus seine Gegner immer per absurden Selbstmorden beseitigen muss. Der Mossad legt Hamas-Funktionäre ganz öffentlich um und auch die amerikanischen, britischen und französischen Geheimdienste können da viel freier agieren. Wir gehen davon aus, dass das klandestin arbeitende „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr - einer Elitetruppe, die sich in die Tradition der „Brandenburger“-Einheit der Wehrmacht stellt⁷³ und über einen eigenen Geheimdienst verfügt – zumindest Teilfunktionen von „Gladio“ heute in legalisierter Form weiterführt.

Erreicht wurden im Zuge der NSU-Aufarbeitung einige wichtige Zwischenziele bei

⁷³Siehe dazu das Militaria-Bilderbuch „Geheime Krieger – drei deutsche Kommandoverbände im Bild“, gemeinsam herausgegeben u.a. vom ehemaligen KSK-Kommandeur Reinhard Günzel und dem ehemaligen GSG-9-Kommandeur Wegener, erschienen im „Pour-le-merite-Verlag“, einem militaristischen Verlag, der zum Firmennetzwerk des faschistischen Mäzens Dietmar Munier gehört (ebenso wie der offen faschistische Arndt-Verlag) - vgl. Wikipedia: 'Dietmar Munier'

der weiteren Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates. Dazu zählt die im Zuge der Reform der Geheimdienste erfolgte Zentralisierung des Repressionsapparats und die Stärkung der zentralen Institutionen (BND, Bundesamt für Verfassungsschutz, BKA und Generalbundesanwaltschaft) zu Lasten der regionalen und lokalen Behörden wie gegenüber der politischen Ebene in den Parlamenten. Auch der Fall des früheren NSU-Ausschussvorsitzenden Edathy hat klargemacht, wer im Staat herrscht – nämlich der tiefe Staat als Kernstruktur des imperialistischen Staatsapparats – und was mit politischen Funktionsträgern passiert, die egal aus welchem Grund, und sei es nur um der eigenen Profilierung und Karriere wegen aus der Reihe tanzen: Hat Edathy möglicherweise als Ausschussvorsitzender, der für seinen Einsatz in dieser Funktion ausdrücklich öffentlich gelobt wurde und schon als Minister für die Große Koalition gehandelt wurde, zu viele unangenehme Fragen gestellt und wurde deshalb mit einem fingierten Kinderporno-Verdacht politisch liquidiert?



Aufmarsch gegen Flüchtlinge, Heidenau

3 1/2 Jahre nach dem Aufliegen des NSU ist die faschistische Bewegung lebendiger und stärker denn je. Die rassistischen Massenmobilisierungen der PEGIDA mögen in vielem an die frühen 1990er Jahre erinnern. Aus Sicht der faschistischen Kader muss jedoch ein anderer historischer Vergleich

herangezogen werden. Die Nazikader agieren mit PEGIDA und HOGESA usw. nämlich nicht wie Anfang der 90er Jahre im Osten in einer sozialen Umbruchsituation in einem teilweise für sie staatsfreien Raum, sondern haben es erstmalig seit dem Kampf gegen die Entspannungspolitik und Ostverträge Ende der 1960er Jahre geschafft, sich in einer Massenbewegung zu verankern und so ihre politische Isolation zu durchbrechen.

Sie treiben den Aufbau ihrer Bewegung auf allem Ebenen voran, vom Aufbau der national-konservativen AfD, den andauernden Massenmobilisierungen im Kampf auf der Straße bis hin zur Intensivierung des bewaffneten Kampfes im Rasenkrieg⁷⁴.

Gleichzeitig wird von Seiten des Staates unter dem Schlagwort 'urban warfare'⁷⁵ die Anpassung der militärischen Kapazitäten und Ressourcen an die kommenden Notwendigkeiten vorangetrieben. Dazu zählt die Militarisierung der Polizei mit der im März vom Bundesinnenminister angekündigten Schaffung einer 500 Mann starken militärisch ausgerüsteten Polizeispezialeinheit⁷⁶. Dazu zählt aber auch, dass die mit einem Anteil von 50% maßgeblich von der Bundeswehr gestellte, gegen Russland gerichtete, neue NATO-Speerspitze 'Very High Readiness Joint Task Force' als Aufstandbekämpfungstruppe organisiert wird, deren Einsatzspektrum von der hybriden Kriegsführung, der Ausforschung der Stimmung in der Bevölkerung, über 'crowd control' (Auflösung von Demonstrationen), den Umgang mit Flüchtlingsströmen und Zusammenbruch staatlicher Infrastruktur (Hungersnöte), den Kommunikationskrieg einschließlich der immer wichtiger werdenden Handhabung der sozialen Netzwerke über die Bekämpfung von als Guerilla handelnder Aufständischer bis hin zur komplexen konventionellen Kriegsführung gegen modernste Armeen reicht.⁷⁷

⁷⁴In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die ominöse Serie von rechten Brandanschlägen im Berliner Regierungsviertel vor einigen Monaten, in deren Zusammenhang ein Neonazi-Lehrer festgenommen wurde – auch er hat sich nach kurzer Zeit in seiner Zelle erhängt... vgl. "Brandanschlag auf Kanzleramt: Verhafteter Musiklehrer tot in Zelle aufgefunden", Spiegel-Online, 13.07.2015

⁷⁵Siehe dazu die Broschüre „Militär in den Straßen“, ursprünglich erschienen auf italienisch unter dem Titel „Eserciti nelle strade“ anlässlich des antimilitaristischen Treffens im Mai 2009 in Trento, Italien

⁷⁶'De Maizièrè plant neue Anti-Terror-Einheit', <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-03/de-maizièrè-terrorismus-polizei-gsg9>

⁷⁷Siehe 'Kriegsführung im 21. Jahrhundert', german foreign policy Teil 1 vom 1.4.2015 und Teil II vom 7.4.2015

Proletarischer Antifaschismus und revolutionärer Klassenkampf

Der deutsche Imperialismus ist also, was den tiefen Staat als Kernbereich seines Machtapparats angeht, gut aufgestellt. Er gibt sich damit aber nicht zufrieden, sondern treibt die Faschisierung auf allen Ebenen zielstrebig voran. Das ist keine Reaktion auf eine akute Herausforderung seiner Macht, sondern eine präventive Aktion. Er bereitet sich offensichtlich auf Szenarien vor (größere zwischenimperialistische Kriege; Wirtschaftskrisen, deren Folgen nicht mehr durch Abwälzung der Lasten in die europäische Peripherie abgefangen werden können; größere Unruhen im Inneren wie auch Aufstände in den von ihm besetzten bzw. beherrschten Gebieten), die in der politischen Widerstandsbewegung im Allgemeinen als undenkbar gelten.

Warum handelt der deutsche Imperialismus so? Ganz einfach deshalb, weil die Herrschenden die sich verschärfenden Widersprüche in der allgemeinen Krise des Kapitalismus sehr klar sehen und wissen, dass es so, wie es in den letzten 70 Jahren gewesen ist, nicht weitergehen kann und wird. Wir teilen diese Sicht! Deshalb müssen wir in unseren Überlegungen, was wir dem entgegensetzen, von folgendem Widerspruch ausgehen:

Aktuell ist der Feind scheinbar unendlich stark, sein System sitzt scheinbar unangefochten fest im Sattel und die Verhältnisse sind sehr stabil. Tatsächlich müssen wir aber von der strategischen Schwäche des Imperialismus⁷⁸ und der sprunghaften und hochdynamischen Entwicklung der Verhältnisse ausgehen – also genau dem Gegenteil dessen, was unserer tagtäglich erlebten Erfahrung entspricht.

Dass der Feind sich auf die Kriegsführung in städtischen Ballungsgebieten auch innerhalb Deutschlands vorbereitet, bedeutet dialektisch eben auch, dass die Bedingungen heranreifen, dass so etwas passieren kann.

Mit dieser Gewissheit im Hinterkopf können wir an die Frage herantreten, wie wir den anti-

faschistischen Kampf entwickeln können und wie wir ihn mit dem revolutionären Klassenkampf verbinden müssen.



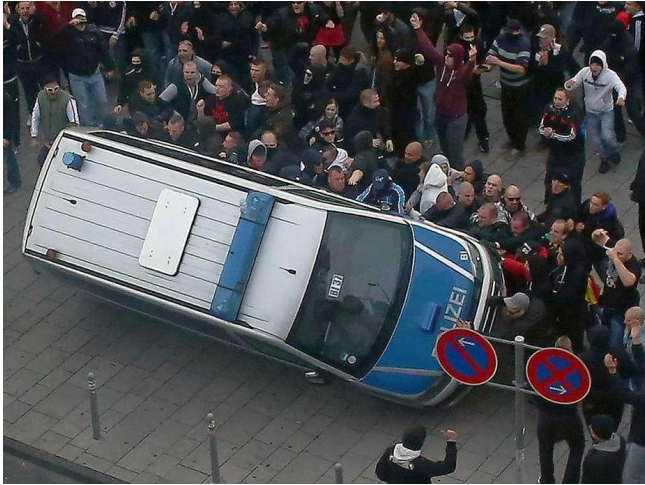
Clara Zetkin

Bereits im Juni 1923 entwickelte Clara Zetkin vor dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ihre – heute leider viel zu wenig beachtete – Analyse des italienischen Faschismus, in der sie diesen von den früheren Formen des bürgerlichen weißen Terrors gegen die Arbeiterbewegung unterschied:

„Anders ist es beim Faschismus. Er ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben hat. Und der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen. Über diese wesentlichen Unterschiede müssen wir uns klar sein, wenn wir mit dem Faschismus fertig werden wollen. Wir werden ihn nicht auf mi-

⁷⁸Mao hat die strategische Schwäche des Imperialismus sprachlich in dem Bild zusammengefasst: 'Der Imperialismus ist ein Papiertiger'. Zur strategischen Schwäche des Imperialismus gehört, dass er seine inneren Widersprüche immer weniger beherrschen kann, dass er historisch erstmalig auf die freiwillige Mitarbeit eines bedeutenden Teils der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen angewiesen ist und aufgrund der Gesetzmäßigkeit der Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit seiner Entwicklung im Weltmaßstab innerhalb der herrschenden Klassen gespalten ist und unvermeidbar auf Weltkriege zur Neuaufteilung der Einflussgebiete zusteuert.

litärischem Wege allein überwinden – um diesen Ausdruck zu gebrauchen -, wir müssen ihn auch politisch und ideologisch nieder ringen.“⁷⁹



Hogesa-Aufmarsch, Köln, 2014

Diese Erkenntnis, dass der Faschismus und der tiefe Staat nicht allein auf militärischem Weg überwunden werden können, müssen wir zum Leitfaden für unser Handeln machen, gerade weil der notwendige antifaschistische Selbstschutz (und dazu zählt auch die Ausschaltung von Werwölfen wie z.B. dem Massenmörder Breivik) sich offensichtlich nicht nur auf die Blockade von Naziaufmärschen und Nachtwachen mit Feuerlöscher in potentiellen Anschlagzielen beschränken kann. Ideologisch und politisch niederringen können wir den Faschismus nur, wenn wir eine kommunistische Massenarbeit entwickeln, die den Faschisten (egal welcher Couleur, also z.B. auch islamische Fundamentalisten und türkische Nationalisten) ihre Rückzugsräume streitig macht und ihre soziale Basis entzieht. Wir brauchen also eine Strategie zur politischen Eroberung der fränkischen Dörfer und ostdeutschen Plattenbauten ebenso wie eine Antwort auf die Frage, wie wir – und nicht die islamischen Fundamentalisten – die migrantischen Jugendlichen in Nord-Neukölln organisieren. Ein Vorschlag hierfür als Ausgangspunkt für weitere Diskussionen, die auch die wichtigen Erfah-

rungen der revolutionären und kommunistischen GenossInnen in Ostdeutschland aufnehmen müssen⁸⁰, wurde kürzlich vom 'Kommunistischen Aufbau' vorgelegt:

„Antifaschistische Arbeit muss die Gesamtstrategie der Bourgeoisie ins Visier nehmen: Faschistische Stimmungen entstehen nicht „in den Massen“, sondern werden von der Bourgeoisie organisiert in sie hineingetragen. Sie sind Teil der Sicherung der imperialistischen Machtausübung. Antifaschistische Arbeit muss eine ideologische Gegenarbeit enthalten. Antifaschistische Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sie begriffen wird als Teilkampf im revolutionären Krieg gegen das imperialistische System. Dieser Krieg findet auf allen Ebenen – politisch, ideologisch und militärisch – statt. Einen solchen Krieg gewinnt man nicht mit autonomen, auf Teilbereiche fixierten Organisationsstrukturen. Für diesen Krieg bedarf es einer politischen Führung, die alle Teilbereiche des Kampfes gemäß einer revolutionären Strategie und Taktik miteinander verbindet. Eine solche Führung kann nur eine kommunistische Partei sein. (...) Antifaschistische, revolutionäre, kommunistische Arbeit muss in den Massen stattfinden: Wir möchten daher unter dem Arbeitstitel „proletarischer Antifaschismus“ einige konkrete Ansätze zur heutigen antifaschistischen Arbeit vorschlagen, welche die seit den 80ern vorherrschende Bündnisarbeit der politischen Widerstandsbewegung in die ihr gebührende zweite Reihe verweisen und den Schwerpunkt auf verschiedene Formen der Massenarbeit legen sollen. Wir möchten die positiven Ansätze aufgreifen, mit denen manche Teile der autonomen, Antifa- und auch der Flüchtlingsbewegung heute schon die Kämpfe mit einer Arbeit z.B. im Stadtteil verbinden. Diese Ansätze müssen dahingehend weiterentwickelt werden, dass wir den Klassenkampf innerhalb der Arbeiterklasse organisieren:

⁷⁹ Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. Ausgewählte Reden und Schriften II, S. 690

⁸⁰ Dazu zählen z.B. die erfolgreiche Verankerung des Bewusstseins über die Notwendigkeit antifaschistischen Selbstschutzes, die bei vier Toten in 20 Jahren in der politischen Widerstandsbewegung in Magdeburg von einer Generation an die nächste weiter vermittelt wurde, worüber die GenossInnen von ZK berichten können und was in deutlichem Gegensatz zur üblichen Bündnisfixierung westdeutscher Antifas steht. Ein anderes Beispiel stellt der interessante Versuch der kommunistischen Linken in Cottbus dar, durch eine eigene Gedenkkultur (Befreiung vom Faschismus) der rechten Leitkultur (Bombardierung von Cottbus) in den Massen eine ideologische Gegenposition zu entwickeln und so rechtes Denken zurückzudrängen, worüber die GenossInnen von Ziel und Kurs Cottbus berichten.

1. *Antifaschistische Arbeit muss sich auf die vom Faschismus zuerst Betroffenen stützen. Selbst wenn unsere Kräfte schwach sind, müssen wir ernsthafte Schritte in diese Richtung tun. Nachdem HoGeSa in Köln mehr als 40 antirassistische Passanten verletzt und unmittelbar hinter dem Kölner Hauptbahnhof mindestens ein Restaurant zerstört hatte, ist zumindest unseres Wissens nach keine ernsthafte Initiative von Revolutionären ausgegangen, die enttäuschten Hoffnungen auf das Eingreifen des Staats und die Wut der Menschen dort aufzugreifen.*
 2. *Zu den Betroffenen gehören die Nachbarn im Stadtviertel, die KollegInnen am Arbeitsplatz und viele weitere Menschen, mit denen wir alltäglich in Berührung kommen. Warum nicht im eigenen Stadtviertel oder Betrieb anfangen, eine langfristige Arbeit zu entwickeln, die sich gegen die alltäglichen Schikanen am Arbeitsplatz und im Haus, gegen Überstunden und Mieterhöhungen ebenso richtet wie gegen die ideologische Faschisierung, die uns weismachen will, die "Ausländer" oder Muslime wären daran schuld oder ihnen ginge es besser. Eine Arbeit, bei der wir Verbindungen über religiöse und nationale Grenzen hinweg aufbauen und z.B. gemeinsam mit unseren Nachbarn Kontakt zu den BewohnerInnen des nächsten Flüchtlingsheims knüpfen?*
 3. *Die Selbstbezogenheit der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland ist sicher eine Schwäche, die auch uns KommunistInnen betrifft. In der sogenannten Antifa-Bewegung ist diese Selbstbegrenzung auf Bündnisarbeit – beispielsweise, um Nazi-Aufmärsche zu blockieren – besonders schwerwiegend: Weil in diesem Bereich nämlich noch leichter als in anderen Arbeitsfeldern (verglichen z. B. mit der heutigen antimilitaristischen Arbeit) der Schritt aus der Szene heraus gemacht werden kann.*
 4. *Jeder der bereit ist, sich die Konsequenzen der Indizien und Beweise für die staatliche Beteiligung am NSU vor Augen zu führen, muss erkennen, dass der demokratische bürgerliche Staat als Schutz gegen faschistischen Terror aller Art nicht in Frage kommt. Es gilt also, den Kräften und Verhältnissen entsprechend den antifaschistischen Selbstschutz in der Bewegung, im Stadtteil und im Betrieb zu propagieren und zu organisieren.*
 5. *Die einseitige Fixierung auf „deutsche“ Faschisten muss aufgebrochen werden. Türkische, griechische, islamistische Faschisten usw. müssen ebenfalls von einer konsequenten Antifapolitik ins Visier genommen werden. Wir werden uns sonst schnell in der Situation wiederfinden, dass die „deutschen“ Faschisten glaubwürdig behaupten können, sie seien die einzigen, die hierzulande etwas gegen den „Fundamentalismus“ tun würden.*
 6. *Auch in diesem Feld muss es uns, um langfristig erfolgreich zu sein, darum gehen, den Kampf nicht nur gegen die 'klassische' faschistische Ideologie zu führen. Die faschistische Ideologie ist, wie oben entwickelt, vielfältig, nimmt verschiedene Formen an. Und der Faschismus ist nur eine von vielen bürgerlichen Ideologien. Letztlich ist der einzig effektive und konsequente Weg, ein massenhaftes Übergehen von sich selbst als sozialdemokratisch, liberal oder unpolitisch betrachtenden Massen in das Lager der Faschisten zu verhindern, die proletarische, kommunistische Ideologie an ihre Stelle zu setzen und in Verbindung mit der Organisation des Widerstands in den Massen zu propagieren.*
 7. *Die in den 80er Jahren etablierte, auf verschiedene Teilbewegungen fixierte Praxis der fortschrittlichen Kräfte muss aufgebrochen werden. Antifa muss mit Antira (Antirassismus) verbunden werden. Im Konkreten muss die noch immer starke Flüchtlingsbewegung mit dem Kampf gegen PEGIDA verbunden werden.⁸¹*
- Diese Punkte sind richtig. Besonders hervorheben möchten wir, dass der antifaschistische Kampf

⁸¹Pegida/Hogesa, a.a.O.; Hervorhebungen im Original

gerade auch in den Betrieben und Industriegebieten geführt werden muss. Auch wenn die Faschisten heute noch in der Regel im Betrieb nicht offen in Erscheinung treten, so verfügen sie doch häufig über gefestigte Netzwerke sozialer Beziehungsgeflechte, in denen sie ihre Propaganda verbreiten. Spätestens dann, wenn sich klassenkämpferische KollegInnen jenseits der gelben Gewerkschaften anfangen zu organisieren, wird meistens schnell klar, dass die Faschisten schon längst vor uns im Betrieb waren und sich eine Basis geschaffen haben, die im Kampf gegen uns und alles, was irgendwie links ist, mobilisiert werden kann. Die Industriegebiete als weißen Fleck im antifaschistischen Kampf halten wir strategisch für noch dramatischer als die reaktionären Rückzugsräume und national befreiten Zonen in der Provinz. Schon Lenin wusste bekanntlich, dass „Jeder Betrieb unsere Festung sein muss“ und hat auch überzeugend

dargelegt, warum das so ist. Ohne die Säuberung der Betriebe von den FaschistInnen werden wir die ArbeiterInnenklasse nie erobern können, selbst wenn wir den Schritt in die proletarischen Stadtteile schaffen.

Den Kapitalismus bekämpfen heißt den Kampf gegen den tiefen Staat führen. Wir denken, dass die Debatte unter den revolutionären Kräften in Deutschland über die hier entwickelten Zusammenhänge – über Strategie und Taktik der Bourgeoisie und ihrer Geheimdienste, über „faschistischen“ Terror und „demokratische“ Manipulation und über unsere politische, ideologische und militärische Gegenstrategie dringend geführt werden muss. Wir verstehen den vorliegenden Artikel mit den abschließenden Thesen daher als Aufschlag zu einer Diskussion über den proletarischen Antifaschismus.



'Streikrepublik' Deutschland – was steckt hinter der Streikwelle 2015?



Aktion von GDL-KollegInnen in Berlin

In diesem Jahr haben Beschäftigte in Deutschland gestreikt wie seit langem nicht mehr. Etwa 500.000 Streiktage seit Jahresbeginn – das ist der höchste Wert seit 1993¹. Die bürgerlichen Medien schäumen und überbieten sich in der Hetze gegen die streikenden KollegInnen, insbesondere bei der Bahn und in der Luftfahrt. Was steckt hinter der Statistik? Steht Deutschland kurz vorm Generalstreik? Wo wurde in diesem Jahr schon gestreikt? Worum geht es bei den Arbeitskämpfen?

Und wo liegt die Perspektive? Im folgenden ein kurzer Überblick mit einigen Einschätzungen.

Die hohe Zahl an Streiktagen und was sie bedeuten

500.000 Streiktage seit Jahresbeginn – so viele gab es in der BRD seit 1993 nicht mehr. Und das mitten in einer konjunkturellen Hochphase zumindest

¹Vgl. "So viele Arbeitstage gingen Deutschland 2015 durch Streiks verloren", Focus Online v. 16.06.15

²Während der Arbeitsmarkt, d.h. das Angebot an verfügbarer Arbeitskraft zu den gegebenen Ausbeutungsbedingungen, vielerorts leergefegt ist, stellt sich das Bild in der Gesamtschau der politischen Ökonomie ganz anders dar. Die Industrieproduktion in der EU liegt immer noch unter dem Vor-Krisen-Niveau von 2007 und bezüglich der Wachstumsraten befindet sich das deutsche Kapital, obwohl es innerhalb der EU eindeutiger Krisengewinner ist, seit 2010 nur in

auf dem Arbeitsmarkt². Zum Vergleich: 2010, auf dem Höhepunkt der weltweiten Überproduktionskrise, befand sich die Zahl der Ausfalltage auf einem historischen Minimum von 173.000 bezogen auf das gesamte Jahr³. Verkehrte Welt – sollte man meinen?!

Man sollte Statistiken jedoch immer mit Vorsicht genießen – denn was bedeuten diese Zahlen überhaupt? Grob gesagt werden alle Ausfalltage durch Streiks zusammengerechnet. 500.000 Streiktage kann zunächst einmal rechnerisch heißen, dass 500.000 Beschäftigte sich an einem eintägigen Warnstreik beteiligt haben. Oder aber, dass 5000 Beschäftigte eines Großbetriebs diesen 100 Tage lang lahmgelegt haben, während sich im Rest des Landes nichts getan hat⁴. Die Zahl der Streiktage ist also für sich genommen noch kein Maß dafür, wie stark die Klassenkämpfe in diesem Land geführt werden. Man muss schon etwas genauer hinschauen.

In der öffentlichen Wahrnehmung sind die Streiks bei der Bahn wohl am meisten im Gedächtnis geblieben. Zur hohen Zahl an Streiktagen haben diese aber gar nicht einmal viel beigetragen – sondern vor allem die Warnstreiks der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie, bei denen nach Angaben der Gewerkschaft 870.000 Beschäftigte kurzzeitig und ohne größere wirtschaftliche Schäden die Arbeit niedergelegt haben. Der Tarifkonflikt wurde danach recht zügig mit einer Vereinbarung zwischen Kapital und Gewerkschaften beendet. Im Streiktage-Ranking kommen nach der Metall- und Elektroindustrie übrigens die unbefristeten ver.di-Streiks in den Kindertagesstätten und bei der Post⁵. Erstere dauern – nach der Ab-

lehnung des Schlichtungsergebnisses in einer Urabstimmung⁶ – zunächst einmal noch an.

Politische Einschätzung

Wenn wir die Arbeitskämpfe 2015 also genauer anschauen und politisch bewerten wollen, sollten wir festhalten: Die meisten Streiktage gehen auf tarifliche Auseinandersetzungen zurück und wurden von den DGB-Gewerkschaften angeführt.



Das 'gute Recht': Warnstreik der Metalller

Diese hatten in den Jahren zuvor durch ihre Politik des Stillhaltens dem deutschen Kapital dabei geholfen, aus der letzten Krise gestärkt hervorzugehen (siehe oben – das historische Tief an Streiktagen). Während die "Deutschland-AG" einen Großteil der Krisenauswirkungen nach Südeuropa exportiert hat, wurden hierzulande relativ leise und unbemerkt die Leihbelegschaften entlassen. Die Stammbesetzungen wiederum sind bei Kurzarbeit weitestgehend unangetastet geblieben: Dass das Kurzarbeitergeld eine Lohnsubvention

einer Phase der schwankenden Stagnation. Der normale 'Konjunkturzyklus' ist also unterbrochen, was nur ein Ausdruck für die Tiefe der Krise ist, die noch lange nicht vorbei ist.

³Vgl. "Streik-Studie: Ein Viertel weniger Ausfalltage in 2014", 04.03.15, <http://www.welt.de/wirtschaft/article138070047/Die-Illusion-von-der-Streikrepublik-Deutschland.html>

⁴Wenn man noch genauer sein will, sollte man nach dem Kleingedruckten zur Statistik suchen: So schreibt das 'Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut' der Hans-Böckler-Stiftung: "Die Arbeitskampfbilanz des WSI ist eine Schätzung auf Basis von Gewerkschaftsangaben, Pressemeldungen und eigenen Recherchen. Analog zur amtlichen Statistik werden bei der Streikbeteiligung Beschäftigte, die an zeitlich getrennten Streiks oder Warnstreiks teilnehmen, gegebenenfalls mehrfach gezählt. Die Zahl der arbeitskampfbedingten Ausfalltage ist ein rechnerischer Wert, in den anteilig auch weniger als einen Tag dauernde Arbeitsniederlegungen einfließen." - http://www.boeckler.de/52621_53237.htm

⁵Focus Online, a.a.O.

⁶"Im Kita-Tarifstreit haben die Mitglieder der Gewerkschaften Verdi und GEW mit großer Mehrheit den Schlichterspruch abgelehnt. In beiden DGB-Organisationen fiel die Entscheidung nach Sprecher-Angaben mit jeweils fast 70 Prozent deutlich aus. Auch bei einer Mitgliederbefragung des Beamtenbundes dbb sprachen sich über 60 Prozent der Beschäftigten aus dem Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes gegen eine Annahme des Spruchs aus." Siehe dazu: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/verdi-abstimmung-kita-erzieher-lehnen-schlichterspruch-ab-streik-droht-13740182.html

des Staates für das Kapital ist, die aus Steuergeld – und damit aus den Taschen der Arbeiterklasse selbst – gezahlt wird, ist die Kehrseite der Medaille.

Tragen diese Opfer jetzt Früchte für die Beschäftigten? Holen Wetzels, Bsirske und Kollegen in der aktuellen Aufschwungphase also kräftige Lohnzuwächse und bessere Arbeitsbedingungen heraus? So wird es jedenfalls verkauft. 150 Euro und 3,4 Prozent wie in der Metall- und Elektroindustrie oder die Anhebung der Entgelte für Leiharbeiter klingen für den einen oder anderen bei der derzeit niedrigen Inflation auch gar nicht schlecht – ebenso wenig wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns durch die SPD in der Regierung. Funktioniert der Reformismus also doch, wenn auch kein Sozialismus dabei rumspringt?

Nicht einmal die Verluste der letzten Jahre zurückgeholt

Die Antwort ist: Nein – wenn man wieder genauer hinsieht. Dann sollte man nämlich feststellen, dass selbst jetzt, auf dem Höhepunkt der Aufschwungphase auf dem Arbeitsmarkt, da die wirtschaftlichen Bedingungen für Lohnkämpfe der Massen so gut sein sollten wie zu keinem anderen Zeitpunkt, die vom DGB ausgehandelten Tarifergebnisse nicht einmal die Verluste der letzten Jahre wettmachen! Im Februar 2013 meldet die SZ 'Gehaltsentwicklung in Deutschland - Reallöhne nied-

riger als im Jahr 2000'⁷. Der Reallohnindex lag damals bei 98,2 Prozent bezogen auf die Basis im Jahr 2000. Seitdem sind die Reallöhne laut Statistischem Bundesamt im 1. Quartal 2014 um 1,5 Prozent und 2015 um 2,5 Prozent jeweils gegenüber dem Vorjahr gestiegen⁸. Das heißt: Erst im Herbst 2014 wurde das Niveau von 2000 erreicht und die leichte Steigerung seitdem ist ausschließlich auf die stark gefallen Rohöl- und Energiekosten zurückzuführen, die faktisch die Inflationsrate um ca. 1,5 bis 2 Prozent nach unten drücken. Wenn wir dazu berücksichtigen, dass in diesen Zahlen die Reallöhne aller Beschäftigten im Durchschnitt betrachtet werden und darin auch die wieder stark gestiegenen Managergehälter einfließen, dürfte klar sein, dass die ArbeiterInnenklasse trotz starker Produktivitätszuwächse die Verluste der letzten 15 Jahre noch nicht zurückgeholt hat, von den ca. 15 Prozent Reallohnverlust in den zwei Jahrzehnten von 1980 bis 2000 ganz zu schweigen.⁹

Dazu kommen die Ergebnisse, die weniger in den Vordergrund gestellt werden: Wenn die IG Metall seit einigen Jahren "gleichen Lohn für gleiche Arbeit" für die LeiharbeiterInnen fordert und dazu eine große Kampagne aufzieht, die jetzt zu einigen Lohnerhöhungen geführt hat, heisst das unter dem Strich in erster Linie, dass Leiharbeit mit dem IGM-Tarifvertrag 2012¹⁰ auf Dauer durch die Gewerkschaften legalisiert wird. Und das mit garantiert niedrigeren Löhnen, wie der Kapitalistenverband Gesamtmetall positiv anmerkt. Dank einer "Deckelungsklausel" können ZeitarbeiterInnen

⁷<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gehaltsentwicklung-in-deutschland-realloehne-niedriger-als-im-jahr-1.1598540>

⁸"Entwicklung der Reallöhne/ Nominallöhne in Deutschland vom 1. Quartal 2011 bis zum 1. Quartal 2015 (gegenüber Vorjahresquartal) - Die Statistik zeigt die Entwicklung der Real- und Nominallöhne von vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Deutschland vom 1. Quartal 2011 bis zum 1. Quartal 2015. Im 1. Quartal 2015 stiegen die Reallöhne gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,5 Prozent."; siehe Grafik unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152761/umfrage/entwicklung-der-loehne-in-deutschland/>

⁹Die tatsächlichen Einkommensverluste sind dank Agenda 2010 und dem sogenannten "Abbau der Lohnnebenkosten" in Form der Zurückführung der paritätisch finanzierten Sozialversicherungen noch deutlich höher, wie jede/R leicht feststellen wird, der/die mal ernsthaft krank wird. Auch der Sozialabbau mit stark gesunkenen "Transferleistungen" für ArbeiterInnen, deren Arbeitskraft das Kapital gerade nicht benötigt und die deshalb erwerbslos werden, senkt den gesamten (Real)lohn der Klasse.

¹⁰Siehe dazu die Jubelmeldung der IG Metall "Tarifabschluss mit Zeitarbeitsverbänden: Leihbeschäftigte bekommen Branchenzuschläge - Die Lücke schließt sich" unter www.igmetall.de/tarifabschluss-mit-zeitarbeitsverbaenden-10142.htm

¹¹"§ 2 Abs. 4 TV BZ ME enthält eine Deckungsregelung, die es im konkreten Einzelfall ermöglichen soll, die Höhe des pauschal zu errechnenden Branchenzuschlags zu beschränken. Dieser „Deckel“ soll gewährleisten, dass der Zeitarbeitnehmer durch die Zahlung des Branchenzuschlags nicht mehr als 90 Prozent eines vergleichbaren Arbeitnehmers des Kundenbetriebs verdient."; siehe Mitteilung Gesamtmetall unter www.gesamtmetall.de/sites/default/files/downloads/handlungsleitfaden-zeitarbeit.pdf Dass in der betrieblichen Real-

im besten Fall maximal 90% des Tariflohns erzielen¹¹. Eine aus Sicht der betroffenen KollegInnen “fette” zweistellige Lohnerhöhung ist in diesem Fall ein Ergebnis, das auch den Kapitalisten letztlich nützt, da es in der derzeitigen Aufschwungphase, die durch einen Arbeitskräftemangel gekennzeichnet ist, angesichts der deutlich niedrigeren Leiharbeiterlöhne für die Firmen ein Problem darstellte, überhaupt Kandidaten für diese Jobs zu finden.

Beim Beispiel Post mögen die Ergebnisse den einen oder anderen Beschäftigten für den Moment zufrieden stellen¹² – das Outsourcing von Beschäftigten in die DHL-Delivery mit Lohnsenkungen von bis zu 800 Euro, das letztlich im Zentrum des Tarifkampfes stand, ist aber durch den Tarifvertrag durchgesetzt¹³ und bietet dem Logistikkonzern strategische Handlungsoptionen.

Während Kapital und Medien demagogisch von schmerzhaften Zugeständnissen an die Beschäftigten faseln und die IG Metall so tut, als ob sie phantastische Verträge für die ArbeiterInnen herausgeholt hätte, geht die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse in Form der Senkung des Lohns unter den Wert der Ware Arbeitskraft und der strategischen Neustrukturierung der Betriebe und Belegschaften also in Wahrheit weiter.

Kontrolle über die Betriebe

Und trotzdem: Durch die scheinbaren, medial aufgepuschten Verbesserungen stärkt das Kapital die Position der gelben Gewerkschaften. Das ist auch

logisch: Reformistische Kräfte, die den arbeitenden Massen nicht zumindest irgendwann einmal irgendetwas präsentieren, was sie für sie erstritten haben, würden schlicht und ergreifend auf lange Sicht ihre integrierende Funktion für das kapitalistische System verlieren. Es bestünde die Gefahr, dass sich neue gewerkschaftliche Kräfte neben und gegen den DGB formieren würden – wie das teilweise und im Ansatz bei bestimmten “Funktionseliten” wie Piloten, Lokführern und Ärzten schon geschieht.

Letztere Entwicklung kritisieren selbst manche linken Kräfte mit Verweis auf die Notwendigkeit der “Einheitsgewerkschaft”. Sie verkennen dabei, dass eine “Einheitsgewerkschaft”, die ein Machtapparat in der Verfügung des Kapitals bzw. selbst Teil des imperialistischen Staatsapparates ist, eben keine Waffe in den Händen des Proletariats ist oder jemals sein wird, sondern eine Waffe der Gegenseite. Bei allen strategisch denkbaren Optionen der deutschen Bourgeoisie, die auf der Spaltung der ArbeiterInnen eines Betriebes entlang konkurrierender Gewerkschaften basieren – momentan würde es für die deutsche Finanzoligarchie als Herrscherin des Kapitals überhaupt keinen Sinn machen, das jahrzehntelang bewährte, feste Machtgefüge aus Betriebsräten und DGB-Apparat infragezustellen, wenn es darum geht, sich die Kontrolle über die Betriebe auch in Zukunft zu sichern¹⁴.

Und genau um die strategische Sicherung der Kontrolle über die Betriebe geht es – bei den derzeitigen Tarifabschlüssen, beim Mindestlohn sowie

tät die wenigsten ZeitarbeiterInnen die 90 Prozent erreichen, weil sie faktisch vorher ausgetauscht werden oder einfach mal für 2 Wochen in eine andere Branche geschickt werden, steht auf einem anderen Blatt.

¹²Bei den StreikaktivistInnen ist die Stimmung klar negativ, siehe dazu den Artikel von Patti Schmitz, Postzustellerin in einer mittelgroßen Stadt in Westdeutschland: *“Gegen die Wand. Der Poststreik endet mit Frust und Enttäuschung - Sonntag, 5. Juli: Nach vier Wochen Poststreik wird wieder verhandelt. Tausende Kolleg_innen hängen gespannt an den Nachrichtenkanälen: Geht der Kampf weiter oder wird ver.di einknicken? Viele von uns befürchten Schlimmes. Und dann die traurige Gewissheit: ver.di hat unterschrieben, der Streik ist vorbei, das Streikziel verfehlt. Die Post kann sich freuen, ihre Aktien steigen sofort. In den sozialen Netzwerken häufen sich empörte Kommentare enttäuschter Kolleg_innen (...)”*; zitiert nach: www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/07/post2015_patti.pdf > http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/07/post2015_patti.pdf

¹³Wie ver.di als gelbe Gewerkschaft den Tarifstreik von Anfang an so (des)organisiert hat, dass er mit der von den Sozialpartnern gewünschten Niederlage enden musste, zeigt der detaillierte Bericht von KommunistInnen, die an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen sind, Siehe dazu: Klassenstandpunkt Nr. 6, Seite 22 bis 25

¹⁴Erkennbar wird diese Strategie u.a. am aggressiven Vorgehen der deutschen Fluggesellschaften gegen die Gewerkschaft der Flugsicherung (GDF). Mit Schadensersatzklagen von satten 3,5 Millionen Euro haben Lufthansa und Co. versucht, diese kleine, aber handlungsfähige Gewerkschaft zu ruinieren. Das ist zwar zunächst vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt gescheitert, zeigt aber die Richtung, in die das Monopolkapital marschiert; siehe dazu den Artikel ‘Bruchlandung in Erfurt’ von Daniel Behruzi, Junge Welt vom 28.8.2015

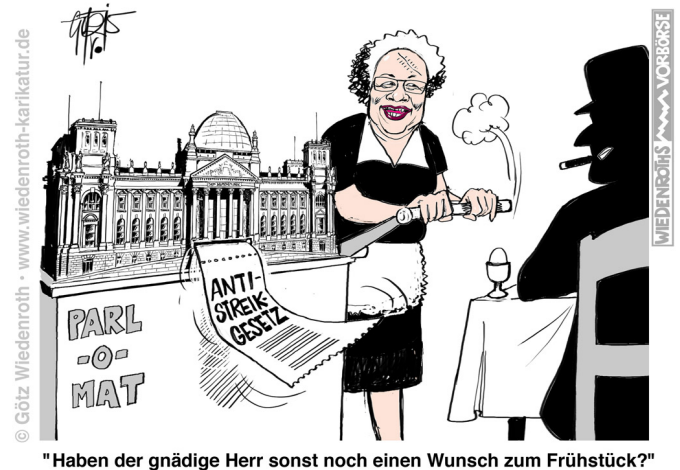
beim am 1. Juli 2015 in Kraft getretenen Tarifeinheitgesetz. Dass die BRD aus der letzten Krise gestärkt hervorgegangen ist und jetzt die Führung über Europa fest in den Händen hält, bedeutet noch lange nicht, dass dies auch in den nächsten Jahren und nach der nächsten Krise so bleiben wird: Die Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Bourgeoisien verschärfen sich in den letzten Jahren bis hin zu unverhohlenen Wirtschaftskriegen (siehe allein die umfangreichen Währungsprogramme fast aller imperialistischen Staaten seit Anfang dieses Jahres!). Man kann mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass es für das deutsche Kapital in Zukunft nicht ausreichen wird, nur die Lebensstandards der Massen in Südeuropa zu senken. Das bedeutet, dass auch Angriffe auf die Stammebelegschaften in der BRD selbst bevorstehen – im Rahmen der Agenda 2010 war bereits vor über zehn Jahren anvisiert worden, das Lohnniveau insgesamt um 30 Prozent zu senken¹⁵.

Um die Stammebelegschaften anzugreifen, benötigt das deutsche Kapital aber die Unterstützung seiner bewährten Hilfstrupps: die Funktionäre und Apparate von IG Metall, ver.di, IG BCE und anderen Staatsgewerkschaften.

Die Methode hierfür ist Zuckerbrot und Peitsche: Gut verkaufbare Tarifiergebnisse sind eine willkommene Mitgliederreklame für den DGB. Gleichzeitig sieht das "Tarifeinheitgesetz" vor, dass in Zukunft in einem Betrieb mit mehreren Gewerkschaften nur ein Tarifvertrag gilt – und zwar derjenigen Gewerkschaft, die die meisten KollegInnen in diesem Betrieb organisiert hat. Der Tarifvertrag der großen gelben Gewerkschaft gilt dann auch für die kleineren Gewerkschaften und damit gilt dann auch die sogenannte "Friedenspflicht" (d.h. das Streikverbot) für alle Gewerkschaften in diesem Betrieb.

Dabei geht es darum, die Entstehung neuer, möglicherweise klassenkämpferischer Gewerk-

schaften zu verhindern, da diese – zumindest legal – kaum Handlungsmöglichkeiten hätten, da sie nicht streiken dürfen. Dies darf man in Deutschland nämlich nur im Rahmen einer Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag, und zwar nur unter der Führung einer Gewerkschaft.



Zur Perspektive der Kämpfe

Vor diesem Hintergrund sind die großen, gewerkschaftlichen Streiks des Jahres 2015 von Seiten der IG Metall und ver.di einerseits Maßnahmen, um "Druck" in den Betrieben abzulassen (was insbesondere auf die Kämpfe der prekär Beschäftigten in den KITAS und bei der Post zutreffen dürfte) – andererseits, um neue Mitglieder zu mobilisieren und die eigene Position zu stärken. Der "Gewerkschaft der Lokomotivführer" ging es in der ungewöhnlich harten Auseinandersetzung mit der deutschen Bahn darum, angesichts des Tarifeinheitgesetzes als Gewerkschaft zu überleben, was sie mit dem Schlichtungsergebnis und der Hilfe des Linkspartei-Ministerpräsidenten Ramelow auch erreicht hat¹⁶.

Es bleibt aber in diesem Spiel des Kapitals trotz aller Strategien und Kontrollmechanismen

¹⁵ "Hans-Werner Sinn und das Ifo-Institut meinen, mit 10-15% Bruttolohn weniger für alle könnte man die Arbeitslosigkeit weitgehend beseitigen (...). Bei gering Qualifizierten sei ein Drittel notwendig. "Jeder, der Arbeit sucht, findet Arbeit, wenn man zulässt, dass der Lohn weit genug fällt ..." (Sinn, Ist Deutschland noch zu retten, München 2003, S. 93) Der Vorstandsvorsitzende von Siemens zu Sinns Vorschlägen: "Deutschland braucht Aufbruchstimmung. ... Mit seiner messerscharfen Analyse des Krisenbefunds und einer klaren Handlungsanleitung gibt er den Weg vor. "Das Kapital will eine Aufbruchsstimmung erzeugen, indem es die Löhne senkt." Hervorhebung von uns, zitiert nach Agenda 2010 - wie weiter?, Vortrag von Rainer Roth in Hanau, 5.3.2004, download unter: www.klartext-info.de/vortraege/agenda2010_hanau04.htm Der Genosse Roth bezieht sich dabei auf das Buch 'Ist Deutschland noch zu retten?' von Hans-Werner Sinn, Econ / Ullstein Buchverlage: München/Berlin 2003 bis 2005, in welchem die Grundzüge der Agenda 2010 formuliert werden.

¹⁶ Vgl.: "Alle Züge stehen still ...", www.komaufbau.org

ein Faktor übrig, der letztlich der entscheidende und möglicherweise nicht zu berechnende ist: Das sind die KollegInnen selbst!

Denn ungeachtet aller Machtspiele in den Vorstandsetagen von Kapital, Staat und Gewerkschaften streiken die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben – ob in der Metallindustrie, bei der Bahn oder in den Kitas – nicht für die Ziele der Gewerkschaftsführer, sondern für ihre Interessen: für bessere Arbeitszeiten, für weniger Überstunden und für mehr Geld. Es sind sie, gegen die sich die Offensive des Kapitals richtet. Dass die Gewerkschaften zu mehr Streiks aufrufen und sich genötigt sehen, mit dem Kapital Verträge auszuhandeln, die als „Meilensteine“ verkauft werden können, liegt gerade auch daran, dass die Stimmung in den Betrieben danach verlangt; dass die Beschäftigten dies einfordern.

Die Pläne von Kapital und DGB, das verstümmelte deutsche Streikrecht – all das kann aussehen, wie es will: Die Macht über die Betriebe liegt in letzter Instanz bei denjenigen, die die Hebel bedienen und die Produktion am Laufen halten: Die Perspektive der Streikkämpfe liegt also darin, das Korsett zu durchbrechen, in das IG Metall, ver.di, DGB und die anderen Staatsgewerkschaften die Arbeitskämpfe in den Betrieben zwingen wollen und eine klassenkämpferische, betriebliche Bewegung aufzubauen, die nicht vor den Grenzen des deutschen Streikgesetzes halt macht. Das Ziel muss sein, dass nicht Anzugträger in den Gewerkschaftszentralen darüber entscheiden, wann, mit welchem Ziel und wie lange gestreikt wird, sondern die KollegInnen selbst – und zwar mit der Perspektive: Revolution und Sozialismus.

Auch wenn diese revolutionäre Perspektive heute von der überwältigenden Mehrheit der KollegInnen noch nicht gesehen wird, müssen wir allen SyndikalistInnen, ehrlichen BasisgewerkschafterInnen wie engagierten Gewerkschaftslinken gegenüber eine Wahrheit offen aussprechen. Zunächst einmal ist nicht das Bewusstsein der KollegInnen für die Entwicklung des Klassenkampfs das Grundlegende, sondern entscheidend sind die ob-

jektiven, d.h. vom Willen aller Klassen unabhängigen, Gesetze der politischen Ökonomie. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus bestimmen die Entwicklung der Weltwirtschaft und damit letztlich der gesamten Gesellschaft. Sie sind – auch für die herrschende Klasse – nicht steuerbar und sie sind letztlich innerhalb dieser Produktionsverhältnisse überhaupt nicht zu lösen. Wenn aber die Industrieproduktion in den imperialistischen Zentren kaum das Vor-Krisen-Niveau erreicht, obwohl der Kredit durch die Flutung der Finanzmärkte mit Notenbankgeld massiv ausgeweitet wurde, dann bedeutet dies vor allem, dass die Vernichtung des überakkumulierten Kapitals im letzten Crash noch nicht bzw. bei weiten nicht ausreichend erfolgt ist. Deshalb ist es auch nicht der böse Wille von Bsirske, Wetzell und Wesselsky, dass sie die Chance eines erstmals seit Jahrzehnten spürbaren Arbeitskräftemangels selbst für bescheidene ökonomische Lohnzuwächse nicht nutzen. Vielmehr drückt sich darin schlicht und einfach die objektive Wahrheit aus, dass es selbst beim Krisengewinner Deutschland für den Reformismus nichts mehr zu verteilen gibt. Unter diesen Bedingungen ist es keine platte Parole von KommunistInnen, dass die ökonomischen Tageskämpfe mit dem Ziel des Sozialismus und der Revolution geführt werden müssen. In einer zugespitzten imperialistischen Krise- und wir befinden uns da mittendrin (!) – können auch ökonomische Tageskämpfe nur noch erfolgreich sein, wenn sie unter kommunistischer Führung stehen.¹⁷ Denn nur die KommunistInnen wollen dieses System vernichten und können daher die notwendige Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Kapital aufbringen. Wenn die KapitalistInnen unsere Löhne in der Krise innerhalb dieses Wirtschaftssystems nicht zahlen können, ist uns das egal. Sollen sie verschwinden, wir brauchen sie schon lange nicht mehr! Wobei uns auch klar ist, dass sie uns nicht freiwillig die politische Macht übergeben werden. Deshalb muss die ArbeiterInnenklasse da auch mit einer sozialistischen Revolution nachhelfen.

¹⁷Selbstverständlich können auch Revolutionäre, die sich ideologisch anders verorten, sowie klassenkämpferische KollegInnen erfolgreiche Kämpfe führen, wenn sie vom Klassenantagonismus ausgehen und bei einer Zuspitzung den Willen zur Vernichtung des Feindes aufbringen. Das geht aber über ein nur-gewerkschaftliches Bewusstsein hinaus und bedeutet tendenziell, dass diese GenossInnen und KollegInnen auf den von uns skizzierten kommunistischen Standpunkt übergehen.

Die Kriegserklärung von Suruç und die Folgen



Erklärung von: Kommunistischer Aufbau

Beginnend mit dem Massaker von Suruç haben die Türkei, Kurdistan und Syrien, sowie die weltpolitische Bühne in den letzten Tagen des Juli in verdichteter Form so starke Veränderungen durchgemacht, dass sie eine eigenständige Analyse recht-

fertigen. Wir werden zuerst in geraffter Form die Ereignisse der letzten Julitage darstellen und in die Strategie der Türkei einordnen. Später werden wir uns mit der Bedeutung der jüngsten Entwicklungen für die imperialistischen Widersprüche einerseits zwischen NATO und dem Block der Shang-

hai Cooperation Organization¹ (SCO) und andererseits innerhalb der NATO – insbesondere zwischen Deutschland und den USA – beschäftigen. Zuletzt werden wir uns der Frage widmen, welche Entwicklungsperspektiven es für die weitere Entwicklung des Kriegs in Syrien und Kurdistan gibt und welche Aufgaben sich daraus für uns KommunistInnen und Revolutionäre ableiten.



Begräbnis der Gefallenen von Suruç

Suruç und die Folgen

Am 20. Juli werden den Reihen der türkischen und kurdischen Revolutionäre durch ein faschistisches Bombenattentat auf eine Solidaritätsdelegation nach Rojava der SGDF (Förderung der Sozialistischen Jugendvereine) 31 Leben entzogen. Die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in der Türkei und in Rojava verstehen das als das was es war: Einen Angriff auf die Verbindung

der Revolutionäre aus der Türkei mit der Rojava Revolution. Die Reaktionen fallen dementsprechend heftig und geschlossen aus. Noch am Abend des 20. Juli strömen zehntausende in Istanbul auf die Straßen² und die ganze Woche über kommt es Nacht für Nacht in den verschiedensten Städten der Türkei zu Straßenschlachten. Am 22. Juli erklärt die HPG, in einer Bestrafungsaktion zwei türkische Polizisten getötet zu haben.³ Auch die TIKKO (der bewaffnete Arm der TKP/ML) rächt mit einer bewaffneten Aktion die Ermordeten⁴, die hauptsächlich Anhänger einer anderen revolutionären Strömung waren. Im Stadtteil Gazi in Istanbul brechen unterdessen Barrikadenkämpfe mit der Polizei los und bewaffnete Demonstrationen finden statt. MLKP-, TKP/ML-, BÖG- und PKK-Milizen greifen gemeinsam Polizeistationen an und werden dabei von Kräften der DHKP-C unterstützt.⁵ Das Massaker von Suruç und die folgenden Ereignisse lassen Konflikte unter den Revolutionären in den Hintergrund treten, die eine Zusammenarbeit im letzten Jahr teilweise verhindert hatten. Die Türkische Regierung reagiert koordiniert mit drei zentralen Maßnahmen am Freitag, dem 24. Juli. Erstens erklärt sie, nun auch militärisch dem IS gegenüber in die Offensive zu gehen. Sie gestattet den USA erstmalig die Nutzung ihres Militärflughafens Incirlik und fliegt selbst Luftangriffe gegen die Stellungen des IS. Zweitens kündigt sie zwar nicht den seit 2013 vereinbarten Waffenstillstand mit der PKK, bricht ihn aber praktisch, in dem sie in der Nacht von Freitag auf Samstag mit massiven Bombardements der Guerilla-Verteidigungsgebiete im Nordirak beginnt. Die erste Welle dieser Bombardements dauert über zwölf Stunden an.⁶ Drittens beginnt am Morgen des 24. Juli eine massive Repressionswelle gegen die türkischen und kurdischen Revolutionäre und gegen die kurdische Befreiungsbewegung. Allein am Freitagmorgen werden bei großangelegten Polizeioperationen etwa 300 AktivistInnen inhaftiert und die Zahl der Inhaftierten steigt in den folgenden Ta-

¹Shanghai Cooperation Organization; ein militärisches und ökonomisches Staatenbündnis; führende Mitglieder sind die Imperialisten Russland und China; die SCO trägt somit gewissermaßen den Charakter einer „Gegen-NATO“.

²www.etha.com.tr/Haber/2015/07/20/guncel/katliama-buyuk-tepki-akpden-hesabini-soracagiz/

³anfenglish.com/kurdistan/hpg-two-police-officers-punished-by-apoist-team-of-self-sacrifice

⁴anfenglish.com/kurdistan/retaliatory-attack-by-tikko-guerillas-in-response-to-suruc-massacre

⁵www.etha.com.tr/Haber/2015/07/20/guncel/gazi-mahallesinde-milislerden-eylem/

⁶anfenglish.com/kurdistan/hpg-three-guerillas-martyred-in-yesterday-s-airstrikes-by-turkish-army

⁷Junge Welt: NATO vor dem Bündnisfall; 28. Juli 2015

gen kontinuierlich auf über 1000 am Dienstag, den 28. Juli an.⁷ Bei diesen Operationen wird auch die Anhängerin der DHKP-C Günay Özarslan exekutiert.



Rote Zone: Istanbuls Stadtteil Gazi

Die Spur von Suruç führt nach Ankara

Für die Revolutionäre in der Türkei und ihre SympathisantInnen war die Komplizenschaft der AKP beim Massaker von Suruç vom ersten Moment an offensichtlich. In den massenhaft gerufenen Parolen „Der Mörder-Staat wird Rechenschaft leisten“ fand das seinen prägnanten Ausdruck auf der Straße. Dafür dass der Staat hinter dem Massaker von Suruç steckt sprechen erstens eine Vielzahl von Belegen und konkreten Indizien, zweitens aber die Ereignisse, die Suruç nach sich zog und die Tatsache, dass sich dieses Attentat äußerst harmonisch in die Strategie der AKP einfügt. Die konkreten Belege sind folgende: Die türkische Regierung ist für ihre Kooperation mit dem IS über die letzten Jahre hinweg bekannt, sie versorgt IS Kämpfer in ihren Krankenhäusern, gestattet ihnen freien Grenzübertritt, versorgt sie mit Waffen und Munition und ihr Militär schützt die Kämpfer des IS vor der Rache des kurdischen Volks in der Türkei.⁸ Sprechen wir konkret über das Attentat von Suruç, so wurden mehrere Kontrollposten

des türkischen Staats errichtet und die TeilnehmerInnen an der Solidaritätsdelegation nach Rojava genauestens durchsucht. Der Attentäter wurde aber nicht gefunden.⁹ Wir belassen es bei dieser gerafften Aufzählung. Bevor wir die Ministerien des bürgerlichen Staates erobert haben, werden wir niemals in die Lage kommen, alle verdeckten und geheimdienstlichen Tätigkeiten vollständig aufzudecken. Ob wir derartige Hinweise haben, auf die wir uns berufen können und wie viele, ist also vor allem ein Gradmesser dafür wie sorgfältig und erfolgreich der Staat seine Machenschaften vertuschen konnte. Entscheidender für uns ist die Frage, warum und wann unser Feind zu solchen Mitteln greift. So können wir uns seine Strategie verständlich machen. Zunächst das offensichtlichste: Die meisten der Ermordeten von Suruç waren Mitglieder der SGDF oder der ESP und somit Anhänger einer marxistisch-leninistischen kommunistischen Kraft aus der Türkei und Kurdistan. Diese wiederum spielte und spielt eine führende Rolle beim Beitrag der Kommunistischen Weltbewegung zur Verteidigung der Rojava Revolution und ruft die KommunistInnen aller Länder dazu auf, sich dem internationalen Batallion, das in Rojava kämpft, anzuschließen.¹⁰ Suruç war also nicht etwa ein Angriff auf die Türkei, sondern ein Angriff auf die kommunistische Bewegung und auf ihren Beitrag zur Verteidigung Rojavas.¹¹ Zweitens nutze der türkische Staat Suruç als Rechtfertigung für seine angeblich gegen den IS gerichtete Offensive die Durchsetzung einer NATO-kontrollierten Pufferzone in Syrien. Drittens diente Suruç als Provokation, die entsprechenden Antworten der Massen und der Revolutionäre wurden als Rechtfertigung herangezogen, um neben dem IS auch die PKK Stellungen in Irak und Türkei anzugreifen und die oben erwähnte Verhaftungswelle loszutreten.

Kriegserklärung

Wir können Suruç als Kriegserklärung der Türkei an die Revolutionäre und die kurdische Bewegung zusammenfassen. Das Massaker war der staatlich

⁸rote-aktion.org/delegation-grenzenloser-widerstand-zweite-erklarung

⁹siyasihaber.org/demirtas-saldirinin-birinci-sorumlusu-huamettir

¹⁰https://en.wikipedia.org/wiki/International_Freedom_Battalion

¹¹Siehe „Lassen wir die Gefallenen in unserem Kampf weiterleben! Tod dem Faschismus!“, Kommunistischer Aufbau Juli 2015

organisierte Anlass, um einen Friedensprozess, der schon vor Monaten zum Erliegen gekommen war, endgültig zu beerdigen und einen erneuten Kriegsausbruch zu erzwingen. Obwohl das Vorgehen der Türkei äußerst aggressiv ist, muss betont werden, dass sie aus einer Position der Schwäche handelt.



Revolutionäre Demonstration

Innenpolitisch ist die AKP-Regierung durch den Wahlsieg der HDP und ihren Einzug ins Parlament in eine Krise geraten. Eine Koalition, die ihr erlauben würde, Erdoğan wie geplant eine Präsidialdiktatur einzurichten, ist nicht in Sicht. Hält die AKP an ihren Zielen fest, dann ist ihre momentane Politik die logische Konsequenz: Einerseits Chaos und Terror im Land verbreiten, um den Ruf nach Erdoğan's harter Hand und Neuwahlen aufkommen zu lassen und andererseits den Friedensprozess beenden und somit die HDP in eine politische Sackgasse zwingen, war doch der Wunsch nach Frieden sowohl im türkischen wie im kurdischen Volk ein zentraler Grund für ihren Wahlerfolg. Wert legt die AKP bei ihrem Vorgehen logischerweise darauf, nicht selbst als die Angreifer und Kriegstreiber dazustehen, sondern diese Rolle der PKK zuzuschustern. Das alleine ist aber keine plausible ausreichende Begründung, um die Offensive der AKP-Regierung auch in außenpolitischer Hinsicht zu erklären. Hierzu ist eine Analyse der momentanen Lage im Syrien-Krieg und der türkischen Interessen in der Region notwendig. Wir müssen somit die Lage nun vom geopolitischen Standpunkt

analysieren. Sobald wir die Politik der Türkei in dieser Hinsicht analysieren, kommen wir aber auch nicht mehr darum herum, sie in ihrer Wechselwirkung mit den Interessen der hinter ihr stehenden NATO-Imperialisten – allen voran den USA – zu betrachten. Wohl kaum werden die führenden Mächte der NATO auf absehbare Zeit der Türkei außenpolitische Alleingänge zugestehen, schon gar nicht im Nahen Osten.

Der Kriegsplan der USA und der Türkei

Wie bei der NATO-Konferenz am 28. Juli am Dienstag klar wurde, sind die NATO-Staaten voll des Lobes für den „Umschwung“ in der türkischen Politik gegenüber dem IS. Besonders Deutschland begrüßt die Abkehr von einer falschen Politik der Unterstützung und Toleranz gegenüber dem IS und die Hinwendung zu seiner militärischen Bekämpfung. Auch die Türkei scheint sich in dieser Rolle zu gefallen, so sprach Ministerpräsident Davutoğlu davon, die Türkei könne „eine Spielwende“ bewirken.¹² Der von ihm gewählte Begriff bringt ziemlich passend auf den Punkt, was die Türkei gerade unter dem Druck der USA tut: Sie geht von der ersten Phase ihrer Syrien-Politik in die zweite über. Rückblickend betrachtet erscheint es logisch, dass die Türkei nicht ewig ihre Politik, den IS mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern, fortführen konnte. Spätestens mit den massiven Gebietsgewinnen im Irak und der Absorption eines Großteils der sunnitischen Streikräfte des Iraks hat der IS einen Charakter angenommen, der für die Imperialisten nur noch indirekt steuerbar ist. Der IS ist und bleibt aber ein Instrument des Imperialismus, auch hier können zahlreiche Belege und Indizien angeführt werden.¹³ Er ist jedoch kein Instrument zur Errichtung imperialistischer Herrschaft in der Region, sondern erstens zur Zerstörung jeglichen Einflusses von imperialistischen Konkurrenten und zweitens allgemein zur de facto Zerteilung der früheren Staaten der Region in ein Mosaik aus Einflusszonen. Beides bereitet

¹²Der Tagesspiegel: Angriff auf Kurden – Türkei in der Kritik, Dienstag 28. Juli

¹³www.globalresearch.ca/isis-leader-abu-bakr-al-baghdadi-trained-by-israeli-mossad-nsa-documents-reveal/5391593

¹⁴Eine offene Aufgabe ist es, die massive Verbreitung des fundamentalistischen Terrors (durch den IS und seine ideologischen Zwillingsbrüder) über weite Teile Afrikas, zu analysieren.

den Boden für eine Neuverteilung der Einflussgebiete in der Region.¹⁴ Solange die Türkei als Regionalmacht das Ziel, Assads Syrien zu beseitigen und ihren eigenen Einfluss nach Süden hin auszuweiten, verfolgte, musste sie früher oder später in Widerspruch mit ihrem Zögling dem IS geraten. Was sieht nun das Abkommen auf das sich die USA und Türkei geeinigt haben vor? Kernpunkt ist die Einrichtung einer von der NATO kontrollierten Schutzzone an der türkisch-syrischen Grenze. Vor dem Hintergrund des gerade gesagten ist die erste Funktion dieser Zone aus Sicht der Türkei, einen Hort für die Ausbildung und Entfaltung sogenannter „gemäßigter Oppositioneller“ zu bieten. Wie es in Zeiten des Neokolonialismus üblich ist, strebt die Türkei an, ihren Einfluss nach Süden hin nicht etwa über eine formale Grenzverschiebung zu erreichen, sondern in dem sie auf einem Teil oder auf dem ganzen Territorium des alten Syriens einen von ihr politisch und ökonomisch abhängigen Staat errichtet. Offenbar gibt es auch tatsächlich in den Reihen der FSA Kräfte, die für solche Projekte empfänglich sind und in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Einführung der türkischen Lira als Währung planen. Dass die führenden Imperialisten der NATO einen solchen Einflusswachstum der Türkei nicht unbedingt gerne sehen steht freilich auf einem anderen Blatt.¹⁵

Die imperialistischen Widersprüche im Syrien-Krieg

Die NATO-Mächte haben den legitimen Aufstand der SyrerInnen gegen das Assad-Regime durch ihre militärische Unterstützung (in Form von Waffen oder sonstiger Logistik) für bestimmte Teile der Aufständischen Stück für Stück zu einem imperialistischen Stellvertreterkrieg gemacht. Ihr Hauptgegner ist Russland, das bis heute hinter dem Assad-Regime steht und es seit Jahrzehnten seinerseits mit Waffen beliefert.¹⁶ In den derzei-

tigen Entwicklungen hält sich Russland auffallend stark zurück und es mehren sich die Gerüchte, dass der russische Imperialismus nach einer Alternative zu Assad sucht. Dem selbst bleibt nicht viel mehr übrig, als der Form halber gegen die Verletzungen von Syriens territorialer Einheit durch eine solche Sicherheitszone zu protestieren. Es liegen für die nächsten Jahre verschiedene Optionen auf dem Tisch. Die von der NATO gedeckten „gemäßigten Teile“ der FSA könnten Syrien zum Teil oder ganz beanspruchen und Russland und der Iran können sich einer solchen Entwicklung mehr oder weniger entschieden entgegenstellen. So oder so, wird dabei aber herauskommen, dass der russische Einfluss in der Region zurückgedrängt wird und die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Lagern (auf dem Weg zu einem neuen großen imperialistischen Weltkrieg) auf eine neue Stufe gehoben werden. Weniger einfach einzuordnen sind die Widersprüche zwischen Deutschland und der USA im derzeitigen Vorgehen. Die zögerliche Unterstützung Deutschlands für die momentanen Pläne der Türkei und der USA und seine öffentlich geäußerte Kritik an den Angriffen auf die kurdische Bewegung¹⁷ ergeben sich aus der unterschiedlichen geografischen, ökonomischen und politischen Lage der USA und Deutschlands. Die USA sind zwar noch immer die größte Militärmacht der Welt, sehen sich jedoch der wachsenden Konkurrenz anderer aufsteigender imperialistischer Räuber ausgesetzt – allen voran China und Russland. Der Nahe und Mittlere Osten hat nach der offiziell von den USA verkündeten Strategie des 21. Jahrhunderts für sie an Relevanz gegenüber Asien verloren.¹⁸ Dies erklärt sich unter anderem dadurch, dass die USA auf ihrem eigenen Territorium mithilfe des Frackings Zugriff auf ausreichend Öl für Jahrzehnte haben.¹⁹ Aus Amerikas Sicht, das buchstäblich am anderen Ende der Welt von Syrien liegt, ist klar, dass sie nicht dauerhaft die Stärke entwickeln können, den Nahen Osten zu beherrschen. Sein Hauptinteresse liegt darin,

¹⁵Vgl. german-foreign-policy.com: Ankaras Krieg, 27. Juli 2015

¹⁶https://en.wikipedia.org/wiki/Russia-Syria_relations

¹⁷Dass sich die USA andererseits ganz offensiv hinter die Luftangriffe auf die PKK-Stellungen durch den türkischen Staat stellen, zeigt nur ein weiteres Mal, dass sie so wie alle Imperialisten bereit sind, taktisch die KurdInnen gegen den Vormarsch des IS zu unterstützen, sie aber auch genauso schnell wieder fallen lassen werden, wenn es ihren Interessen entspricht.

¹⁸Vgl. german-foreign-policy.com: Das pazifische Jahrhundert, 18. November 2011

¹⁹Politico.eu: ISIL is a problem, but not America's problem, 25. Juli 2015

sicher zu stellen, dass es seine größten imperialistischen Konkurrenten nicht beherrschen. Gleichzeitig geraten die USA gegenüber diesen Konkurrenten überall auf der Welt mehr und mehr unter Druck. Das nach Asien und Südamerika strömende chinesische und russische Kapital macht ihm nämlich seine wichtigsten Anlagesphären streitig. Für Deutschland dagegen stellt sich die Situation noch anders dar. Es ist deutlich näher an der Region gelegen und offensichtlich ist, dass eine Ausdehnung der deutschen Einflusszone über die EU hinaus erstmal vor allem Richtung Afrika und in Richtung des Nahen Ostens möglich ist. Gleichzeitig hat sich Deutschland als imperialistische Macht gerade in der Euro-Krise massiv stärken können; seine militärischen Kapazitäten hinken dem aber noch weit hinterher. Präsident Gauck macht das mit seinem Ruf nach mehr deutscher Verantwortung in der Weltpolitik bewusst. Knapp zusammengefasst liegt ein relativer Unterschied zwischen den USA und Deutschland darin, dass die USA militärisch bereit sind für den Krieg und wissen, dass sie mit jedem weiteren verstrichenen Jahr mächtigeren Gegnern gegenüberstehen werden, während Deutschland noch nicht bereit ist für den Krieg. Für die USA ist die Türkei ein Instrument, um die Region seinen Konkurrenten streitig zu machen, für Deutschland spielt die Türkei viel mehr auch die Rolle eines potentiellen Konkurrenten. Aus all dem folgt, dass Deutschland kein Interesse an der Eskalation sämtlicher Widersprüche in der Region hat. Die mit dem Friedensprozess nun gescheiterte Einigung zwischen kurdischer Freiheitsbewegung und dem türkischen Staat wäre für den deutschen Imperialismus deutlich leichter zu akzeptieren gewesen, als ein imperialistischer Stellvertreterkrieg, der sich mit Aufständen eines 40 Millionen zählenden Volks verbindet.

Die Sicherheitszone richtet sich gegen Kurdistan

Sehen wir uns die von USA und Türkei geplante Sicherheitszone an, so fällt auf, dass sie in erster Linie bedeutet, dass die NATO den letzten noch nicht von der YPG/YPJ eroberten Teil West-

kurdistan militärisch kontrolliert. Während die Fortführung des Krieges der YPG/YPJ gegen die Truppen des IS auf dem Verbindungsstück zwischen Afrin und Kobane zuvor möglich gewesen wäre, um ganz Westkurdistan zu befreien, würde ein Krieg der YPG/YPJ mit der türkischen Armee sofort den Einmarsch der Türkei in Rojava nach sich ziehen. Die Sicherheitszone ist ein Mittel, die Umkreisung der Rojava-Revolution noch enger zu ziehen mit dem Ziel sie zu ersticken. Für die kurdische Bewegung entsteht eine Zwickmühle, sie kann sich in Syrien nicht wie geplant entwickeln und wird in Nordkurdistan von der Türkei in den Zwei-Frontenkrieg gegen Türkei und IS zugleich gezwungen, den sie durch die Fortführung des festgefahrenen Friedensprozesses vermeiden wollte. Ohne Zweifel liegt es im Interesse der Türkei der Rojava-Revolution auch durch einen direkten Einmarsch ein Ende zu bereiten; es gibt jedoch zwei Faktoren, die dem im Wege stehen: Erstens die Imperialisten weisen die Türkei immer wieder bei ihren regionalen Kriegsambitionen in ihre Grenzen. Zweitens macht der Widerstand der KurdInnen und der Revolutionäre in der Türkei einen Frontalangriff auf die Rojava Revolution zu einem innenpolitischen Problem.

Präventivschlag gegen die Revolutionäre und Friedensbewegung

Die logische Konsequenz aus der Strategie der Türkei, die Völker in einen Krieg zu zwingen, ist, dass überall in der Türkei die Menschen massenhaft aufstehen, um sich den Kriegsplänen der Türkei entgegenzustellen. Durch seine eigene Assimilations- und Vertreibungspolitik gegenüber dem kurdischen Volk hat sich der türkische Staat im vergangenen Jahrhundert selbst in die Situation gebracht, dass es für ihn im Krieg gegen Kurdistan kein ruhiges Hinterland mehr gibt.²⁰ Die Errungenschaften der Rojava-Revolution, die gemeinsamen Kämpfe der Massen mit den Revolutionären beim Gezi-Aufstand 2013 und die Kriegsmüdigkeit aller Völker der Türkei machen das momentane extrem aggressive Vorgehen der

²⁰Beispielsweise sind etwa 20% der 20 Millionen in Istanbul lebenden Menschen KurdInnen.

türkischen Regierung auch zu einem sehr riskanten Vorgehen. Am handgreiflichsten kam das in den schwersten Stunden der Verteidigung Kobanes im letzten Oktober zum Ausdruck. Das kurdische Volk strömte in der ganzen Türkei auf die Straßen und ließ seiner Wut freien Lauf, dieser Gewaltausbruch (bekannt als Serhildan des 6. bis 8. Oktober) zeigte der Türkei klare Grenze auf und zwang sie letztlich die Grenze zu Kobane zu öffnen. Dass sich die Türkei dieses Risikos sehr wohl bewusst ist, kommt in der seit Ende Juli laufenden massiven Repressionswelle zum Ausdruck. Nicht nur das binnen weniger Tage etwa tausend AktivistInnen verhaftet wurden, es gibt auch mehrere Berichte von flächendeckender Folter im Gefängnis, die offenbar dienen soll, den Willen der politischen Gefangenen zu brechen.²¹ Mag sein, dass der türkische Staat einige der gefangenen Revolutionäre nach einigen Monaten wieder frei lässt. Für den Moment aber setzt er sich das Ziel, den Revolutionären die Verbindung zu den Massen zu rauben und somit den Widerstand gegen seine Pläne zu begrenzen. Besonders hervorgehoben werden sollte, dass in der Nacht von Sonntag auf Montag, den 27. Juli, der traditionell von Revolutionären beherrschte Istanbuler Stadtteil Gazi von der Antiterror-Spezialpolizei gestürmt wurde.²² Auch dieser Schritt muss in das taktische Vorgehen des Staates eingeordnet werden, dass darauf basiert Schockmomente auszunutzen und die psychologische Überlegenheit zu erlangen.

Schlußfolgerungen

Aus kommunistischer Sicht sind zwei wesentliche Schlußfolgerungen zu ziehen und ein strategisches Dilemma zu lösen. Das angeblich gegen den IS gerichtete Vorgehen der NATO entlastet die Rojava Revolution in keinsten Weise, im Gegenteil durch die Eröffnung einer zweiten Front in Nordkurdisten, durch die vollständige Blockade der türkisch-syrischen Grenze mit türkischen Elitesoldaten und durch die geplante Sicherheitszone innerhalb von Rojava wird ihre Situation nur noch um ein vielfa-

ches schwieriger. Zu den zahlreichen Aufgaben, die die Rojava Revolution uns stellt, kommt deshalb nun, sich den Kriegsplänen der NATO in Syrien entgegenzustellen.



Zweitens läuft diese Offensive der NATO auf eine Verschärfung der imperialistischen Widersprüche mit China und Russland hinaus. Mag sein, dass Russland Assad fallen lässt und einen Deal mit der NATO schließen kann. Mag sein, dass Russland zurück weicht und sich nach der Ukraine ein weiteres Einflussgebiet nehmen lässt. Jedoch kann diese Politik im Imperialismus nicht von Dauer sein. Die nächste große Wirtschaftskrise kündigt sich an²³ und wird den Spielraum aller Imperialisten extrem verengen. Die Zunahme von direkten und Stellvertreterkriegen zwischen den Lagern der USA und Russland / China werden früher oder später in einen neuen Weltkrieg münden. Sobald es zu dieser Eskalation kommt, wird Deutschland und auch kein anderer imperialistischer Staat dem Schlachtfeld fernbleiben können, ob sie sich bereit fühlen oder nicht. Gerade aus diesem Grund haben wir keinen Platz für die tröstende Illusion, dass die Imperialisten sich von Konflikt zu Konflikt noch irgendwie verständigen werden. Im Vorlauf zum nächsten großen Krieg wird uns nichts helfen außer einer kommunistischen Partei, die Karl Liebknechts Aufruf „Krieg dem Krieg“ in brennenden Buchstaben auf

²¹ www.birgun.net/haber-detay-iskence-gordu-simdi-sikayetci-olmamasi-icin-baski-altinda-85795.html

²² www.etha.com.tr/Haber/2015/07/26/guncel/gazide-polis-teroru-suruyor/

²³ Symptome wie der Börsencrash in China oder die Ankündigungen aus den verschiedensten Branchen, dass der Markt nicht wie erwartet wachse sprechen dafür.

die Straßen schreibt und in der Praxis verkörpert. Es besteht kein Zweifel selbst ein Krieg im nahen Osten, der vorerst im Rahmen der Region verbleibt, wird ein gewaltiges Echo in Europa und besonders in Deutschland haben. Mehrere Generationen von MigrantInnen aus der Region sind mit den dort eskalierenden Widersprüchen verbunden. Die Kriegsflüchtlinge aus Syrien tragen sie in brandaktueller und für die „Friedhofsruhe“ im Herzen der Bestie brandgefährlicher Form nach Deutschland. Das strategische Dilemma der kommunistischen Kerne und aller ehrlichen Revolutionäre im Herzen der Bestie in Deutschland besteht darin, dass wir – wieder einmal – viel zu spät dran sind. Der reale Stand des Prozesses zum Aufbau einer Kommunistischen Partei wie der Herausbildung eines revolutionären, strömungsübergreifenden Pols ist sehr anschaulich in den Protesten gegen den G7-Gipfel zum Ausdruck gekommen. Wir sind als eigenständige Kraft imstande gewesen einige tausend Menschen zu mobilisieren und mit 1.000 bis 2.000 AktivistInnen halbwegs organisiert einer Polizeiübermacht von 30.000 Mann Paroli zu bieten, einzelne offensive Akzente zu setzen und in Summe einen kleinen Achtungserfolg zu erreichen. Nicht mehr und nicht weniger. Das ist an sich gar nicht so wenig, wenn man überlegt aus welchem tiefen Tal wir in den letzten 20 Jahren gekommen sind. Das ist aber leider gar nichts gegen einen Feind, der beschlossen hat unsere GenossInnen und uns militärisch und mit offen faschistischen Methoden anzugreifen. Die zunehmende Zuspitzung der Kriege kommt für uns viel zu früh, da wir nicht einmal ansatzweise vorbereitet sind, uns mit den notwendigen Mitteln gegen die feindlichen Angriffe zu verteidigen. Gleichzeitig gärt es in Deutschland unter der Oberfläche in den Massen. Dass die Rapper von 'K.I.Z.' – man mag von ihnen halten was man will – mit einem Rap-Track wie „Boom, Boom, Boom“, wenn man den Text ernst nimmt, die offensivste revolutionäre Propaganda seit Jahrzehnten entfalten und dabei von einer ganzen Generation gefeiert werden, sagt so einiges aus. Jeder Polizistenmord in einem indus-

triellen städtischen Ballungszentrum von Sao Paulo über Ferguson, London, Paris, Stockholm und zuletzt Den Haag hat mittlerweile das Potenzial, spontane Aufstände auszulösen. Den intelligenten Strategen des Feindes dürfte schon lange klar sein, dass die Ruhe im imperialistischen Kernland sehr brüchig ist und strategisch nur gesichert werden kann, wenn es ihnen möglichst lange gelingt, die Entstehung einer kommunistischen Avantgarde zu blockieren und zu verhindern, dass die Kampfbereitschaft der Massen mit einer organisierten revolutionären Strategie in Form einer Kommunistischen Partei in Verbindung kommt. Weil der Feind sehr gut verstanden hat, was viele GenossInnen in der antikapitalistischen und revolutionären Bewegung noch nicht sehen können, lesen wir dann z.B. folgende Einschätzung: „Gefährlich wäre es hingegen, die Kurden zurück in den bewaffneten Kampf mit der Türkei zu treiben. Das würde wie ein Rekrutierungsprojekt für die Terroristen von morgen wirken.“²⁴ Der letzte Satz bezieht sich keineswegs nur auf Kurdistan und die türkischen Metropolen, sondern gilt noch viel mehr für das imperialistische Zentrum. Weil die objektiven Bedingungen für äußerst sprunghafte, heute noch weitgehend unvorstellbare Entwicklungen heranreifen, müssen wir Vertrauen fassen, in uns selbst aber vor allem in unsere Klasse und in die aufständischen Völker in aller Welt. Wie der Feind müssen wir nicht unsere momentane Anzahl, unsere momentanen Möglichkeiten als Keim der kommunistischen Bewegung in den Vordergrund stellen, sondern das Potential, das in unseren Klassengeschwistern schlummert. Es begegnet uns tagtäglich, wenn wir unsere freiwillige Selbstbegrenzung überwinden und uns in unserer Praxis offensiv nach außen wenden.



²⁴Erdogans Kriegskalkül, Leitartikel von Christoph von Marschall, Tagesspiegel 28. Juli 2015

Der “Europäische Frühling”, die Zweite - Eine Zwischenbilanz vor der Neuwahl



Proteste gegen das neue Syriza-Spardiktat in Athen, Juli 2015

Nach wenigen Monaten an der Macht hat Griechenlands Premierminister Tsipras seinen Rücktritt erklärt. Es stehen Neuwahlen ins Haus (die bei Redaktionsschluss dieser Zeitschrift noch nicht stattgefunden haben). Die Koalition aus dem “Bündnis der radikalen Linken” Syriza und der rechtsnationalistischen ANEL-Partei ist beendet. Syriza hat sich als Partei gespalten: Die linke Opposition innerhalb von Syriza hat eine neue Partei namens “Volkseinheit” gegründet; ca. ein Drittel der Abgeordneten ist übergetreten. Trotzdem fühlt sich die Fraktion um Tsipras stark genug, um bei Neuwahlen eine absolute Mehrheit anzuvisieren.

Zwei Ereignisse sind der oben beschriebenen Entwicklung vorausgegangen: Am 5. Juli hat die

griechische Bevölkerung in einem Referendum die Pläne der europäischen Staaten für ein neues “Hilfspaket” mit einer deutlichen Mehrheit von über 60 Prozent abgelehnt. Das Ergebnis des Referendums hat, wie selbst bürgerliche Medien nicht umhin kamen, zu berichten, die Klassenverhältnisse des Landes widerspiegelt: In den proletarischen Vierteln haben “70 Prozent und mehr” für Nein gestimmt – wofür die Regierung geworben hatte – während es in den Vierteln der griechischen Bourgeoisie genau andersherum war.¹

Unmittelbar auf das Referendum und diesen großen Sieg für Tsipras folgte einige Tage später – die offene Unterwerfung! Die griechische Regierung hat das EU-Spardiktat akzeptiert und ein na-

¹siehe Interview weiter unten

hezu deckungsgleiches Abkommen wie das im Referendum abgelehnte unterschrieben, das die Politik der Vorgängerregierungen fortsetzt: U.a. durch den dauerhaften Verbleib der "Troika" in Athen (die Syriza-Regierung hatte diese zu Beginn ihrer Amtszeit medienwirksam des Landes verwiesen), die Fortsetzung der Politik hoher Massensteuern, die massive Ausdehnung des Ausverkaufs griechischen Staatseigentums und die Rücknahme bereits umgesetzter oder versprochener Reformen der Regierung.

Wie kann das sein, werden sich die meisten fassungslos fragen? Wie ist es zu erklären, dass eine "linksradikale" Regierung sich in wenigen Monaten zur Interessenvertreterin der EU-Imperialisten und der eigenen Oligarchie machen lässt? Waren hier eiskalte Verräter am Werk, die sich dreist als Linke verkleidet haben, um dann ganz andere Pläne durchzuziehen? Oder handelt es sich um politische Idioten, die nicht wussten, was sie taten (diesen Eindruck versuchten die bürgerlichen Medien in Deutschland ziemlich massiv zu vermitteln)? Was ist aus dem "europäischen Frühling" geworden, den auch einige Teile der deutschen politischen Widerstandsbewegung nach dem Wahlsieg von Syriza prognostiziert haben?² Und: Welche Perspektive bietet sich jetzt?

Wir verfügen nicht über eine detaillierte Analyse der wirtschaftlichen und politischen Situation in Griechenland, der griechischen politischen Widerstandsbewegung im allgemeinen sowie der verschiedenen Flügel von Syriza bzw. ihrer Abspaltung "Volkseinheit" im besonderen. Deshalb möchten wir uns im folgenden vorerst darauf beschränken, zweierlei zu tun:

Erstens möchten wir hier in Auszügen ein Interview mit Stathis Kouvelakis, einem Vertreter des linksreformistischen Flügels von Syriza, wiedergeben, das im Juli 2015 zuerst auf Englisch auf der Seite Jacobinmag.com erschienen ist und dann auf deutsch von "Marx.21", einem trotzkistischen Netzwerk innerhalb der Linkspartei, publiziert wurde. Wir denken, dass in diesen Äußerungen eines Insiders (wenn auch wohl eines begrenzten Insiders vom linken Flügel, der nicht überall seine Nase hineinstecken durfte) relativ plastisch und auch für Revolutionäre durchaus erkenntnis-

reich beschrieben wird, welche Widersprüche und Mechanismen auftreten, wenn eine idealistische und falsche politische Ideologie und Linie von der Wirklichkeit zerlegt wird. Anders gesagt: Was passiert, wenn Gärungsprozesse in den Massen aufgrund unerträglich gewordener Lebensverhältnisse in offene Wut und Bewegungsansätze umschlagen, es aber keine politische Führung gibt, die in der Lage ist, diese Ansätze weiterzuentwickeln und gegen das imperialistische System zu richten. Wer noch letzte Zweifel daran hat, ob bürgerliche Demokratie nicht vielleicht doch funktionieren könnte, dem sei die Lektüre besonders ans Herz gelegt! Außerdem enthalten die Äußerungen von Kouvelakis einige nützliche Informationen zur gegenwärtigen Stimmung in den griechischen Massen.

Zweitens möchten wir den Interview-Passagen einige Bemerkungen zur politischen Einordnung voranstellen. Hier kann es nur darum gehen, auf einige Offensichtlichkeiten der Entwicklung der Syriza-Regierung einzugehen und erste Schlussfolgerungen zu skizzieren. Wer über fundiertere Kenntnisse der in Rede stehenden Zusammenhänge verfügt, soll sich hiermit herzlich dazu eingeladen fühlen, uns seine Anmerkungen und Kritiken zur Verfügung zu stellen.

1. Der Turbo-Bankrott des "Postmarxismus" an der Macht

Syriza ist eine Sammlungsbewegung aus ehemals verschiedenen revisionistischen, trotzkistischen und linkssozialdemokratischen Strömungen, der sich zeitweise u.a. auch die maoistische KOE, ein Mitglied der ICOR, angeschlossen hatte. In gewisser Weise hat sie von ihrer Zusammensetzung her einige Ähnlichkeiten mit der deutschen Linkspartei. Neben einem ganz offen rechten, sozialdemokratischen Flügel um Vize-Premier Dragasakis, der gar nicht behauptet hat, etwas anderes zu wollen als graduelle Verbesserungen der Verträge mit der EU, ist der "Zentrums"-Flügel um Alexis Tsipras politisch vorherrschend, der (so die Ausführungen von Kouvelakis) aus der Tradition des "Eurokommunismus" stammt.

²vgl. hierzu unsere Broschüre: 'Die Krise des Imperialismus und der Europäische Frühling', Verlag Leo Jogiches

Es ist zweifellos eine noch ausstehende Aufgabe, die verschiedenen ideologischen Strömungen innerhalb von Syriza – die ein besonderer Ausdruck der Strömungen der politischen Widerstandsbewegung in Europa insgesamt sind – genauer zu analysieren. Unbestritten ist jedoch, dass die vorherrschenden Anschauungen aus dem Bereich des sog. “Postmodernismus” oder “Postmarxismus” stammen. Kurz gesagt: Der Marxismus-Leninismus als wissenschaftliche Weltanschauung, die Revolution mit dem Ziel der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse, das politische Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats und die bolschewistische Kaderpartei als die dazu notwendige Organisationsform werden in diesen Theorien für “historisch überholt” erklärt und verworfen. Stattdessen werden diffuse antikapitalistische Prozesse, die in Gang gesetzt werden müssen, die Eroberung von Parlament und Regierung in Verbindung mit einer außerparlamentarischen Bewegung oder der Selbstermächtigung der Massen, die demokratische Überwindung der “Politik des Neoliberalismus” und ähnliche Konzepte vertreten. Auch die “linke Plattform” von Syriza, zu der Kouvelakis gehört, ist hier im Grundsatz zu verorten. Wir verzichten an dieser Stelle vorerst auf den Nachweis, dass all diese politischen Konzepte letztendlich auf reformistische Ideen hinauslaufen, die bereits zu Zeiten der Bolschewiki existiert haben, widerlegt wurden und historisch vielfach gescheitert sind.

Mit Syriza hat eine “postmarxistische” Bewegung in Europa nun erstmals eine Regierung übernommen und geführt, bevor sie sich ganz offen in eine bürgerliche Partei verwandelt hat, wie das z.B. bei den klassischen Eurokommunisten in Spanien und Italien oder bei den deutschen Grünen der Fall war. Die Zeitspanne von der Wahl bis zur Verwandlung des “Aufrührers” Tsipras in einen anerkannten, pragmatischen Verhandlungspartner und bis zum Zerfall der Partei betrug – ganze vier Monate! Schon unmittelbar nach der Wahl verhalf Syriza der politischen Ultrarechten in Gestalt von ANEL in Regierungspositionen. Und nicht einmal vor einer militärischen Zusammenarbeit mit Israel schreckte diese Regierung zuletzt noch zu-

rück! Gab es in der Geschichte der revolutionären Bewegungen jemals eine politische Strömung, deren Bankrott schneller vonstatten gegangen ist?

2. Wenn demokratische Phantasie auf imperialistische Wirklichkeit trifft

Wie sah der Bankrott des Postmarxismus an der Regierung also im einzelnen aus? Wozu führt es, wenn man die Regierung eines bürgerlichen Staates übernimmt, der der abhängige und ausgebeutete Teil eines neokolonialen Systems wie der EU ist? Wenn man die Regierung übernimmt, um die neokoloniale “Politik” oder zumindest ihre verheerenden Auswirkungen abzuschaffen, ohne das System als solches in Frage zu stellen? Wenn man glaubt, man könne dies auf dem Wege der Verhandlung und Überzeugung erreichen?³



Warum wollen diese Herren nicht einsehen, dass Sozialismus besser ist?

Jedem verständigen Menschen sollte anschaulich klar sein, dass es nicht ausreicht, ein Messer einzupacken, wenn man zu einer Schießerei fährt. Es sei denn, es ist einem **gar nicht klar**, dass man zu einer Schießerei fährt, weil man es anders gelernt hat. Wie in einem Artikel in unserer G7-Extraausgabe⁴ in anderem Zusammenhang noch weitaus ausführlicher dargestellt wird, brachte der chinesische Militärphilosoph Sun Tsu diesen

³Varoufakis z.B. hat – in Zusammenarbeit mit anderen Ökonomen – eine ganze Broschüre mit einem Lösungsvorschlag für die griechische Krise erarbeitet, der auf deutsch unter dem Titel “Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise” erschienen ist (Kunstmann, 2015). Sein ganzes Konzept setzt dabei auf volkswirtschaftliche Argumente.

⁴vgl. ‘Sun Tsu besucht Garmisch’, Kommunismus Extra, S. 19 ff.

Sachverhalt auf die Formel: „*Der erfahrene Kämpfer wird also den Feind zur planlosen Jagd nach Trugbildern bewegen, die den Gegner zum Handeln veranlassen. Er opfert etwas, nach dem der Feind schnappen wird.*“

Die imperialistische Bourgeoisie versorgt die Arbeiterbewegung mit einer ganzen Reihe solcher Trugbilder, denen (zumindest die ehrlichen) Reformisten nachjagen: Trugbild Nr.1: „Wir leben in einer Demokratie, in der das Volk selbst über seine gewählten Vertreter politisch herrscht.“ Trugbild Nr.2: „Die Europäische Union ist ein Verbund souveräner Staaten, der den Frieden in Europa sichert.“ Man könnte beliebig fortfahren ...

Ein wesentlicher Unterschied zwischen „post-marxistischem“ Reformismus und Marxismus-Leninismus ist, dass ersterer diese Trugbilder über den Imperialismus in den Massen verbreitet und zur Grundlage seiner politischen Linie macht. Dazu gehört die auch in Deutschland beängstigend weit verbreitete Wahnvorstellung, ein „geeintes Europa“ unter den heutigen Bedingungen sichere den Frieden und sei einem Zerfall der EU vorzuziehen. Zu welchen desillusionierenden Erkenntnissen das bei manch einem in der Praxis führen muss, führt Kouvelakis im Interview aus:

„Als er [Finanzminister Tsacalotos] nach seinem bisher größten Aha-Moment seit der Regierungsübernahme gefragt wurde, antwortete er damit, dass er sich als Akademiker, dessen Job es sei, Volkswirtschaft an der Universität zu lehren, natürlich gewissenhaft auf die Verhandlungen in Brüssel vorbereitet hätte. Er hätte ein ganzes Arsenal an Argumenten vorbereitet und erwartete ebenso fundierte Gegenargumente. Was er aber stattdessen erlebt habe, war, Leuten gegenüberzustehen, die ohne Unterlass Regeln, Abläufe und so weiter herunterleierten. Tsakalotos sagte, er sei enttäuscht gewesen vom niedrigen Niveau der Diskussion. (...) Daran zeigt sich, dass diese Leute eine Konfrontation mit der EU erwartet hatten, die ähnlich einer wissenschaftlichen Konferenz ablaufen würde, bei der man eine ordentliche Präsentation liefert und erwartet, eine ordentliche Gegenpräsentation zu hören. Ich denke, das ist symptomatisch dafür, wie es in der heutigen Linken aussieht. Die Linke ist voll von Menschen, die es gut meinen, aber im Bereich der Realpolitik völlig überfordert sind. Aber es zeigt ebenso die geistige

Verwüstung auf, die der fast schon religiöse Glaube an den europäischen Geist verursacht hat. Diese Leute haben tatsächlich bis zum bitteren Ende daran geglaubt, dass sie etwas aus der Troika herausholen könnten. Sie dachten, dass zwischen 'Partnern' doch ein Kompromiss möglich sein müsste, und dass man ja gemeinsame Grundwerte hätte, wie etwa den Respekt vor demokratischen Mandaten oder die Chance einer vernünftigen Diskussion auf Basis ökonomischer Argumente.“

Keine Demokratie? Kein Wettstreit um die beste Meinung? Sondern vielleicht doch einfach ein imperialistisches Machtsystem und man hat noch nicht begriffen, dass man selbst als Vertreter einer Kolonie ganz unten in der Hackordnung steht? Dass es bei dieser Veranstaltung gerade nur darum geht, der Kolonie einen neuen Plan zur Ausplünderung aufzudrücken? Und dass – bei aller Höflichkeit im Gespräch – man auch ganz anders kann (Einstellung der Zahlungen, Schließung der Banken, ...): *„Den wohl treffendsten Ausdruck für diese Verhandlungen hat Ian Traynor, ein 'Guardian'-Korrespondent in Brüssel geprägt, der berichtete, dass ein EU-Beamter die Verhandlungen als 'mentales Waterboarding' bezeichnet hätte.“*

Eine politische Führung, die sich von Wahnvorstellungen über „Demokratie“ im Imperialismus oder über eine mögliche gütliche Einigung mit Merkel und Schäuble leiten lässt; eine politische Führung, die ihre Strategie auf Trugbildern aufbaut, wird die Massen nur in die Niederlage führen können. Das haben die fünf Monate der Syriza-Regierung einschlägig gezeigt.

3. Warum es den Imperialisten egal ist, wenn eine Bevölkerung verhungert

Warum sind Alternativvorschläge zu den Memoranden, wie sie Syriza in den Verhandlungen gemacht hat, aber eigentlich für die Imperialisten nicht gangbar? Auf der volkswirtschaftlichen Ebene ist es doch auch für Laien einsichtig, dass ein überschuldetes Land nicht ausgerechnet durch neue Kredite aus der Krise kommen wird. Dieses Argument wird nicht einmal von bürgerli-

chen Ökonomen bezweifelt. Eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Griechenland ist demnach nur möglich, wenn zumindest ein erheblicher Teil der Staatsschulden gestrichen wird.

Der Punkt ist aber: Um die wirtschaftliche Stabilisierung Griechenlands geht es den Imperialisten gar nicht! Das ist einmal ein Irrglaube von Professoren wie Varoufakis, denen es (verständlicherweise) schwerfällt, über den Tellerrand ihrer volkswirtschaftlichen Erkenntnisse zu blicken und die politische Gesamtstrategie der Imperialisten zu erfassen.

Und es zeigt sich hier ein weiteres Trugbild, dem die Reformisten von Syriza aufgesessen sind, nämlich das des angeblichen Humanismus der Politik in den "demokratischen Staaten". Alle Politiker müssten doch von ihrem demokratischem Auftrag her ein Interesse daran haben, Hungerkatastrophen und Elend, zumindest aber doch gesellschaftliche Eskalationen und scheiternde Staaten zu verhindern, wenn es möglich ist... die "Vernunft" muss sich doch früher oder später gegen die "neoliberale Ideologie" durchsetzen, oder etwa nicht?!



Demonstration gegen das neue Spardiktat in Athen

Wenn die Euro-Imperialisten Hunger, Bürgerkrieg und den Zerfall von Nationalstaaten auf der anderen Seite des Mittelmeers, in Libyen, Syrien und dem Irak aktiv herbeigeführt haben und diese Regionen jetzt mithilfe verfeindeter Söldnertruppen im Rahmen eines "kontrollierten Chaos" beherrschen; wenn sie auf ihre Analysten und Strategen hören und in Rechnung stellen, dass der weitere globale Konkurrenzkrieg der Großmächte ohnehin nur auf Kosten der Massen auch in den eigenen

Ländern – inklusive der deutschen Stammebelegschaften – erfolgen kann, wenn man gewinnen will; wenn das alles beherrschende strategische Ziel der Maximalprofit für die imperialistischen Monopole ist, warum sollte es Merkel und Schäuble dann scheitern, dass in Griechenland Menschen aufgrund des Spardiktats verhungern und dass Syriza Probleme hat, ihre Basis von einer Verlängerung des Neokolonialismus zu überzeugen? Wenn es hart auf hart kommt, stehen faschistische Terrorkommandos schon in den Startlöchern.

Mögen die "Postmarxisten" noch so viel auf Vernunft und ökonomische Argumente setzen – den Imperialisten ist völlig klar, dass Kriege unvermeidlich sind und sie ganze Völker ganz real "waterboarden" werden und noch mehr.

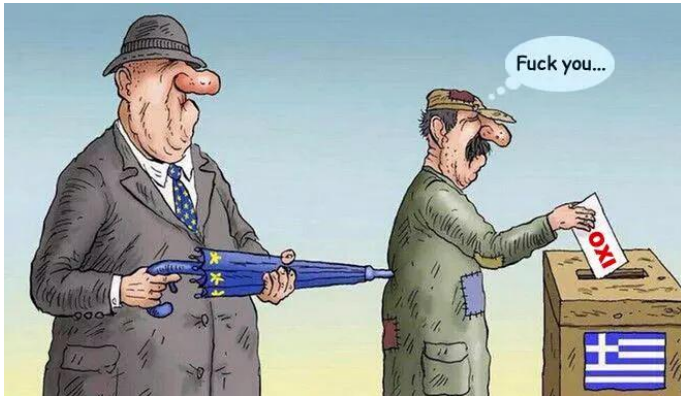
4. Was ist also die Perspektive?

Einer politischen Führung, die das Euro-System nicht in Frage stellen will, bleibt nur die Unterwerfung als Handlungsoption. Das ist die Lehre aus der Praxis, aus fünf Monaten Syriza-Regierung, die sich die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker in Europa tief einprägen sollten.

Jetzt geht es um die Frage, worin die Alternative besteht. In den bürgerlichen Medien geistert seit Monaten das Schlagwort vom Ausstieg Griechenlands aus der Euro-Zone umher, das sowohl von den Imperialisten als auch von einigen Reformisten (z.B. wurde Varoufakis genannt) in Erwägung gezogen wird. Auch hier ist es jedoch gänzlich verfehlt, eine einzige, isolierte Maßnahme herauszugreifen, denn zu welchem anderen Ergebnis würde eine Rückkehr zur Drachme unter sonst unveränderten Rahmenbedingungen führen als zum sofortigen Staatsbankrott?

Bei der Frage der Währung fängt das Problem der griechischen Krise nicht an und hört es nicht auf. Das wäre nur ein weiteres Trugbild. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Rahmen der EU sind die Volkswirtschaften der einzelnen Mitgliedsstaaten im Interesse der herrschenden Monopole umstrukturiert worden. Länder wie Finnland, die sich früher selbst mit Lebensmitteln versorgt haben, sind in der EU zu Holzproduzenten und Importeuren von Grundnahrungsmitteln geworden. Die griechische Industrie ist beschränkt, u.a. auf Phar-

maprodukte. Damit ist die Wirtschaft des Landes abhängig von Importen und aus dem Ausland erpressbar, sofern es nicht den mühsamen Weg geht, sich wirtschaftlich auf eigene Beine zu stellen. Das geht aber offenkundig nicht, wenn die Produktionsmittel ausländischen Firmen oder einer griechischen Bourgeoisie gehören, denn die haben daran sicherlich kein Interesse.



Quelle: zerohedge.com

Dann schließt sich jedoch sofort die Frage der politischen und militärischen Dimension an: Die Verstaatlichung der Banken, des Auslandskapitals und der wichtigsten Industriezweige – der “Kommandohöhen der Volkswirtschaft” – als erster Schritt auf dem Weg der sozialistischen Umstrukturierung Griechenlands setzt eine Staatsmacht voraus, die sich auf die organisierte Arbeiterklasse und die bisher ausgebeuteten Massen stützt. Denn ein Staatsapparat, eine Polizei und ein Militär, die sich weiter in den Händen der Bourgeoisie befinden, sind auf einem solchen Weg ebenso fehl am Platze wie ausländische Militärstützpunkte. Eine neue Staatsmacht muss mit all dem aufräumen und sich selbst bewaffnen. Das ist ohne einen äußerst langen und blutigen Krieg kaum vorstellbar, denn die EU- und NATO-Imperialisten werden dem Ausscheren einer ihrer Kolonien nicht tatenlos zusehen, geschweige denn einer sichtbaren Perspektive für die Massen in den anderen europäischen Ländern. Es muss nicht einmal die Bundeswehr in Griechenland einmarschieren, wenn man bedenkt, dass hinter der Goldenen Morgenröte bewaffnete faschistische Strukturen stehen, die für einen Bürgerkrieg gerüstet sind und sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu Griechenland die NATO-Macht Türkei mit historischer

Feindschaft sowie allerlei Flugzeugträger im Mittelmeer befinden.

Die Alternative zur Unterwerfung ist also blutig, langwierig, mühsam und sehr unbequem – aber sie ist da. Die Alternative für Griechenland ist die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats, die der sogenannte “Postmarxismus” gerade vermeiden will.

5. Wie kommt man zur Revolution?

Schön gesagt, das mit der Revolution! Aber ist das nicht illusorisch? Ist es nicht offensichtlich, dass die Bevölkerung das nicht will, nicht dazu bereit ist? Geht es nicht doch auch irgendwie anders?

Sehr interessant ist hierzu das Schlusswort des Linksreformisten Kouvelakis:

“... ich würde noch einen generellen Denkanstoß dazu geben, was es heißt, in einem politischen Kampf bestätigt zu werden beziehungsweise zu scheitern. Ich denke, es ist wichtig, dass man sich als Marxist eine historische Herangehensweise an diese Begriffe aneignet. Einerseits kann man behaupten, man wäre bestätigt worden, da sich das, was man gesagt hat, als wahr herausgestellt hat. Das ist die typische 'Ich habe es von Anfang an gesagt'-Strategie. Wenn sich allerdings aus dieser Position keine Antriebskraft ableiten lässt, ist man politisch gescheitert. Denn wenn man machtlos ist und sich als unfähig erwiesen hat, seine Position in eine Handlungsweise für die Massen zu übersetzen, wurde die Position offensichtlich nicht bestätigt. Dies zum einen. Das andere ist, dass nicht jeder gleichermaßen und gleich schwer gescheitert ist. Das möchte ich betonen. Ich glaube, es war absolut entscheidend, den Kampf innerhalb von Syriza zu wagen. Eines muss ganz klar gesagt werden: Was war die andere Option? Sowohl KKE als auch Antarsya haben, wenn auch auf äußerst verschiedene Art und Weise, in dieser entscheidenden Situation bewiesen, wie irrelevant sie sind. Für uns hätte die einzige Alternative darin bestanden, früher mit der Führung von Syriza zu brechen. Wenn man die Dynamik der Situation im entscheidenden Moment zwischen Ende 2011 und Anfang 2012 in Betracht zieht, hätte uns eine solche Entscheidung marginalisiert. Das einzige konkrete Resultat hier-

von wäre gewesen, dass zu den bereits bestehenden zehn oder zwölf Gruppen der Antarsya eine hinzugekommen wäre, und Antarsya statt 0,7 Prozent möglicherweise 1 Prozent erzielt hätte. Mehr kann ich mir nicht vorstellen. Das wiederum hätte bedeutet, die Syriza komplett Tsipras und der Mehrheit zu überlassen, oder zumindest den Kräften außerhalb der linken Plattform.“

Zur Politik linker Kräfte in Griechenland jenseits von Syriza wie Antarsya oder KKE fehlt uns die Analyse. Mag sein, dass die Einschätzung zutreffend ist, dass diese Organisationen sektiererisch und gesellschaftlich irrelevant sind.

Uns geht es aber um etwas anderes: Jede revolutionäre Bewegung, die es ernst meint, wird – ob in Griechenland oder Deutschland – als kleine Minderheit ihren Kampf beginnen. Betrachtet man den Ist-Zustand einer solchen Bewegung zu Beginn ihres Bestehens und denkt ihn in einfacher, linearer Entwicklung weiter, sieht die Perspektive trostlos aus: Wie soll es möglich sein, als gesellschaftliche Randerscheinung einen Kampf gegen das scheinbar übermächtige imperialistische System zu führen? Aus dieser bewussten oder unbewussten pessimistischen Bewertung des Ist-Zustands folgen dann – wie schon häufig geschehen in der Geschichte der kommunistischen Bewegung – zwei Entwicklungstendenzen, die scheinbar entgegengesetzt sind, in Wahrheit jedoch zwei Seiten derselben Medaille sind: Entweder man zieht sich ins Sektierertum zurück und verbreitet abstrakte Wahrheiten, schafft es aber nicht, diese mit den Massen zu verbinden. Das ist die Politik, die Kouvelakis oben angreift.

Der andere falsche Weg ist es, aus Scheu vor den Mühen des oben beschriebenen revolutionären Kampfes oder aus Scheu davor, in Irrelevanz zu verfallen, den Weg der Anpassung zu gehen, indem man sich einer nicht-revolutionären Bewegung unterordnet. Dies geschieht z.B. deshalb, weil man der Illusion anhängt, eine größere Quantität von Kräften (“wir müssen mehr werden”) würde den Kampf voranbringen, auch wenn man ihr die Qualität der politischen Linie opfert – und den Reformisten die Führung überlässt. Diesen Weg sind, soweit wir das aus der Ferne beurteilen können,

sicher auch manche ehrlichen griechischen Revolutionäre gegangen, als sie sich Syriza angeschlossen haben.

Welche Schlussfolgerung ist zu ziehen? Der Weg der Revolution mag sehr schwierig sein. Der Klassenfeind mag heute – in Griechenland oder Deutschland – übermächtig erscheinen. Nur das “hier und heute” zu sehen und darauf seine Politik zu gründen, bedeutet jedoch ebenfalls, einem Trugbild nachzujagen. Und selbst das “hier und heute”, die Stimmung in den Massen ist in Griechenland (und durchaus auch in Deutschland) weiter und dynamischer, als mancher linke Akademiker sich das vorstellen kann: Kouvelakis beschreibt, dass die Syriza-Führung von der gesellschaftlichen Dynamik ihres eigenen Referendums überrumpelt wurde, und wie Arbeiterinnen in den Betrieben immer wieder die Frage aufgeworfen haben, warum die Regierung “bisher so wenig gemacht” habe, warum sie “so ängstlich” sei.

Die Entwicklung jeder revolutionären Bewegung der letzten 100 Jahre war davon geprägt, dass die Dinge nicht linear verlaufen, dass komplexe ökonomische und politische Situationen entstehen und es zu qualitativen Sprüngen kommt, in deren Verlauf Bewegungen, die heute klein und unscheinbar erscheinen, morgen Millionenmassen mitreißen. Strategisch ist der Kapitalismus zum Untergang verurteilt. Deshalb besteht die Perspektive nur darin, vom Weg der Revolution strategisch keinen Millimeter abzuweichen, und diese Linie konsequent in die Massen zu tragen. Ob in Deutschland oder Griechenland.

Auszüge aus einem Interview mit Stathis Kouvelakis:⁵

Was waren die Ursachen für das Referendum im Juli? Für viele kam es aus heiterem Himmel, als Trumpf, den der griechische Premier Alexis Tsipras aus dem Ärmel geschüttelt hatte. Aber es herrscht einige Unsicherheit über seine Motive – manche spekulieren sogar, dass er mit einer Niederlage gerechnet haben soll.

⁵Das Gespräch führte Sebastian Budgen. Der Text erschien zuerst auf englisch auf Jacobinmag.com: <https://www.jacobinmag.com/2015/07/tsipras-varoufakis-kouvelakis-syriza-euro-debt/> Quelle der vollständigen deutschen Übersetzung: <http://marx21.de/griechenland-der-kampf-geht-weiter/>

Ich meine, dass das Referendum ganz klar ein Versuch war, sich aus der Falle zu befreien, in welche die Regierung im Verhandlungsprozess geraten ist. Es war tatsächlich recht offensichtlich, dass die Regierung wie Tsipras im Laufe der Abwärtsspirale immer weiterer Zugeständnisse erkannt haben, dass kein Vorschlag die Troika jemals zufrieden gestellt hätte. In der letzten Juniwoche war dann klar, dass die Vereinbarung, die sich langsam herauskristallisierte, innerhalb von Syriza durchfallen würde und ebenso auch in der öffentlichen Meinung. Aus den parteieigenen Reihen, auch weit über die Linke Plattform hinaus, gab es Appelle an die Führung und an Tsipras selbst, dass dies nicht akzeptabel sei. Am Ende jener Woche gab es dann einen deutlichen Umschwung in der öffentlichen Meinung. Die Leute hatten den Prozess endloser Verhandlungen schlichtweg satt. Es herrschte die Auffassung, dass die Troika ausschließlich darauf aus war, die griechische Regierung zu demütigen. Tsipras, von dem man sagen muss, dass er als Politiker durchaus ein Spieler ist, verstand das Referendum – eine Idee die übrigens nicht gänzlich neu war und bereits von anderen Personen in der Regierung ins Spiel gebracht worden war, unter anderem von Yanis Varoufakis – nicht als Bruch mit dem Verhandlungsprozess, sondern als Schachzug, um seine Verhandlungstaktik zu stärken. Ich kann das mit Sicherheit sagen, da ich Zugang zu detaillierten Berichten über die entscheidende Kabinettsitzung am Abend des 26. Juni hatte, an dem das Referendum angekündigt wurde. Zwei Dinge müssen an dieser Stelle betont werden: Erstens ist es so, dass Tsipras und die meisten ihm nahestehenden Personen davon ausgegangen sind, es würde ein Spaziergang werden. Und das traf vor der Bankenschließung auch absolut zu. Die allgemeine Stimmung deutete darauf hin, dass es einen überwältigenden Sieg von mindestens 70 Prozent geben würde. Das war ziemlich realistisch. Wären die Banken nicht geschlossen worden, wäre das Referendum mit Leichtigkeit gewonnen worden. Aber die politische Bedeutsamkeit wäre eine andere gewesen, denn es wäre ein „Nein“ gewesen ohne die aufgeladene und dramatische Atmosphäre, die durch die Schließung der Banken und die Reaktion der Europäer kreiert wurde. Was in dieser Kabinettsitzung geschah, war, dass eine gewisse Anzahl an Leuten – der rechte Flügel der

Regierung, unter der Führung des stellvertretenden Premiers Giannis Dragasakis – den Vorschlag ablehnten. Tatsächlich ist Dragasakis derjenige, der den gesamten Verhandlungsprozess auf griechischer Seite überwacht. Alle Mitglieder der Verhandlungsgruppe – mit Ausnahme des neuen Finanzministers Euclid Tsakalotos – sind auf seiner Seite, und er war der prominenteste unter denjenigen im Kabinett, die Varoufakis loswerden wollten. Für diese Gruppe war das Referendum ein hochriskanter Vorschlag und verstanden es gänzlich anders als Tsipras: Als äußerst konfrontativen Schachzug, der harsche Reaktionen der europäischen Seite hervorrufen würde – damit sollten sie recht behalten. Zudem hatten sie Angst vor der Dynamik von unten, die durch diese Initiative entstehen würde. Auf der anderen Seite vertrat Panagiotos Lafazanis, Führungsfigur der Linken Plattform und Energieminister, die Position, dass das Referendum die richtige Entscheidung sei, wenngleich sie zu spät käme. Er warnte allerdings auch davor, dass es einer Kriegserklärung nahe käme, dass Zahlungen eingestellt würden und wir innerhalb weniger Tage damit rechnen müssten, dass die Banken geschlossen würden. Die meisten Anwesenden lachten einfach über diese Vorstellung. Ich denke dieser Mangel an Gespür dafür, was passieren würde, ist absolut entscheidend für ein Verständnis der gesamten Logik, mit der die Regierung bisher gehandelt hat. Sie konnten einfach nicht glauben, dass die Europäer so reagieren würden, wie sie reagiert haben. In gewisser Hinsicht hatte der rechte Flügel von Syriza eine wesentlich klarere Vorstellung dessen, was auf sie zukam. Das erklärt auch, was in der Woche vor dem Referendum auf jener Ebene vor sich ging. Tsipras wurde von Dragasakis und anderen extrem unter Druck gesetzt, das Referendum zurückzuziehen. Das hat er natürlich nicht getan, er machte jedoch klar, dass der rechte Flügel mit seinen nächsten Schritten einverstanden sein würde. Sein Vorgehen war daher kein Bruch mit der bisherigen Linie, sondern eher ein taktischer Zug innerhalb dieses Rahmens.

Das steckte also hinter dem Quasi-Rückzieher am Mittwoch vor der Abstimmung?

Ganz genau. An jenem Mittwoch haben manche sogar von einem intern stattfindenden Putsch gesprochen und in Athen brodelten die Gerüchte,

dass Tsipras das Referendum zurückziehen würde. In seiner Rede bestätigte er dann das Referendum, stellte jedoch auch klar, dass es ein Werkzeug in der Aushandlung eines besseren Deals sein sollte, und dass es nicht das Ende der Verhandlungen darstellen würde, sondern lediglich deren Fortsetzung unter vorgeblich verbesserten Bedingungen. Und bei dieser Aussage blieb er die ganze Woche über.



'Nein'-Propaganda von Syriza - vor dem Referendum

Ein Aspekt, den ich an diesem Vorgang selbst aus der PR-Perspektive nicht verstanden habe, ist die Tatsache, dass er ein Referendum zu einer Reihe vorgeschlagener Maßnahmen ausgerufen hat, zu deren Ablehnung er die Leute anschließend aufrief – nur um dann im Vorlauf der Abstimmung einen Schritt auf die Gläubiger zuzumachen, der in mancherlei Hinsicht noch schlimmer wirkte als die Maßnahmen, zu deren Ablehnung er die Menschen aufgerufen hatte. Das hat einen absolut dilettantischen und chaotischen Eindruck vermittelt.

Ich habe versucht die Absichten Tsipras zu rekonstruieren, vor allem im Bezug auf deine Frage, ob er dachte, dass er das Referendum verlieren würde und im Versuch, klarzustellen, welche Bedeutung das Referendum für ihn hatte. Klar ist jedoch, dass es Kräfte freigesetzt hat, die weit über jede Absicht hinausgingen. Tsipras und die Regierung waren offenkundig von der Dynamik, die von ihrem Referendum ausging, überrumpelt. In der

Folge haben sie mit allen Mitteln versucht, diese Büchse der Pandora wieder zu schließen. Die Art, wie Tsipras mit dem Druck von Dragasakis umging – was auch jenen Mittwoch so entscheidend machte – bestand darin, dass er ihre Linie akzeptierte und seinen berüchtigten Brief an die Eurogruppe schrieb, und davor noch den Brief, in dem er um einen weiteren Kredit bat. Das alles ebnete den Weg für die Ereignisse der Woche nach dem Referendum. Auf der anderen Seite musste er als Rechtfertigung der Tatsache, dass er das Referendum zurückziehen konnte, ohne sich der völligen Lächerlichkeit preiszugeben, seine Initiative begründen. Er musste über den Kampf gegen die Sparmaßnahmen des Juncker-Pakets reden, er musste über die Erpressung durch die Troika reden, der er ausgesetzt war. Und natürlich packte die Dynamik, die sich von unten entwickelte, diese Gelegenheit beim Schopf, nahm ihn beim Wort und sagte der Troika den Kampf an. Dies ist ein klassisches Beispiel für eine Initiative, die von oben als Resultat interner Widersprüche entstanden war und schließlich darin mündete, Kräfte freizusetzen, die weit über das hinausgingen, was die Führung beabsichtigt hatte. Das ist entscheidend, denn es muss klar sein, dass eine der größten Schwierigkeiten, denen Tsipras nach der Kapitulation in Form der gestrigen Übereinkunft gegenübersteht, in der äußerst fragwürdigen politischen Rechtmäßigkeit seines Handelns nach dem Referendum besteht. Wir müssen uns klar machen, dass es völlig illusorisch ist anzunehmen, dass man so tun könnte, als hätte das Referendum nie stattgefunden. Es hat stattgefunden und für die internationale öffentliche Meinung sowie für die griechische Gesellschaft ist es offensichtlich, dass Tsipras das Mandat des Volkes verrät.

In der großen Frage, ob Tsipras eine Art machiavellistisches Super-Taktikgenie oder ein wilder Zocker ist, der von den die Ereignisse überwältigt wurde, ordnest du dich also dem zweiten Lager zu?

Nun, ich gehöre definitiv zum zweiten Lager, wenn wir Folgendes klarstellen: Tsipras und die restliche Führung haben tatsächlich von Anfang an recht konsequent dieselbe Linie verfolgt. Sie dachten, dass die Kombination aus einem „realistischen“ Ansatz in den Verhandlungen und einer gewissen rhetorischen Entschlossenheit zu Eingee-

ständnissen seitens der Europäer führen würden. Mit dieser Linie gerieten sie jedoch in eine Falle, und als sie dies bemerkten, hatten sie keine alternative Strategie. Sie lehnten konsequent jede andere Strategie ab und machten eine Umsetzung nahezu jedes anderen Ansatzes unmöglich, als das Zeitfenster dafür noch offen gewesen wäre. Nun sagt Varoufakis in dem Interview, das er dem „New Statesman“ vor ein paar Tagen gegeben hat, dass ein kleines Team um ihn herum in der Woche vor dem Referendum an einem alternativen Plan gearbeitet hätte. Darin enthalten gewesen sei die staatliche Kontrolle der Banken, die Ausstellung von Schuldscheinen und das Abkoppeln der griechischen Zentralbank von der Frankfurter EZB – also eine Art schrittweiser Ausstieg. Das kam jedoch ganz klar viel zu spät und wurde von nahezu allen übrigen Ökonomen im Kabinett abgelehnt, womit er im Grunde Dragasakis meint. Und Tsipras bestätigte diese Entscheidung natürlich. Deshalb müssen wir die Kontinuität in der Linie von Tsipras betonen. Aus diesem Grund finde ich auch, dass das Wort „Verrat“ ungeeignet ist, wenn wir verstehen wollen, was gerade passiert. Objektiv betrachtet wiederum können wir natürlich sagen, dass es einen Verrat am Auftrag der Bevölkerung gab, und dass die Menschen sich zurecht verraten fühlen. Üblicherweise gehört zum Konzept des Verrats allerdings der Moment, in dem man die bewusste Entscheidung trifft, sich von seinen Verpflichtungen abzuwenden. Was meiner Meinung nach in Wirklichkeit passiert ist, war, dass Tsipras ehrlich daran geglaubt hat, ein positives Ergebnis erzielen zu können, indem er eine Vorgehensweise des Verhandelns und Entgegenkommens an den Tag legte. Deswegen sagte er auch fortwährend, dass er keinen Plan B habe. Er dachte, wenn er als loyaler „Europäer“, frei von „Hintergedanken“ auftreten würde, würde dies belohnt werden. Andererseits zeigte er sich einige Monate lang dem Druck gewachsen und machte einige unvorhersehbare Schachzüge, wie etwa das Referendum oder seine Reise nach Moskau. Seiner Ansicht nach war dies der richtige Ansatz in dieser Angelegenheit – wenn man jedoch einer solchen Linie konsequent folgt, kommt man in eine Position, in der man nur noch schlechte Auswahlmöglichkeiten hat.

Und wo liegen die Ursprünge dieser Strategie? Inwieweit ist es ideologische Verblendung, inwieweit schlichte Ahnungslosigkeit? Für viele ist es verwirrend, dass da eine Regierung ist, die zu großen Teilen aus Intellektuellen besteht, aus Menschen, die ihr ganzes Leben damit verbracht haben, die politische Ökonomie des heutigen Kapitalismus zu studieren, sowohl in abstrakter als auch in konkreter Hinsicht, aus Menschen, die politische Aktivisten sind. Wie kann man sich also ihre augenscheinliche Naivität gegenüber dem politischen Gegner erklären? Liegt es an tief verwurzelter Ideologie oder einfach nur an einem Mangel an Erfahrung mit „Spitzenpolitik“?

Ich meine wir müssen zwischen zwei Gruppen innerhalb der Regierung unterscheiden. Zunächst gibt es den rechten Flügel der Regierung, angeführt von den zwei Chefökonomern Dragasakis und Giorgos Stathakis. Und dann gibt es den Führungskern, Tsipras und die Leute um ihn herum. Die erste Gruppe hatte von Anfang an eine klare Linie – auf ihrer Seite gab es absolut keine Naivität. Ihnen war völlig klar, dass die Europäer niemals einen Bruch mit dem Memorandum hinnehmen würden. Darum hat Dragasakis von Anfang an alles getan, um die Logik der allgemeinen Vorgehensweise nicht zu ändern. Er hat offensichtlich alle Versuche sabotiert, Syriza ein ordentliches Wirtschaftsprogramm zu geben, selbst wenn dieses sich innerhalb der mehrheitlich von der Partei angenommenen Rahmenbedingungen bewegt hätte. Er glaubte, eine verbesserte Version der Rahmenbedingungen des Memorandums sei das Einzige, was man erreichen könne. Er wollte sich ganz darauf konzentrieren, den Deal mit den Europäern auszuhandeln, ohne selbst allzu sehr in Erscheinung zu treten. Es gelang ihm, die Verhandlungsgruppe zu steuern, besonders nachdem man Varoufakis ins Abseits gedrängt hatte. Im Sommer 2013 hatte er ein sehr interessantes Interview gegeben, das damals für viel Aufsehen sorgte. Was er vorschlug, war nicht einmal eine mildere Variante des Syriza-Programms, sondern tatsächlich ein ganz anderes Programm, welches sich nur durch minimale Verbesserungen vom existierenden Überkommen abhob, welches die Nea Dimokratia unterzeichnet hatte. Und dann gibt es den anderen

Ansatz, den von Tsipras, welcher in der Ideologie eines linken Europagedankens wurzelt. Das beste Beispiel hierfür ist meiner Meinung nach Euclid Tsakalotos, ein Mann, der sich selbst als strammen Marxisten bezeichnet und aus einer eurokommunistischen Tradition kommt. Wir sind seit Jahren zusammen in einer Organisation. Eines seiner typischsten Statements, das sowohl seine Ideologie als auch seine Perspektive zur Wirkung der großen akademischen Präsenz darstellt, findet sich in einem Interview mit der französischen Website Mediapart aus dem April dieses Jahres. Als er nach seinem bisher größten Aha-Moment seit der Regierungsübernahme gefragt wurde, antwortete er damit, dass er sich als Akademiker, dessen Job es sei, Volkswirtschaft an der Universität zu lehren, natürlich gewissenhaft auf die Verhandlungen in Brüssel vorbereitet hätte. Er hätte ein ganzes Arsenal an Argumenten vorbereitet und erwartete ebenso fundierte Gegenargumente. Was er aber stattdessen erlebt habe, war, Leuten gegenüberzustehen, die ohne Unterlass Regeln, Abläufe und so weiter herunterleierten. Tsakalotos sagte, er sei enttäuscht gewesen vom niedrigen Niveau der Diskussion. Im Interview mit dem „New Statesman“ berichtet Varoufakis sehr ähnlich von seinen Erfahrungen, obwohl sein Stil eindeutig konfrontativer ist als der von Tsakalotos. Daran zeigt sich, dass diese Leute eine Konfrontation mit der EU erwartet hatten, die ähnlich einer wissenschaftlichen Konferenz ablaufen würde, bei der man eine ordentliche Präsentation liefert und erwartet, eine ordentliche Gegenpräsentation zu hören. Ich denke das ist symptomatisch dafür, wie es in der heutigen Linken aussieht. Die Linke ist voll von Menschen, die es gut meinen, aber im Bereich der Realpolitik völlig überfordert sind. Aber es zeigt ebenso die geistige Verwüstung auf, die der fast schon religiöse Glaube an den europäischen Geist verursacht hat. Diese Leute haben also tatsächlich bis zum bitteren Ende daran geglaubt, dass sie etwas aus der Troika herausholen könnten. Sie dachten, dass zwischen „Partnern“ doch ein Kompromiss möglich sein müsste, und dass man ja gemeinsame Grundwerte hätte, wie etwa den Respekt vor demokratischen Mandaten oder die Chance einer vernünftigen Diskussion auf Basis ökonomischer Argumente. Der etwas konfrontativere Gesamtansatz von Varoufakis lief letztlich auf dasselbe hinaus, er war

lediglich in die Rhetorik der Spieltheorie eingewickelt. Laut ihm hätten wir das Spiel bis ganz, ganz, ganz zum Ende spielen müssen, und dann hätten sie sich zurückziehen müssen, da der Schaden ohne Rückzug für sie zu groß ausgefallen wäre. Was aber tatsächlich passiert ist, glich einem Kampf zwischen zwei Menschen, bei dem die eine Person Gefahr läuft, einen Zeh zu verlieren, und die andere Person Gefahr läuft, eines oder beide Beine zu verlieren. Es stimmt also, dass es an grundlegendem Realitätssinn fehlte, was wiederum direkt mit dem zentralen Problem zusammenhängt, dem sich die heutige Linke stellen muss – unserer eigenen Ohnmacht.



Proteste vor dem Parlamentsgebäude in Athen

Dieser Glaube an den europäischen Geist, den du in der zentralen Fraktion der Syriza-Führung siehst – worin hat der seinen ideologischer Ursprung? Wir sprechen ja hier nicht von Liberalen, sondern von Menschen, die sich zumeist als Marxisten bezeichnen. (...)

(...) Ich meine, wie gesagt, wir müssen Tsakalotos beim Wort nehmen. Am Tag, nachdem der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine demütigenden Gegenvorschläge übersandt hatte, gab Tsakalotos Paul Mason ein Interview. Als Mason ihn auf den Euro ansprach, antwortete Tsakalotos, dass ein Grexit eine absolute Katastrophe wäre und dass Europa dann wieder dastünde wie in den 1930ern – in einem Wettbewerb zwischen nationalen Währungen, mit einem Aufschwung für verschiedene Nationalismen und den Faschismus. Für diese Menschen gibt es also nur zwei Möglichkeiten: Entweder „Europäer“ sein und die existierenden Rahmenbedingungen akzeptieren, was objektiv anscheinend einen Fortschritt gegenüber der

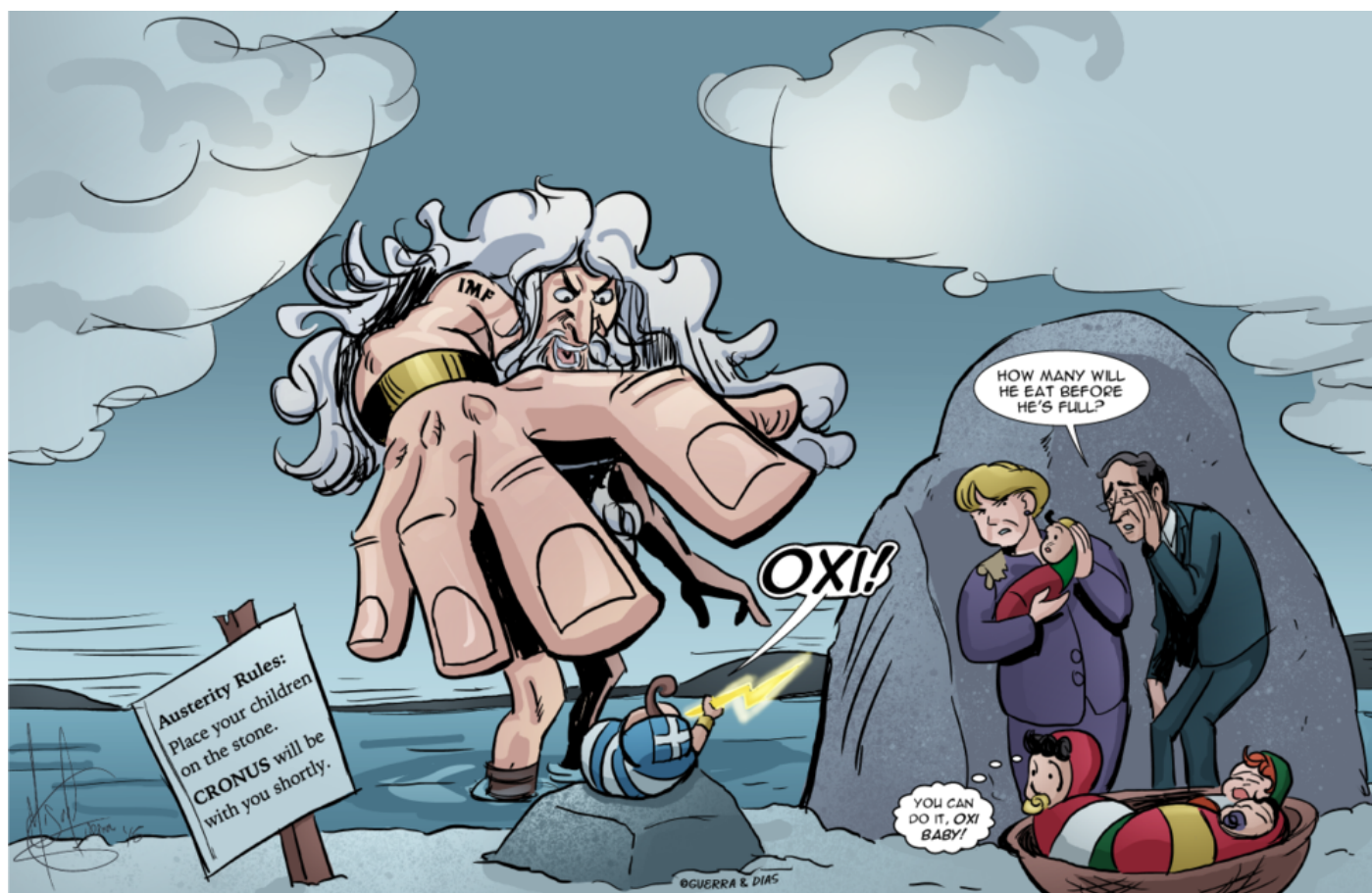
alten Realität der Nationalstaaten darstellt – oder „Anti-Europäer“ sein, was gleichbedeutend wäre mit einem Rückfall in den Nationalismus sowie reaktionärem und regressivem Handeln. Hierin liegt eine schwache Legitimation der Europäischen Union – sie ist zwar nicht ganz ideal, aber besser als alles andere. Dieser Fall zeigt meiner Ansicht nach deutlich, welche Ideologie hier am Werk ist. Auch wenn man sich nicht positiv mit dem Projekt identifiziert und starke Zweifel an der neoliberalen Ausrichtung und der hierarchischen Struktur der europäischen Institutionen hat, bewegt man sich trotzdem innerhalb seiner Koordinaten und kann sich nichts Besseres außerhalb seiner Rahmenbedingungen vorstellen. Das steht hinter dem Verschreien eines Grexit als Rückfall in die 1930er beziehungsweise apokalyptisches Szenario. Es ist ein Symptom dafür, wie sehr die Führung in ihrer eigenen Ideologie des linken Europagedankens festsetzt.

(...)

Kommen wir noch einmal auf das Referendum selbst zurück. Das Referendum fand vor dem Hintergrund einer Liquiditätskrise statt und wurde begleitet von Bankenschließungen, hysterischen Gegenkampagnen der Medien und dem Druck der „Ja“-Parteien. Dann passierte jedoch etwas, das eine enorme Gegenreaktion in der griechischen Bevölkerung auslöste. War ihr Motiv Nationalstolz? War es hauptsächlich eine Klassenfrage? Oder spielte, wie Paul Mason und andere spekuliert haben, die Erinnerungen an den Bürgerkrieg eine Rolle? Was sind die Hauptursachen für das klare „Nein“?

Von allen Faktoren, die du erwähnt hast, hat der Bürgerkrieg wohl die kleinste Rolle gespielt. Wir müssen berücksichtigen, dass das „Nein“ selbst in den traditionell stark konservativen Teilen des Landes wie etwa Lakonien nahe Sparta, Messinia und anderen Gebieten in Zentral-Griechenland, wo die Rechte dominiert, wie beispielsweise Evrytania, klar überwog. Das „Nein“ war in allen Bezirken Griechenlands mehrheitlich. Der Faktor Klasse war definitiv der wichtigste von den Dreien, die du genannt hast. Ich werde sie noch einmal der Wichtigkeit nach durchgehen. Selbst Kommentatoren, die eher im Mainstream angesiedelt sind, mussten anerkennen, dass diese Abstimmung in ihrer Tren-

nung nach Klasse einzigartig für die griechische Geschichte war. In den Arbeitervierteln gab es 70 Prozent und mehr für ein „Nein“, in den Reichtümern 70 Prozent und mehr für ein „Ja“. Die hysterische Gegenkampagne der herrschenden Kräfte und die dramatische, konkrete Situation, verursacht durch Bankenschließungen und Einschränkungen der Bargeldabhebungen, ließen in den unteren Klassen sehr schnell die Erkenntnis erwachsen, dass das „Ja“-Lager all das verkörperte, was sie hassen. Die Tatsache, dass das „Ja“-Lager eine Reihe verhasster Politiker, Experten, Geschäfts- und Medienleute für seine Kampagne mobilisiert hat, tat sein Übriges um diese Klassenreaktion zu entfachen. Die zweite Sache, die ebenso beeindruckend ist, ist die Radikalisierung der Jugend. Zum ersten Mal seit Beginn der Krise hat die Jugend als Masse vereint Stellung bezogen. 85 Prozent der 18-24-jährigen stimmten für „Nein“, was zeigt, dass diese Generation, die vom Memorandum komplett geopfert wurde, sich über die Zukunft, die sie erwartet, durchaus im Klaren ist und eine sehr klare Einstellung zu Europa hat. In der französischen Tageszeitung „Le Monde“ gab es einen Artikel, der fragte: „Wie kommt es, dass Jugendliche, die mit dem Euro und der Europäischen Union aufgewachsen sind, sich nun gegen sie wenden?“. Die Antwort aller Interviewten war einfach: Wir haben gesehen, wofür Europa steht. Europa steht für Austerität, für die Erpressung unserer Regierung und Europa steht für die Zerstörung unserer Zukunftsaussichten. Das erklärt auch die entschlossenen Massendemonstrationen jener Woche, gipfelnd vor allem am Freitag den 3. Juli mit Demonstrationen in Athen und anderen Großstädten Griechenlands. Ein dritter Faktor ist sicherlich der Nationalstolz. Das erklärt, warum selbst außerhalb der großen urbanen Zentren, im ländlichen Griechenland und den kleinen Städten, wo die Trennlinien zwischen den Klassen nicht so klar verlaufen, das „Nein“ eine klare Mehrheit hatte. Es war ein „Nein“ zur Troika, es war ein „Nein“ zu Juncker. Die Wahrnehmung war dahingehend, dass selbst für diejenigen Menschen, die der Regierung skeptisch gegenüber stehen und sich nicht mit Syriza oder Tsipras identifizieren, ganz klar war, dass es sich um den Versuch handelte, eine gewählte Regierung zu demütigen und das Land unter der Herrschaft der Troika zu halten.



Grausamkeit der Austeritätspolitik wird auch in der bürgerlichen Presse thematisiert: Quelle: ideaeconomics.org

Du hast einige Arbeitsstellen besucht um für das Nein zu werben. Kannst du ein bisschen über die Stimmung dort berichten?

Das war natürlich eine einzigartige Erfahrung. Man traf auf unterschiedlichste Situationen – die Atmosphäre bei den Eisenbahnern war sehr angespannt. Deren Unternehmen ist bereits weitestgehend zerlegt, und was übrig ist, wird privatisiert werden. Die Arbeiter dort wussten, dass Syriza die Privatisierung der Eisenbahn bereits akzeptiert hatte. Das war sogar schon in der ersten Reformliste enthalten, die von Varoufakis nach den Vereinbarungen vom 20. Februar verkündet wurde. Aber trotz der unterschiedlichsten Hintergründe drehte sich an allen Arbeitsstellen, die ich besucht habe, die Diskussion um zwei unterschiedliche Punkte: Warum hat die Regierung bisher so wenig gemacht, warum ist sie so ängstlich? Und: Was werdet ihr nach dem Sieg des „Neins“ machen? Für diese Leute war es vollkommen klar, dass das „Nein“ gewinnen würde, denn die „Ja“-

Kampagne war an den Arbeitsplätzen und allgemein innerhalb der Arbeiterklasse unsichtbar. Daher gab es keinen Zweifel daran, wie das Ergebnis ausfallen würde. Aber es war eine große Nervosität darüber zu spüren, was nach dem Sieg geschehen würde. Die Fragen waren also: Was sind eure Pläne? Was werdet ihr tun? Warum redet ihr immer noch über Verhandlungen, wenn wir seit fünfeinhalb Monaten sehen, dass dieser Ansatz fehlgeschlagen ist? Das brachte mich in meiner Rolle als Sprecher und Mitglied des Zentralkomitees von Syriza in eine sehr unangenehme Lage. Ich konnte nicht auf alle Fragen überzeugende Antworten liefern.

Das Nein gewann natürlich mit überwältigender Mehrheit. Warst du vom Ausmaß des Sieges überrascht?

Ja. Ich habe nicht damit gerechnet, dass das „Nein“ die Marke von 60 Prozent übersteigen würde. Es sollte erwähnt werden, dass von den Top-Kadern von Syriza nur Lafazanis mit diesem Er-

gebnis gerechnet hatte und sogar in der Linken Plattform nur sehr wenige ebenso dachten. Die meisten rechneten mit etwas um die 55 Prozent.

Die erste unmittelbare Auswirkung des klaren „Nein“-Sieges waren zunehmende Auflösungserscheinungen der Opposition.

An jenem Abend, als das Ergebnis feststand, stand auch die vollständige Niederlage dieser Leute fest – es war die bei Weitem herbste Niederlage der Austeritätsbefürworter seit Beginn der Krise. Es war noch viel deutlicher und offensichtlicher als bei den Wahlen im Januar, nach denen sie sich neu aufgestellt und alle Kräfte mobilisiert haben. Trotzdem haben sie diese vernichtende Niederlage erlitten. Sie haben nicht in einer einzigen Region Griechenlands gewonnen. Der Vorsitzende der Nea Dimokratia und ehemalige Premier Antonis Samaras ist quasi unmittelbar zurückgetreten. Nur Stunden später war es Tsipras selbst, der dieses gesamte Lager wiederbelebte, indem er es zum „Ratschlag der Vorsitzenden“ einlud, unter der Leitung des Präsidenten der Republik – einem offenen „Ja“-Unterstützer, der im Februar von einer Syriza-Mehrheit im Parlament berufen worden war. Bei diesem Treffen passierte außergewöhnliches – der Kopf des siegreichen Lagers akzeptierte die Bedingungen des besiegten Lagers. Das – und man muss es so sagen – ist einzigartig in der politischen Geschichte. Ich weiß nicht, ob es so etwas jemals gegeben hat.

Die Regierung war vermutlich überrascht vom Nachdruck des „Nein“-Votums. Und auch wenn der Klassenfaktor erkannt wurde, folgerte man nur daraus, dass es die ursprünglichen Pläne bestätigt hatte. Es gab kein Bewusstsein dafür, dass etwas Tiefgründigeres am Werk war.

Ich kann nur darüber spekulieren, wie man das Referendum interpretiert hat, weil alle von den sogenannten Verhandlungen vereinnahmt waren, die natürlich ein einziger Witz waren. Den wohl treffendsten Ausdruck für diese Verhandlungen hat Ian Traynor, ein „Guardian“-Korrespondent in Brüssel geprägt, der berichtete, dass ein EU-Beamter die Verhandlungen als „mentales Waterboarding“ bezeichnet hätte. Klar ist jedenfalls, dass die Regierung diese Initiativen unmittelbar ergriffen hat um die Dynamik aufzuhalten, die mit dem Referendum aufgekommen war. Darum wur-

de nur Stunden nach der Verkündung des endgültigen Ergebnisses dieses Treffen der Parteivorsitzenden einberufen, das nun eine komplett neue Agenda festlegte. Die neue Agenda, die natürlich in von der Vorgehensweise von Dragasakis in der Vorwoche inspirierten Grundzügen bereits existierte, beinhaltete, dass Griechenland in jedem Fall in der Eurozone bleiben müsste. Der Punkt in dem gemeinsamen Papier, der am meisten betont wurde, war derjenige, dass das Referendum kein Mandat für einen Bruch, sondern ein Mandat für eine bessere Verhandlungsposition sei. Das Papier war von allen Parteivorsitzenden unterzeichnet worden, mit Ausnahme der KKE, die nicht unterzeichnete und den Nazis, die man nicht zum Treffen eingeladen hatte. Von diesem Moment an war das Durcheinander komplett.

Gibt es Hinweise darauf, dass sich die öffentliche Meinung zur Eurozone im Verlauf des Referendums verändert hat?

Natürlich hat sie sich verändert. Das Argument, das in Endlosschleife von den Medien, den politischen Köpfen des Ja-Lagers, aber auch von den europäischen Führungspersonen, die sich in jener Woche offen und unverhohlen in das Referendum einmischten, wiederholt wurde, war, dass ein „Nein“ kein „Nein“ zum Euro wäre. Es ist also komplett unsinnig, zu behaupten, dass die Leute, die mit „Nein“ stimmten, nicht mindestens das Risiko eines Euro-Austrittes in Kauf genommen haben, wäre dieser die Bedingung für ein „Nein“ zu künftigen Sparmaßnahmen gewesen. Es ist auch erwähnenswert, dass im Laufe der Woche ein Radikalisierungsprozess in der öffentlichen Meinung stattfand. Es war spürbar, auf den Straßen, an den Arbeitsstellen und an öffentlichen Orten aller Art. Ich will nicht behaupten nicht, alles sei einheitlich gewesen. Es gab Leute, die argumentierten, dass ein „Nein“ der Regierung einfach nur neue Karten für die Verhandlungen geben würde. Ich sage nicht, dass das nicht der Wahrheit entspricht. Aber wir müssen auch die Wucht des „Neins“ aus der Sicht der Leute im Land verstehen, besonders der Arbeiterklasse, der Jugend und der verarmten Mittelklasse – es bedeutet, dass sie dem Gefühl nach nichts mehr zu verlieren zu haben und bereit sind, Risiken auf sich zu nehmen und sich einen Kampf zu liefern. Das schlug sich auch im Kampfgeist der Freitagsdemonstrationen nieder. Das war äußerst

beeindruckend. So etwas habe ich in Griechenland seit den 1970er-Jahren nicht mehr erlebt.

(...)

Wie schätzt du die Vereinbarung ein, die am letzten Wochenende zwischen der griechischen Regierung und der Eurogroup geschlossen wurde?

Das Abkommen ist auf allen Ebenen eine vollständige Fortsetzung der Schocktherapie, der Griechenland die letzten fünf Jahre kontinuierlich unterzogen worden ist. Es geht sogar noch weiter als alles bisher Abgestimmte. Es beinhaltet die Sparmaßnahmen, die seit Monaten kontinuierlich von der Troika vorangetrieben wurden, mit hohen Primärüberschusszielen durch höhere Einnahmen aus Mehrwertsteuer sowie in den letzten fünf Jahren geschaffenen Sondersteuern, weiteren Rentenkürzungen und weiteren realen Lohnkürzungen, die mit der Reform der Gehaltsskala einhergehen werden. Was jetzt noch hinzugefügt wurde und dem Abkommen einen besonders üblen Beigeschmack gibt, ist das Folgende: Erstens wurde zementiert, dass der IWF auf unbestimmte Zeit involviert bleibt. Zweitens werden die Institutionen der Troika auf Dauer in Athen vertreten bleiben und drittens wird Syriza davon abgehalten, zwei ihrer Hauptversprechen einzulösen, wie etwa die Wiedereinführung von Arbeitsrechten – es gab vage Absichtserklärungen im Sinne bewährter europäischer Verfahren, aber letztlich wurde klar gemacht, dass die Regierung nicht zur früheren Gesetzgebung zurückkehren konnte, was selbstverständlich auch den Mindestlohn betrifft. Das Privatisierungsprogramm wurde auf ein unglaubliches Niveau hochgeschraubt – wir sprechen hier von einem Privatisierungsvolumen von rund 50 Milliarden Euro – der gesamte öffentliche Besitz wird also verkauft. Und nicht nur das: Alles wird an eine Institution überwiesen, auf die Griechenland keinen Einfluss hat. Es gab Gerüchte darüber, dass diese ihren Sitz in Luxemburg haben sollte – tatsächlich wird sie ihren Hauptsitz in Athen haben – aber sie wird dennoch vollkommen außerhalb jeder politischen Kontrolle liegen. Es handelt sich hierbei um den üblichen Treuhandprozess für die Privatisierung des ehemaligen DDR-Staatsbesitzes. Die härteste Maßnahme von allen ist die, dass – mit Ausnahme des Gesetzes über humanitäre Maßnahmen, einer reduzierten Version des Syriza-Programms,

die im Grunde symbolisch ist – der gesamte Rest der wenigen verabschiedeten wirtschaftlichen und sozialen Gesetze, welche die Regierung verabschiedet hatte, von ihr wieder zurückgenommen werden muss.

(...)



Was ist mit potenzieller Aktivität der sozialen Bewegung heute, etwa einem Streik im Öffentlichen Dienst?

Das ist die noch unbekannte entscheidende Größe. Wie sieht das Gesamtbild jetzt aus? Wir haben ein neues Memorandum und wir haben eine Neuordnung der parlamentarischen Mehrheit, die hinter diesem Memorandum steht. Das wird symbolisch bei der kommenden Abstimmung bestätigt werden, wo der wir den Großteil der Syriza-Abgeordneten erneut mit den Pro-Austeritäts-Parteien werden stimmen sehen. Und es wird erneut eine Kluft zwischen der politischen Vertretung dieses Landes und seinen Menschen geben. Dies ist also der Widerspruch, der aufzulösen ist. Hier haben die Nazis jetzt ganz klar freies Feld. Sie werden sicherlich versuchen, daraus Kapital zu schlagen. Sie haben bereits gegen die griechischen Vorschläge gestimmt, sie werden mit Sicherheit ge-

gen das neue Memorandum stimmen und sie werden es mit Sicherheit als erneuten Verrat darstellen. Die große Frage ist nun, wie stark die Mobilisierung gegen diesen Tsunami neuer Maßnahmen sein wird, der wieder die Arbeiter trifft – und selbstverständlich die absolute Dringlichkeit der Neuformierung einer kämpferischen Linken gegen Austerität. Das ist natürlich die größte Herausforderung. Wir wissen, dass es einige Elemente für eine Neuformierung der Linken gibt und wir wissen, dass die Hauptverantwortung dafür im weitesten Sinne auf den Schultern der Syriza-Linken lastet. Im engeren Sinne liegt eine noch größere Verantwortung bei der Linken Plattform, da sie der strukturierteste, konsequenteste und politisch klarste Teil dieses Kräftespektrums ist. Das wird also die Prüfung der kommenden Monate.

(...)

Gibt es noch etwas, das du sagen möchtest?

Ja, ich würde noch gerne einen generellen Denkanstoß dazu geben, was es heißt, in einem politischen Kampf bestätigt zu werden beziehungsweise zu scheitern. Ich denke es ist wichtig, dass man sich als Marxist eine historische Herangehensweise an diese Begriffe aneignet. Einerseits kann man behaupten, man wäre bestätigt worden, da sich das, was man gesagt hat, als wahr herausgestellt hat. Das ist die typische „Ich habe es von Anfang an gesagt“-Strategie. Wenn sich allerdings aus dieser Position keine Antriebskraft ableiten lässt, ist man politisch gescheitert. Denn wenn man machtlos ist und sich als unfähig erwiesen hat, seine Position in eine Handlungsweise für die Massen zu übersetzen, wurde die Position offensichtlich nicht bestätigt. Dies zum einen. Das andere ist, dass nicht jeder gleichermaßen und gleich schwer gescheitert ist. Das möchte ich betonen. Ich glaube, es war absolut entscheidend, den Kampf innerhalb von Syriza zu wagen. Eines muss ganz klar gesagt werden: Was war die andere Option? Sowohl KKE als auch Antarsya haben, wenn auch auf äußerst verschiedene Art und Weise, in dieser entscheidenden Situation bewiesen, wie irrelevant sie sind. Für uns hätte die einzige Alternative darin bestanden, früher mit der Führung von Syriza

zu brechen. Wenn man die Dynamik der Situation im entscheidenden Moment zwischen Ende 2011 und Anfang 2012 in Betracht zieht, hätte uns eine solche Entscheidung marginalisiert. Das einzige konkrete Resultat hiervon wäre gewesen, dass zu den bereits bestehenden zehn oder zwölf Gruppen der Antarsya eine hinzugekommen wäre, und Antarsya statt 0,7 Prozent möglicherweise 1 Prozent erzielt hätte. Mehr kann ich mir nicht vorstellen. Das wiederum hätte bedeutet, die Syriza komplett Tsipras und der Mehrheit zu überlassen, oder zumindest den Kräften außerhalb der Linken Plattform. In der griechischen Gesellschaft ist nun klar, dass die einzig sichtbare Opposition zur Regierungspolitik auf linker Seite die KKE ist. Das kann man nicht leugnen, politisch ist sie jedoch vollkommen unbedeutend. Zur Rolle der KKE im Referendum sind wir gar nicht gekommen, das war eine einzige Karikatur ihrer Bedeutungslosigkeit. Sie haben dazu aufgerufen, die Stimmzettel ungültig zu machen, und zwar mit eigenen Stimmzetteln und einem „Doppel-Nein“ (zur EU und zur Regierung). Das wurde nicht einmal von ihren eigenen Wählern befolgt. Nur rund 1 Prozent der Abstimmenden, wahrscheinlich sogar weniger, haben diese ungültigen Stimmzettel benutzt. Neben ihnen gibt es die Linke Plattform. Die Griechen wissen – und die Medien wiederholen es fortwährend – dass Lafazanis und die Linke Plattform Tsipras ein Dorn im Auge sind. Nun können wir auch Zoe Konstantopoulou dazurechnen. Das haben wir aus dieser Situation gewonnen. Wir haben eine Basis, von der aus wir einen neuen Anlauf nehmen können – mit einer Kraft, die immer an vorderster Front dieser politischen Auseinandersetzung gekämpft hat und diese beispiellose Erfahrung in sich trägt. Allen ist klar, dass im Fall einer Niederlage unsererseits tatsächlich nur eine Ruinenlandschaft für die Linke übrig bleibt. Aus dieser Perspektive, einer Perspektive des Wiederaufbaus der antikapitalistischen Linken – ohne so tun zu wollen, als wären wir die einzige Kraft, die eine Rolle spielen wird – sehen wir ganz klar, was auf dem Spiel steht, und wie viel Verantwortung wir damit tragen, wie wir im Hier und Jetzt handeln.